

Intellektuelle Vorgeschichte

Politische Wissenschaften in Hamburg

Tragische Inszenierung der Strafe. Peter Niesen über Samuel Bentham in Hamburg

Samuel Bentham (1757-1831) stand stets im Schatten seines älteren Bruders Jeremy (1748-1832), mit dem gemeinsam er die Idee des Panopticons, eines transparenten Gefängnis- und Allzweckgebäudes, entwickelte. Die Brüder hatten sich den aufgeklärten Monarchen Europas im späten 18. Jahrhundert als Experten angedient, der eine als Autor von Verfassungsentwürfen, Zivil- und Strafrechtskodizes, der andere als Ingenieur. Samuels Briefe aus Hamburg schildern die theatrale Strafrechtspraxis auf dem europäischen Kontinent. Der Briefwechsel gewinnt angesichts der Evolution von Benthams Straftheorie ideengeschichtliche Bedeutung.

Während Jeremy Bentham sich seit 1776 mit rechtstheoretischen Schriften einen Namen machte, hatte sein neun Jahre jüngerer Bruder Samuel eine Ausbildung als Schiffsbauer durchlaufen. Danach besuchte Samuel verschiedene Häfen und Schiffbaudocks an der Nord- und Ostsee, bevor er 1780 in St. Petersburg landete. Über Rotterdam, Amsterdam und Groningen gelangte er im Oktober 1779 nach Hamburg. Von dort schreibt er an Jeremy, der ihn zuvor ermahnt hatte, sich nicht mit persönlichen Dingen aufzuhalten und ihm nichts als Fakten mitzuteilen.¹

Samuels Mission bestand darin, Jeremy schwer erhältliche kontinentale Staats- und Strafrechtsliteratur zu beschaffen. Jeremys besonderes Interesse galt den Themen Folter, Todesstrafe und »Sodomie«, worunter man im späten 18. Jahrhundert Homosexualität und andere »irreguläre« sexuelle Praktiken verstand. Die erste Hamburger Briefsendung vom 15. Oktober 1779 hatte Samuel noch in Groningen

1 Timothy L.S. Sprigge (Hg.) 2017. *The Correspondence of Jeremy Bentham*, Vol. 2: 1777-80, London; Reprint: Philip Schofield (Hg.) 2017. *The Correspondence of Jeremy Bentham*, Volume 2, London, 320.

verfasst. Sie handelt von der Geständnisfolter, die in den Niederlanden bei Kapitalverbrechen erst nach dem Schuldspruch stattfindet, sowie von einem Homosexuellenprozess in London, der mit der Exekution des für schuldig Befundenen endet.² In Hamburg widmet sich Samuel zunächst der Literaturrecherche, bevor er Augenzeuge einer öffentlichen Exekution wird.

In Amsterdam hatten ihn, wie er berichtet, die rituellen Hinrichtungsfeiern mit festlichen Prozessionen beeindruckt. Ihm imponierte auch, dass alle Amtspersonen, die am Schuldspruch beteiligt waren, zur Anwesenheit bei der Hinrichtung verpflichtet wurden. Nicht weniger Eindruck hinterließ die feierliche Hamburger Enthauptung. Die wegen Mordes an zwei kleinen Kindern Verurteilte war mit großer Zeremonie auf einen künstlichen, außerhalb der Stadtmauer aufgeschütteten Hügel geführt worden, wo bereits eine große Menschenmenge das Spektakel erwartete. Da sie wegen einer epileptischen Erkrankung nicht stehen konnte, wurde sie auf einem Stuhl festgeschnallt. Der Henker brauchte zwei Schläge, um ihren Kopf vom Leib zu trennen.

Samuel interessiert sich vor allem für die rituelle Einbettung des Verfahrens. Punkt 12 Uhr mittags klopft die Polizei beim Henker, dem ein Helfer das Schwert vorneweg trägt. Die Delinquentin ist in saubere Leinengewänder gekleidet. Ihre Schuhe werden ihr vor der Exekution ausgezogen, ihr Haar wird hochgesteckt. Der Helfer zeigt der Menge den abgeschlagenen Kopf, der Pastor schüttelt die Hand des Henkers. Ein Bote wird losgeschickt, der die Senatoren im Rathaus davon in Kenntnis setzt, dass die Hinrichtung vollzogen ist, denn bevor die Nachricht nicht eingetroffen ist, dürfen diese nicht nach Hause gehen. Sobald die Arbeit des Henkers getan ist, wischt er das Blut vom Schwert und händigt es dem Helfer aus, der es unter seinem Gewand verbirgt. An diesem Punkt interveniert Samuel mit einem Verbesserungsvorschlag: »I cannot but think it would have been better if the Sword had been carried back exposed to full view bloody as it was.«³

Inwiefern wäre es besser gewesen, wenn man das Schwert blutig herumgezeigt hätte? Samuel weiß, dass Jeremy gerade ein Werk zu beenden versucht, in dem er das Strafrecht auf ein nüchternes systematisches Fundament stellen möchte, auf das Prinzip der Nützlichkeit (*principle of utility*). Zu der Zeit, als der Briefwechsel stattfindet, hatte Bentham dieses Prinzip bereits in seinem viel beachteten Erstling von 1776, dem *Fragment on Government*, eingeführt. Die Rede vom »größten Glück der größten Zahl« hatte er aus dem 1764 erschienenen Reformwerk des italienischen Aufklärers Cesare Beccaria, *Dei Delitti e delle Pene*, übernommen und als das Aggregat gesellschaftlich vorhandener Glücksempfindungen (*pleasure*) gedeutet. Mit konkreten Anwendungsfragen in der Strafrechtstheorie hatte Jeremy früh experimentiert und in seiner Gelegenheitsschrift *A view of the Hard Labour Bill*

2 Bentham, *Correspondence* 2, 302.

3 Ebd., 323.

(1778) die Hamburger Strafpraxis bereits in den Blick genommen. In diesem Pamphlet hatte Bentham anerkennend auf das »first great house of correction in Hamburg« aufmerksam gemacht.⁴ Er hatte *The State of the Prisons in England and Wales*, dem Werk des Gefängnisreformers John Howard, entnommen, dass die zwangsarbeitenden Strafgefangenen in Hamburg proportional am Geschäftsergebnis ihrer Arbeit beteiligt worden seien. Howard hatte die Gefängnisse und Arbeitshäuser der »great and opulent City of Hamburg« besichtigt und Zustände mangelnder »neatness or cleanliness« in den Arbeitshäusern für Frauen an der Alster vorgefunden. Er hatte Folterinstrumente inspiziert und Informationen über die Haft- und Exekutionsmethoden eingeholt. In der Hamburger *Bütteley* lagen, so Howard, die Hinrichtungskandidaten in Eisen und warteten auf ihre Enthauptung, die gewöhnliche Methode der Hinrichtung in Hamburg.⁵

Jeremy Bentham hat sich in seiner langen Karriere dreimal (1775, 1809 und 1831) schriftlich zur Todesstrafe geäußert, jedesmal ablehnend, und ist damit zu einem der Begründer des Abolitionismus geworden.⁶ Auf den ersten Blick ist das erklärungsbedürftig, steht doch die Generalprävention im Zentrum seiner Straftheorie. Im Unterschied zu Beccaria greift Bentham auch nicht auf humanitäre Argumente zurück. Aber das stärkste zeitgenössische Argument für die Todesstrafe, die Vergeltung nach dem Talionsprinzip, das etwa Immanuel Kant noch wie selbstverständlich seiner Verteidigung der Todesstrafe zugrundelegt,⁷ muss Bentham irrational erscheinen. Strafe ist nichts an sich Wünschenswertes, indem sie die Summe des Schmerzes, die durch ein Verbrechen vergrößert wurde, nur weiter vermehrt, und so das gesellschaftliche Glück vermindert. Bentham gesteht ein, dass die Todesstrafe für Mord populär ist und intuitiv nahezuliegen scheint. Aber die Todesstrafe sei ökonomisch unsinnig, nicht graduell an die Schwere des Unrechts anzupassen, fehleranfällig und nicht wieder rückgängig zu machen.

Allerdings endet der frühe Aufsatz mit einer Ausnahme. Es existiert ein Fall, für den Bentham die Todesstrafe nicht völlig ablehnt. Gesellschaften sollen allerdings die Todesstrafe auf Delikte beschränken,

which in the highest degree shock the public feeling – for murders, accompanied with circumstances of aggravation, and particularly when their effect may be the destruction of numbers; and in these cases, expedients, by which it may be made

4 John Bowring (Hg.) 1843. *The Works of Jeremy Bentham*, vol. 4, Edinburgh, 13.

5 John Howard 1777. *The State of the Prisons in England and Wales*, Warrington, 116.

6 Das früheste Material ist in John Bowrings Werkausgabe unter dem Titel *Rationale of Punishment* veröffentlicht worden (John Bowring. *Works*, vol. 1, 390–525), das spätere von 1831 im selben Band (ebd., 525–532). Zu dem unveröffentlichten Aufsatz *Law versus Arbitrary Power: A Hatchet for Paley's Net* von 1809 siehe Brian Calvert 2006. Bentham and the Death Penalty, *Dialogue: Canadian Philosophical Review* 2, 211–231.

7 Immanuel Kant 1900 (1797). *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre*, Berlin, 332.

to assume the most tragic appearance, may be safely resorted to, in the greatest extent possible, without having recourse to complicated torments.⁸

Wenngleich Bentham hier Foltermethoden, die die Hinrichtung vollziehen oder begleiten, ablehnt, so spricht er sich doch dafür aus, in gravierenden Fällen Exekutionen in einer »most tragic appearance« zu inszenieren, um den größtmöglichen Effekt auf die Gemüter zu erzielen. Von zwei außerordentlich, aber vielleicht noch nicht hinreichend tragischen Inszenierungen hatte Samuel aus Amsterdam und Hamburg zu berichten gewusst. Erst das Herumzeigen des blutigen Schwerts hätte aus seiner Sicht dem Schauspiel den Anschein höchster Tragik verliehen.

In seinem ersten Hauptwerk, der *Einführung in die Prinzipien der Moral und der Gesetzgebung*, das 1780, ein Jahr nach dem Hamburger Briefwechsel entsteht, weist Jeremy nach, dass alle Strafe ein Übel ist, weil sie den Umfang des allgemeinen Glücks verringern muss.⁹ Könnte man daher auf ihre Ausübung zugunsten ihrer tragischen Inszenierung verzichten, wäre ihr abschreckender Effekt durchaus zu erhalten. Tatsächlich sei es ja bloß die Idee oder, in anderen Worten, der Anschein der Strafe, die Auswirkungen auf das Verstehen und Handeln der Menschen habe: »Es ist der Anschein der Strafe (*apparent punishment*), der die ganze Arbeit tut. [...] Es ist die wirkliche Strafe, die das ganze Unheil (*mischief*) anrichtet«.¹⁰ Bentham versucht offenbar, in dieser formativen Phase zwei Dinge zusammenzudenken: die rituelle Grausamkeit der feierlichen Inszenierung, die auf Samuel so großen Eindruck gemacht hatte, und die kalkulatorische Rationalität des Nutzenprinzips, die die tatsächlich zugefügten Übel zu minimieren zwingt. Seine unausgesprochene Lösung liegt darin, ein Straftheater zu fingieren, nicht in dem realen historischen Sinn, in dem Foucault diese Idee einführt, sondern als Inszenierung einer Illusion.¹¹

Foucaults Diagnose, dass die Zeit der Straf-Martern am Ende des 18. Jahrhunderts an ein Ende gekommen ist, lässt sich für Hamburg und für Benthams Theorie bestätigen.¹² Während Samuel noch respektvoll die (angebliche) Amsterdamer Rechtslage schildert, der zufolge auch nach dem Schuldspruch keine Hinrichtung

8 Rationale of Punishment, in John Bowring (Hg.) 1843. *The Works of Jeremy Bentham*, vol. 1, Edinburgh, 450.

9 »All punishment is mischief: all punishment in itself is evil. Upon the principle of utility, if it ought at all to be admitted, it ought only to be admitted in as far as it promises to exclude some greater evil.« Jeremy Bentham 2005 (1789). *An Introduction to the Principles of Morals and Legislation*, hg. von James H. Burns & Herbert L.A. Hart, Oxford, 170.

10 Ebd., 178f.

11 Siehe Foucault zum »großen Schauspiel der peinlichen Strafe«, Michel Foucault 1977. *Überwachen und Strafen*, Frankfurt a.M., 9–13, 22f.

12 In Hamburg wurde die Folter nach 1786 nicht mehr angewandt. Richard J. Evans 1996. *Rituals of Retribution. Capital Punishment in Germany 1600–1987*, Oxford, 115.

ohne erzwungenes Geständnis vollzogen werden darf, warnt Jeremy in zwei Manuskripten, die um die Zeit des Briefwechsels mit Samuel entstanden sind, eindringlich vor dem Gebrauch der Folter als Straf- und Geständnisinstrument. Er lässt aber ausdrücklich ihren Einsatz in manchen Fällen der Gefahrenabwehr zu, insbesondere dort, wo Informationen aus Gefangenen herausgepresst werden sollen und Verzögerung nicht geduldet werden dürfe.¹³

Es muss offenbleiben, ob der von Samuel beschriebene Fall für Jeremy Bentham die ausnahmsweise wirkliche, nicht nur vorgespelte Vollstreckung der Todesstrafe gerechtfertigt hätte. Handelt es sich beim Kindsmord um eines der Delikte »which in the highest degree shock the public feeling« (s.o.)? Auch dieser Streitfall lässt Bentham sein Leben lang nicht los. In einer Passage aus frühen Manuskripten, die als *Traité de législation civile et pénale* (1802) veröffentlicht wurden, fordert Bentham die Entkriminalisierung des Infantizids. Allerdings ist der Fall von Kindsmord durch die Mutter, den er dort erörtert, einer, in dem das Kind noch nicht zu Bewusstsein gelangt sei – »an infant, which has ceased to exist before it has known existence«.¹⁴ Er unterstellt weiterhin, dass mit einem solchen Mord keine weitere Beunruhigung von Dritten, also kein »second order alarm« verknüpft sei. Außerdem nimmt er an, dass das Leben des Kindes ein Leben im Elend gewesen wäre, dessen Glücksbilanz für es selbst negativ gewesen sei. Ein solches Verbrechen belege nur die Sensibilität der Mutter, ihre tiefe Verzweiflung – eigentlich sei hier der Gesetzgeber (der die uneheliche Geburt von Kindern mit Schande und Rechtlosigkeit sanktioniert) als eigentlicher Mörder anzusehen. Im späten Text *Not Paul but Jesus* (entstanden 1817–18) radikalisiert Bentham seine Position allerdings soweit, das schmerzlose, womöglich unbeabsichtigte Ersticken von Säuglingen in bedürftigen Familien zu entschuldigen.¹⁵ Hier zeigt sich seine charakteristische Fähigkeit, seinen eigenen Prinzipien unverbrüchlich bis in die *reductio ad absurdum* zu folgen.

Die Diskussion der Brüder über die tragische Inszenierung der Strafe fand ein konstruktives, wenngleich zwiespältiges Ende. In St. Petersburg traf Samuel den Militär Grigori Potemkin, der ihm eine Offiziersposition in der russischen Marine anbot. Samuel wurde in Kritschew in Weißrussland eingesetzt, und Jeremy reiste ihm 1786 dorthin nach. Hier entwickelten die beiden Brüder den Gefängnisent-

-
- 13 William Twining 1974. Bentham on Torture, in Michael James (Hg.). *Bentham and Legal Theory*, Belfast, 39–90.
 - 14 Jeremy Bentham 2009 (1802). *Theory of Legislation*, London, 265. Überraschende, wenngleich nicht-utilitaristische Zustimmung findet sich bei Immanuel Kant 1968 (1797). *Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre*, Berlin, 363f.
 - 15 Jeremy Bentham 1823 (2013). *Not Paul but Jesus*, London, 65, verfügbar unter <http://discovery.ucl.ac.uk/1392179/3/npbj.pdf> (20. Juli 2020).

wurf, für den Jeremy zweifelhafter Ruhm zuteil werden sollte.¹⁶ Die Architektur des Panopticon-Gebäudes vermag es nun, den gordischen Knoten der Strafpolitik zu durchschlagen. Es steigert durch umfassende, einseitige Transparenz die theatralischen Effekte der Strafe, während tragische und Gewaltinszenierungen darin keinen Platz mehr finden.

Peter Niesen ist Professor für Politische Theorie an der Universität Hamburg.

**»Ich habe große Lust, die Welt mit ›Kapital‹ zu überschwemmen.«
David Müller über die Hamburger Publikationsgeschichte von Karl Marx,
Das Kapital (Bd. 1)**

Hamburg ist der Ort, an dem Karl Marx (1818-1883) im Jahre 1867 den ersten Band seines Opus Magnum *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* verlegen ließ. Veröffentlicht wurde es von dem Hamburger Verleger Otto Meißner, der auch die anderen zwei Bände (diese aber postum) sowie weitere Werke von Karl Marx und Friedrich Engels verlegte. Zwei Fragen versucht der folgende Beitrag zu beantworten. Warum erschien einer der welthistorisch einflussreichsten Texte in der Freien und Hansestadt Hamburg und nicht etwa in London, wo Marx zu dieser Zeit lebte? Und warum haben Marx und Engels sich für den Verleger Otto Meißner entschieden?

Marx war der Ansicht, sein *Kapital* sei »sicherlich das furchtbarste *Missile*, das den Bürgern (Grundeigentümer eingeschlossen) noch an den Kopf geschleudert worden ist«. ¹⁷ Doch warum feuerte Marx dieses *Geschoss* von Hamburg aus ab? Eine wichtige Rolle spielte Hamburgs Ausnahmestellung innerhalb des zeitgenössischen politischen Flickenteppichs. Das Deutschland des 19. Jahrhunderts war in den Grenzen des Deutschen Bundes und des Deutschen Zollvereins nur locker zentralistisch organisiert, sodass die Reichweite und Grenzen der vielfach eingeschränkten bürgerlichen Rechte und Freiheiten regional stark voneinander abwichen. Einer der wenigen Orte, an dem das Maß der Meinungsfreiheit relativ weit reichte und progressive Texte veröffentlicht werden konnten, war die freie Elbstadt und Republik Hamburg. Die Freie und Hansestadt Hamburg besaß im Deutschen Bund »volle Staatssouveränität«. ¹⁸ Hinzu kam, dass Schleswig-Holstein und auch Hamburg nicht dem Deutschen Zollverein angehörten und so bis 1888 eine Zollgrenze zum übrigen deutschen Staatsgebiet hatten. Hamburgs Grenze zu

16 Jeremy Bentham 1995 (1787). *The Panopticon Writings*, hg. von Miran Božovič, London & New York.

17 Karl Marx & Friedrich Engels 1965. *Werke Band 31. Briefe – Oktober 1864 bis Dezember 1867*, Berlin, 541.

18 Barbara Thode 1979. *Hamburg – Kleine Geschichte einer großen Stadt*, Hamburg, 134.

Schleswig-Holstein verlief mitten durch die heutige Stadt.¹⁹ Die Städte Altona und Hamburg waren damals noch getrennt, aber bereits soweit zusammengewachsen, dass (wenn die Hamburger Stadttore offen standen) ein Schritt genügte, um Hamburg zu verlassen und in Altona zu stehen. Sollte also einer kritischen Autorin eine Verhaftung drohen, war eine Flucht durchaus möglich.

Reichtum und Macht in der hanseatischen »Demokratie« lagen vor allem in den Händen der Kaufleute,²⁰ die für ihre Geschäfte unzensurierte Informationen benötigten. Dies hatte zur Folge, dass die Pressezensur in Hamburg weniger strikt war als in anderen Teilen des Deutschen Bundes.²¹ Preußen, das danach strebte, seinen Einfluss in den Nordwesten Deutschlands auszuweiten, missfiel die lasche Kontrolle; ein stärkeres Preußen bedeutete eine stärkere Zensur. Die politische Macht Preußens im Nordwesten wuchs durch die Gründung des Norddeutschen Bundes und stieg stetig bis zur Reichsgründung im Jahr 1871 an; allerdings blieb der Einfluss des autoritären, konservativen, militaristischen und streng zensierenden Preußens im Nordwesten schwächer als in anderen Teilen des Bundes.²² Innerhalb des Deutschen Bundes war Hamburg also ein guter Ort zum Publizieren. Dies galt auch noch nach den Kriegen der 1860er Jahre, obwohl ab diesem Zeitpunkt ein tendenzieller Fall der Freiheitsspielräume festzustellen ist; dieser hält an bis zum Beitritt Hamburgs zum Deutschen Reich und im Zuge dessen zum deutschen Zollgebiet.

Karl Marx und Friedrich Engels diskutierten in ihrem Briefwechsel über mindestens 42 verschiedene Verlage, von denen etwa 20 für die beiden Autoren in Frage kamen. Die Zahl reduzierte sich über die Jahre hinweg, auch aufgrund von Tod oder Rückzug aus dem Verlagsgeschäft, in erster Linie aber wegen Marx' und Engels' Unzufriedenheit mit und Enttäuschung über die Verlage selbst. In den 1850er Jahren veröffentlichte Karl Marx die Schrift *Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln*. In diesem im Londoner Exil geschriebenen Pamphlet setzt er sich sehr kritisch mit dem Prozess und der Rolle, die der Staat dabei spielte, auseinander. Verlegt und gedruckt wurde das Buch dann aus zweierlei Gründen in der Schweiz:

- 19 Das heutige Hamburg ist das Ergebnis einer Vereinigung durch die Nationalsozialisten, die mit dem Groß-Hamburg-Gesetz Altona und Hamburg sowie diverse andere heutige Stadtteile vereinigten.
- 20 1843 waren von den ca. 130.000 Einwohnern 6.882 (wohlhabende) Bürger (zum Teil mehrfach) stimmberechtigt; ebd., 134.
- 21 Jürgen Bönig 2017. *Karl Marx in Hamburg – Der Produktionsprozess des »Kapitals«*, Hamburg, 38; Jürgen Osterhammel 2009. *Die Verwandlung der Welt – Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München, 410f.
- 22 Zum einen wurde in Deutschland »der preußische Autoritarismus durch die bürgerliche Liberalität von Hansestädten wie Hamburg oder Bremen ausbalanciert«; Jürgen Osterhammel. *Verwandlung der Welt*, 410f. Zum anderen war eine anti-preußische Haltung u.a. in Hamburg besonders stark ausgeprägt; Martin Kitchen 2006. *A History of Modern Germany. 1800-2000*, Oxford, 114.

einerseits, um der deutschen Zensur so weit wie möglich zu entgehen, und andererseits wegen der niedrigeren Druckkosten.²³ In den Wochen nach dem Druck wurde das Buch über die Grenzen des Deutschen Bundes geschmuggelt, dort wurden die meisten Exemplare aber von den Staatsorganen konfisziert. Laut Marx war das auf den Verleger zurückzuführen, weil »der Esel« so viel falsch und so wenig richtig gemacht habe.²⁴ Auch die Schrift *Herr Vogt* ließ er 1860 im Ausland, diesmal in London, verlegen; auch hier stellte sich das gleiche Problem: Wie konnte der Text nach Deutschland gelangen?

In Berlin zum Beispiel hätte der Text nicht erscheinen können. Zwar hatten sich die Zeiten geändert, »[w]ir befinden uns nicht mehr in der Epoche 1850–58«, aber Marx befürchtete, dass die Berliner Buchhändlerinnen »die Sachen wegen des Kommunistenprozesses« nicht drucken würden.²⁵ Nach der Veröffentlichung des Buches und dem späteren Bankrott des Londoner Verlags wurde Marx noch auf Zahlung der Druckkosten verklagt. Obgleich er beteuerte, dass dies anders vereinbart gewesen sei, war es nicht zu beweisen, weil das »agreement [...] nicht schriftlich gemacht wurde«.²⁶ Das Verlegen seiner Schriften im Ausland lief für Marx also nicht sonderlich gut. Dies mag ein Grund dafür gewesen sein, weshalb er im Frühling des Jahres 1867 nach Hamburg fuhr, um das Manuskript des *Kapitals* persönlich abzugeben und nochmals die Vertragsbedingungen mit Otto Meißner zu besprechen. Da Marx schon in den 1840er Jahren erste ökonomische Schriften verlegen ließ — an Arbeiten zur Politischen Ökonomie saß Marx seit 1843²⁷ —, hätte es sich angeboten, demselben Verleger auch die späteren Texte anzubieten. Wieso geschah dies nicht? Diese ersten Texte zur Ökonomie sollten ursprünglich durch einen Darmstädter Verleger veröffentlicht werden. Marx aber braucht zu lange, liefert nicht termingerecht und will dann auch noch alles wieder überarbeiten: »Es versteht sich, daß ein Schriftsteller, der fortarbeitet, nach 6 Monaten nicht mehr wörtlich drucken lassen kann, was er vor 6 Monaten geschrieben hat«.²⁸ Der Verleger kündigt den Vertrag.

Marx' zweiter Versuch, auf dem Gebiet der politischen Ökonomie zu veröffentlichen, war das erste und einzige Heft einer geplanten Serie *Zur Kritik der Po-*

23 Karl Marx & Friedrich Engels 1963. *Werke Band 28. Briefe – Januar 1852 bis Dezember 1855*, Berlin, 643.

24 Ebd., 572.

25 Karl Marx & Friedrich Engels 1964. *Werke Band 30. Briefe – Januar 1860 bis September 1864*, Berlin, 96.

26 Ebd., 208.

27 *Kritik der Politik und Nationalökonomie*. Dieses Werk kam nie zustande. Teile wurden im 20. Jahrhundert als *Pariser Manuskripte* veröffentlicht.

28 Karl Marx & Friedrich Engels 1965. *Werke Band 27. Briefe – Januar 1842 bis Dezember 1851*, Berlin, 449.

litischen Ökonomie, die im *Kapital* dann später ihre Fortsetzung fand.²⁹ Die Kritik³⁰ ließ Marx in Berlin verlegen. Mit dem dortigen Verleger waren aber Marx und Engels, der auch eigene Texte dort verlegen ließ, später gänzlich unzufrieden. Primär lag dies an der langen Wartezeit von der Abgabe eines Manuskripts bis zu dessen Veröffentlichung. »[W]enn man ein Buch geheim halten will, [muss] man es dem Duncker zum Verlag geben«,³¹ sodass Marx ihm das Manuskript seines entstehen- den politisch-ökonomischen Werkes »unter keinen Umständen«³² geben will.

Mit Meißner kam zuerst Engels in Kontakt und verlegte einige seiner Werke bei ihm. Der Hamburger war Engels und Marx schon länger bekannt, weil dieser im Kreis der Oppositionsverleger sich einen Namen gemacht hatte sowie mit Julius Campe befreundet war, dem Verleger von u.a. Hoffmann von Fallersleben oder Heinrich Heine. Marx war trotzdem nicht immer von Meißner überzeugt: Daher hatte er zunächst einen anderen Verleger für sein *Kapital* vorgesehen und angeschrieben, von diesem jedoch keine Antwort erhalten. Später veröffentlichte Meißner Texte, die Marx nicht passten und stand dadurch schon »direkt im feindlichen Lager«.³³ Engels musste ihn verteidigen: »[E]in deutscher Verleger, z.B. Meißner (der lange nicht der Biedermann ist, als den Du ihn Dir vorstellst, sieh nur seine Verlagskataloge an), hat ganz andre Macht, die conspiracy du silence [Verschwörung des Schweigens] zu brechen«.³⁴ Neben dem Damoklesschwert der Zensur drohten in Deutschland also auch Schweigen und Nichtbeachtung des Werkes in Wissenschaft und Öffentlichkeit. Frühere Werke beider Autoren waren wenig oder überhaupt nicht besprochen worden — das sollte dieses Mal verhindert werden.³⁵ Interessanterweise glaubten die beiden im Exil lebenden Deutschen nicht, dass eine Zensur oder gar ein Verbot des Buches drohe, denn erstens sei es wissenschaftlich und verwende zweitens nur Beispiele aus England, und vor allem sei es dick.³⁶

Der Autor des *Kapitals* war davon überzeugt, dass sein Werk 1865 publikationsfähig wäre. Alles verzögerte sich dann doch noch um gute zwei Jahre. Weil Marx so langsam vorankam, sollte der heute wohlbekannte Text des ersten Bandes in zwei Teilen herauskommen, Meißner pochte aber auf die Abgabe eines vollständigen

29 Das Kapital, so Marx im Vorwort des selbigen, »bildet die Fortsetzung meiner 1859 veröffentlichten Schrift: ›Zur Kritik der Politischen Oekonomie‹«; Karl Marx & Friedrich Engels 1962. *Werke Band 23. Das Kapital. Erster Band*, Berlin, 11.

30 Karl Marx & Friedrich Engels. *Werke Band 30*.

31 Ebd., 162.

32 Ebd., 640.

33 Ebd., 101.

34 Ebd., 103.

35 Reinhard Müller 1984. Otto Meißner, der Hamburger Verleger des Marx'schen »Kapitals«, in Volker Plagemann (Hg.). *Industriekultur in Hamburg – Des Deutschen Reiches Tor zur Welt*, München, 361.

36 Karl Marx & Friedrich Engels. *Werke Band 31*, 334, 338, 345.

Manuskriptes. Marx fährt schließlich zwei Jahre später als geplant nach Hamburg. Von dort schreibt er Engels: »netter Kerl, obgleich etwas sächselnd, wie sein Name andeutet«. ³⁷ Das Geschäftliche wurde geregelt und Marx fährt fort »[w]ir kneipten dann, und er erklärte sein großes ›Entzücken‹, meine werthe Bekanntschaft zu machen. [...] At all events, haben wir in Meißner einen Mann ganz zu unsrer Disposition«. ³⁸ Danach dauert es aber noch etwa fünf Monate, bis in Leipzig die 1.200 Seiten des Manuskriptes ³⁹ gedruckt und endlich in Hamburg als Buch veröffentlicht werden. ⁴⁰ Um den 9. September 1867 beginnt die Auslieferung. Am 13. September 1867 melden die *Hamburger Nachrichten* das Erscheinen des ersten Bandes des *Kapitals* in einer Auflage von 1.000 Exemplaren. Das Werk avancierte in kurzer Zeit zu einem der wichtigsten Bücher der Arbeiterbewegung und erfuhr seitdem etliche Neuauflagen. Abgabetermine nicht einzuhalten, kann also positive Auswirkungen auf das Werk haben! Meißner versichert Marx brieflich seiner Begeisterung: »Ich habe große Lust, die Welt mit ›Kapital‹ zu überschwemmen«. ⁴¹ Nach der Veröffentlichung des *Kapital* gab es keinen Wechsel mehr; der Hamburger Otto Meißner blieb der letzte Verleger zu Lebzeiten von Karl Marx.

David Müller ist Student der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg.

Wissensproduktion in einer kolonialen Metropole.

Malte Kanefendt über aktuelle Herausforderungen des GIGA Institut Hamburg, die eigene Geschichte aufzuarbeiten

Das Leibniz-Forschungsinstitut German Institute of Global and Area Studies, kurz GIGA, in Hamburg ist die größte außeruniversitäre Forschungseinrichtung für Regionalstudien in Deutschland. 1964 als Deutsches Überseeinstitut gegründet, steht es in besonderer Verantwortung, seine heutige Arbeit im Feld der Vergleichenden Regionalstudien auf koloniale Kontinuitäten und epistemische Gewalt in der Produktion und Aneignung von Wissen zu reflektieren.

Die Gründung des GIGA im Jahre 1964 fällt in eine Zeit, in der die physische und strukturelle Gewalt des deutschen, zentral auch von Hamburg aus initiierten und gesteuerten Kolonialismus noch präsenter ist als heute. Lediglich ein gutes Jahrhundert ist es damals her, dass der ›Hamburger Kolonisationsverein‹ besetzte Gebiete in der südbrasilianischen Provinz Santa Catharina erheblich ausgeweitet hat-

37 Ebd., 228.

38 Ebd.

39 Ebd., 492

40 Für eine genauere Darstellung des Druckprozesses siehe Jürgen Bönig. *Karl Marx in Hamburg*, 105-139.

41 Otto Meißner in einem Brief an Karl Marx; Reinhard Müller. *Otto Meißner*, 361.

te und die dort gegründete Siedlungskolonie von mehr als 8.000 deutschen Kolonistinnen als Heimat betrachtet wurde.⁴² Kolonialismus in Form der Aneignung ›fremder Erdteile‹ durch deutsche Siedlerinnen stellt einen der ersten Berührungspunkte zwischen Hamburg und dem südamerikanischen Kontinent dar. Diese zunächst noch recht gering strukturierte Form des Kolonialismus wurde in den folgenden Jahrzehnten ausgebaut: Mit der Absicht, die Ausbildung von Kolonialbeamten⁴³ schon vor ihrer Ausreise zu perfektionieren und an Institutionen zu binden, entsteht 1908 das ›Hamburgische Kolonialinstitut.⁴⁴ Die ersten unterrichteten Fächer am Institut sind etwa »Völkerkunde«, die wirtschaftlichen Verhältnisse in Übersee, Sprachen oder Tropenhygiene.⁴⁵ Weniger als zehn Jahre später ist Hamburg nach London größter Importeur von Kolonialwaren.⁴⁶ Bereits zu dieser Zeit waren es vor allem die ›Kenntnisse‹ der mit Kolonialwaren handelnden Kaufleute über die politischen, ökonomischen und kulturellen Verhältnisse in anderen Erdteilen, die die wirtschaftliche Stellung Hamburgs absicherten.

Der Auffassung der ›Deutschen Kolonialgesellschaft‹ – mit mehr als 42.000 Mitgliedern der damals größte Interessenverband im Deutschen Reich –, dass die »machtpolitische Stellung eines Staates von der Größe und Stabilität seines Kolonialbesitzes« abhängt,⁴⁷ schloss sich auch die Hamburger Kaufmanns- und Reederfamilie Woermann an. Der Übersee-Kaufmann Adolph Woermann, der 1880 die Reederei ›C. Woermann‹ von seinem Vater übernommen hatte, baute diese in den Folgejahren zur »Afrikanischen Dampfschiffs-Aktiengesellschaft« aus. Als die Reichsleitung 1904 unter dem Befehl des Generalleutnants Lothar von Trotha 15.000 Soldaten von Hamburg aus nach Namibia entsenden wollte, war die sogenannte Woermann-Linie nach Namibia, Nigeria und Kamerun die einzige Reederei, die eine regelmäßige Verbindung nach Südwestafrika anbieten konnte. Woermanns Entlohnung für die Militärtransporte von rund sechs Millionen Reichsmark machten ihn zu einem der größten Profiteure des Genozids. In Adolph Woermanns Fußstapfen trat sein Sohn Kurt, der in seiner aktiven Zeit als NSDAP-Mitglied Vorsitzender der Hamburger Ortsgruppe des ›Deutschen Kolonialvereins‹ wurde und wie sein Vater in der Handelskammer tätig war. Ab den 20er Jahren hatte er sich

42 Johanna Elisabeth Becker 2005. *Die Gründung des Deutschen Kolonialinstituts in Hamburg. Zur Vorgeschichte der Hamburgischen Universität*, Hamburg, 6. Ende des 19. Jahrhunderts ›erwirbt‹ die 1897 gegründete ›Hanseatische Kolonisationsgesellschaft‹, die Ablöseorganisation des ›Hamburger Kolonisationsvereins‹, das Gebiet. Das gesamte fruchtbare Hinterland der beiden deutschen Kolonien Joinville und Blumenau wird noch weiter erfasst.

43 Aufgrund der geringen Einschreibungen in Kolonialfrauenschulen zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist davon auszugehen, dass es sich beinahe ausschließlich um männliche Personen handelte.

44 Johanna Elisabeth Becker 2005. *Kolonialinstitut in Hamburg*, 19.

45 Ebd., 53f.

46 Ebd., 34.

47 Ebd., 14.

für eine Intensivierung kolonialen Wirtschaftens eingesetzt. Im Gegensatz zu vielen anderen Kaufleuten wollte er Kolonien nicht nur als Rohstoff- und Handelsgebiet, sondern vielmehr als Siedlungsgebiet begreifen. Sein bis in die 30er Jahre oppositioneller Standpunkt, wurde spätestens mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten zur neuen Maxime deutscher Kolonialpolitik. Kurt Woermann war schon früh von einer ›Raumpolitik‹ überzeugt, die durch koloniale Expansion bzw. ›Rückwerbung‹ von Kolonien und der Ansiedlung von Deutschen in Kamerun, Ostafrika und dem nördlichen Südwestafrika Massenarbeitslosigkeit überwinden und somit den »nationalen Wiederaufstieg«⁴⁸ begünstigen sollte. Bereits im Juni 1933 veröffentlichte die Woermann-Linie einen Bericht, in dem die Hoffnung auf die »Wiedererlangung deutscher Kolonialgebiete in Afrika«⁴⁹ hervorgehoben wurde.

Die anfänglich sowohl von expansivem, nationalistischem Wirtschaftsdenken als auch von weißer Vormachtsideologie gefütterten Kolonialverbrechen seit Mitte des 19. Jahrhunderts, wurden ab den 1930er Jahren durch eine neue Intensität rassistischer Überzeugungen und Praktiken im NS-Staat noch einmal verstärkt. Sie bilden ebenfalls den Ausgangspunkt für die Gründung des ›Deutschen Übersee-Instituts‹. Prägend für die Arbeit des jungen Instituts war Andreas Predöhl, der 1965 erster Präsident des Instituts wurde. Wie Kurt Woermann war auch Predöhl (allerdings ›erst‹ 1937) in die NSDAP eingetreten und hatte in seiner Position als Leiter des Instituts für Weltwirtschaft (IfW) an der Universität Kiel recht schnell seinen Platz im Nationalsozialismus gefunden. Neben seiner Betätigung im NS-Rechtswahrerbund und seiner Mitgliedschaft im NS-Dozentenbund hatte er im Winter 1938/39 mit dem Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes der Wehrmacht, Georg Thomas, zusammengearbeitet und in dessen Auftrag Länderberichte angefertigt, die dem Wehrwirtschaftsstab Auskunft über die ökonomischen und militärstrategischen Potenziale anderer Staaten gaben. Kriegsrelevante ›Forschung‹ wie die im Dezember 1939 erschienenen ›Materialien über Rohstoffvorkommen in der UdSSR‹ ersparten dem Institut die Schließung durch das Reichserziehungsministerium und motivierten Predöhls Aussage, dass er die deutsche Wirtschaftswissenschaft gerettet und »unversehrt durch die NS-Zeit gesteuert« habe.⁵⁰

Woermann und Predöhl teilten jedoch nicht nur das gleiche Parteibuch, sondern standen sich auch in ihren kolonialpolitischen Forderungen nahe. Wie sich Woermanns Perspektiven auf koloniale Expansion in die Propaganda des NS

48 Marlis Lüth 1973. Hamburg und die Kolonialpolitik im Dritten Reich, *Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte* 59, 55–87, 61.

49 Ebd., 65.

50 Andreas Predöhl 1968. Stellungnahme, in Rolf Seeliger (Hg.). *Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute*, 68–74, 68.

einfügten, so war auch Predöhl's funktionalistische Raumwirtschaftstheorie von erheblichem Nutzen für die Verbreitung der nationalsozialistischen ›Lebensraum-politik‹. Seine ›völkische Grenznutzentheorie‹ verfügte offenbar über ›keinerlei wissenschaftlich nachvollziehbare Kriterien der Raumerklärung‹,⁵¹ nichtsdestotrotz war es Predöhl's Anliegen gewesen, mit dem IfW eine Einrichtung zu schaffen, die sowohl Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen verband als auch auf großen Datenmengen beruhende Forschung betrieb, um schließlich politikberatend tätig zu werden.⁵² Diese Absicht mag es gewesen sein, die ihn später auch zur Tätigkeit am ›Überseeinstitut‹ motivierte, wo die Verbindung von langfristiger Forschung und alltäglicher Politikberatung im Vordergrund steht. Bis heute übrigens wird das GIGA unter der Sektion »Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumwissenschaften« der Leibniz Gemeinschaft geführt.

Vor diesem historischen Hintergrund ist es zu begrüßen, dass sich am GIGA bereits kritisch mit der Biographie Predöhl's und den Einflüssen auf seine wissenschaftliche Arbeit auseinandergesetzt wurde.⁵³ Obwohl Predöhl's Wirken, so wird in einer Institutspublikation von 2014 anerkannt, »von seiner eindeutigen Andienung seiner wissenschaftlichen Arbeiten an das Terrorregime der Nazis [überschattet]«⁵⁴ wird, bleiben jedoch die Ursprünge von Predöhl's rassistischer Raumtheorie unbeachtet. Die Kritik bleibt auf Predöhl's Verstrickungen in den Nationalsozialismus verkürzt und verkennt, dass seine Theorien bereits zuvor Wirkung entfalten und deutsche Kolonialträume bestärken konnten. Viele Kolonialverbände hatten sich bereits in der Kaiserzeit gegründet und in den frühen 20er Jahren die ›Rückgabe‹ ehemaliger Kolonien gefordert.⁵⁵ Ein Symbol der langen Geschichte der »kolonialen Bewegung«⁵⁶ vor 1933 ist etwa auch das Hamburger Welt-Wirtschaftsarchiv (HWWA), das sich bis 2007 die Adresse *Neuer Jungfernstieg 21* mit dem GIGA teilte. Als 1933 unter dem Motto des »kolonialen Erwachens« der gesamte Vorstand der Deutschen Kolonialgesellschaft ausgetauscht und auch die Leitung des HWWA ins Exil getrieben worden war, rückten nicht nur zum Großteil NSDAP-Mitglieder, sondern vor allem auch Männer aus der Wirtschaft wie Bernhard Stichel nach, die

51 Christoph Scheuplein 2009. Wirtschaftliches Maximum, völkisches Optimum: Raumwirtschaftstheorie und -politik bei Andreas Predöhl, in Heinrich Mäding & Wendelin Strubelt (Hg.). *Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik: Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung*, 84-106, 96.

52 Ebd., 102.

53 Wolfgang Hein & Robert Kappel 2014. Raum, Welt, Wirtschaft: Andreas Predöhl – eine deutsche Wissenschaftskarriere, *Giga working papers* No. 252.

54 Ebd., 50.

55 Marlis Lüth. *Hamburg und die Kolonialpolitik im Dritten Reich*, 62.

56 Ebd., 63.

für ihre kolonialpolitischen Forderungen bekannt waren. Stichel führte das Institut an die Linie des Nationalsozialismus heran. Die engen Verbindungen zum IfW in Kiel und der Aufbau einer ›Sonderabteilung Ost‹, die alle Materialien über die Sowjetunion durcharbeiten sollte, mögen zur Ablösung Stichels durch Predöhl im Jahr 1940 geführt haben, der sich somit bereits an die Umgebung des Jungfernstiegs – mit einer kleinen Unterbrechung durch einen Entnazifizierungsprozess – »gewöhnen« konnte. Gerade weil die persönliche sowie ideologische Nähe Predöhls zu Woermann und Stichel unbestreitbar ist und praktische Auswirkungen auf die Genese seiner Theorien wie auf die Ausrichtung des ›Überseeinstituts‹ hatte, darf eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte keinesfalls die lange Tradition kolonialrassistischen Denkens in Deutschland unerwähnt lassen.

Bis heute spiegelt sich diese Tradition in der Tendenz westlicher Forschung wider, globale politische Phänomene mit einer in sich homogenen Theorie erklären zu wollen. Weit entfernt von empirischer oder theoretischer Kontextsensibilität werden vermeintlich verallgemeinerbare Aussagen über ganze Kontinente und deren diverse Bevölkerungen getroffen, wird die Anpassung nicht-europäischer Länder an eigene Standards der ›Entwicklungstheorie‹ abgewartet und werden anderen Regionen besondere Anfälligkeit für autoritäre Transformationen attestiert. Regelmäßig nennen Wissenschaftlerinnen die einseitige Rohstofforientierung der Volkswirtschaften oder gar das Bevölkerungswachstum als Ursache für den Rückstand bestimmter Regionen, ohne auf wirtschaftliche Abhängigkeiten oder politische Einflussnahme europäischer Regierungen in Folge kolonialer Unterdrückung aufmerksam zu machen. Der Wandel zu einer globalisierten Wissenschaftsarbeit in Europa, die nicht länger historische Erfahrungen, philosophische Traditionen und kulturelle Diversität übersieht,⁵⁷ muss sich intensiver als je zuvor mit dem Vorwurf der ›Orientalisierung‹ auseinandersetzen.

Wenn man sich im alltäglichen Wissenschaftsbetrieb bewusstmacht, dass Hamburg nicht deshalb Übersee-Forschungszentren hat, weil es stolz auf seinen Ruf als Tor zur Welt ist, sondern weil viele Menschen in der Stadt bis heute von ausbeuterischen und krieglerischen Praktiken in ehemaligen deutschen Kolonien profitieren, kann die Tür zu einer Pluralisierung von Wissenschaft einen Spalt weiter geöffnet werden. An erster Stelle muss dies zur Folge haben, dass zuvor systematisch ausgeschlossene Stimmen gehört werden. Eine Pluralisierung von Wissenschaft und die Auflösung eurozentrischer Denkmuster basiert zudem auf der Bereitschaft, bestehende Deutungshoheiten zu hinterfragen und alternative intellektuelle Positionen zu berücksichtigen.

57 Vgl. Amrita Narlikar 2016. »Because they Matter«: Recognise Diversity – Globalise Research, *GIGA Focus Global* 12(1), 3.

Diesem Anliegen schließt sich auch die derzeitige Präsidentin des GIGA, Amrita Narlikar, an. In ihrem Buch *Bargaining with a Rising India*,⁵⁸ das sie 2014 zusammen mit ihrer Mutter Aruna Narlikar veröffentlichte, zeigt sie, wie wichtig es ist die kulturellen Hintergründe Indiens in die Analyse von außenpolitischen Verhandlungsverhalten miteinzubeziehen. Die Autorinnen zeigen, dass kulturell überlieferte Moralvorstellungen einen erheblichen Einfluss auf die distributive Verhandlungsstrategie Indiens haben, welche von westlichen Staaten aufgrund von Unwissenheit und fehlender kultureller Sensibilität als eigensinnig, arrogant und kompromissfeindlich wahrgenommen wird.⁵⁹ Gleichzeitig lassen sie jedoch unbeachtet, dass eine eurozentrische Kritik indischer Außenpolitik nicht nur in wissenschaftlichen Diskursen,⁶⁰ sondern vor allem in Internationalen Organisationen ein Zeichen der epistemischen Gewalt ehemaliger Kolonialstaaten ist. Darüber hinaus lassen sich zentrale Diagnosen des Buches auf Arbeiten US-amerikanischer Wissenschaftler wie Stephen Cohen, Raymond Cohen und Lucian W. Pye ein, die in ihren Schriften die politische Kultur indischer Aushandlerinnen pauschalisierend charakterisieren und Stereotypen unterstreichen.⁶¹ Häufig tritt das Potenzial des Buches, mit einer differenzierten und kulturell reflektierenden Perspektive auf internationale Aushandlungsprozesse zu schauen und Machtgefälle zwischen unabhängig gewordenen und (post-)kolonialen Staaten aufzulösen, hinter einen in vornehmlich westlichen Sphären etablierten Rational Choice-Erklärungsansatz zurück. Auch wenn das Werk somit nahtlos an im Westen bereits etablierte Wissenschaftsdiskurse anzuknüpfen vermag, sollte die Reflexion kultureller Traditionen nicht von der Intention geleitet sein, möglichst effektiv mit aufstrebenden Staaten wie Indien verhandeln zu können.⁶² Vor allem nicht solange das Framing von Effizienz als Ausbeutungspraktik nicht hinterfragt wird.

Das GIGA unternimmt also den Versuch, »lokale Sichtweisen und Perspektiven aufzuzeigen« und Kontakt zu Wissenschaftlerinnen in den Regionen zu pflegen, so auch der Vizepräsident des GIGA Patrick Köllner.⁶³ Von einer Pluralisierung der Wissenschaften profitieren nicht zuletzt Studierende, die Seminare besuchen, in denen wissenschaftliche Mitarbeiterinnen des GIGA Einblicke in politische Systeme und die Organisation von Gesellschaften vermitteln, die divers und mehrsprachig strukturiert sind und darüber hinaus zunehmend Debatten über Intersektionalität befördern. Wenn bestehende Kontinuitäten nachhaltig aufgebrochen werden sollen, gilt es, die Tendenzen zur Auflösung eurozentrischer

58 Amrita Narlikar & Aruna Narlikar 2014. *Bargaining With A Rising India. Lessons from the Mahabharata*, Oxford; vgl. den Beitrag von Franziska Goebel in diesem Band, S. 151.

59 Ebd., 8, 11, 211.

60 Ebd., 207.

61 Ebd., 9.

62 Ebd., 206.

63 Austausch per Mail mit dem Autor.

Wissensproduktion theoretisch wie methodisch umzusetzen und somit Theoriebildung insgesamt einem kritischen dekolonialen Blick zu unterziehen. Das GIGA, welches selbst von kolonialer Ausbeutung profitierte und dessen Gründung auf die Allgegenwärtigkeit deutscher Kolonialverbrechen hinweist, kann sich im Prozess einer Transformation zu einem Ort entwickeln, der diesen kritischen Blick auf sich, die Stadt Hamburg und die globalisierte Wissenschaft richtet.

Malte Kanefendt studiert im B.A. Politikwissenschaft am Fachbereich. Seine Schwerpunkte sind postkoloniale Studien sowie Gender-Theorien.

100 Jahre Kolonialinstitut?

Interview mit Tania Mancheno über das Gespenst des deutschen Kolonialismus

Eine der Vorläuferinstitutionen der 1919 gegründeten Hamburgischen Universität war das 1908 entstandene Hamburgische Kolonialinstitut, das – ansässig im heutigen Hauptgebäude der Universität – Beamte für den Dienst in den deutschen Kolonien ausbildete. Der Frage, was es für eine wissenschaftliche Institution bedeutet, aus der deutschen Kolonialgeschichte entsprungen zu sein, geht Alexa Vaagt im Interview mit Dr. Tania Mancheno, ehem. wissenschaftliche Mitarbeiterin der Universität am Fachgebiet Kriminologische Sozialforschung und Mitglied der Forschungsstelle »Hamburgs (post-)koloniales Erbe«, nach.

Alexa Vaagt (AV): Das Hamburgische Kolonialinstitut wurde 1908 zum Zweck von Forschung und Ausbildung errichtet. Wie wurde damals eine Brücke zwischen Wissenschaft und Kolonialismus geschlagen und worin besteht dieser Zusammenhang heute?

Tania Mancheno (TM): Bevor die Uni gegründet wurde, bestand bereits eine wissenschaftliche Institution, nämlich das Hamburgische Kolonialinstitut. Einige Jahre nach der Gründung des Kolonialinstituts wurde zum ersten Mal demokratisch im Parlament entschieden, dass eine Universität gegründet werden soll. Somit wurde das Institut eigentlich nur umbenannt. Das Jubiläum versucht sich von dieser Institutionsgeschichte zu trennen, indem die Geschichte der Universität anders rekonstruiert und erzählt wird.

Wir bewegen uns in einer modernen oder postmodernen Institution, die von sich behauptet, keine Kolonialgeschichte zu haben oder sogar den Bezug zum Kolonialismus bewusst zu übersehen scheint. Diese politische Amnesie gilt nicht nur für unsere Uni. Mit deiner Frage musste ich an die Geschichte der Vereinten Nationen denken, die genauso aus einer politischen Dissidenz gegenüber einer tieferen Aufarbeitung des Kolonialismus entstanden ist. Es lässt sich historisch belegen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmte Strukturen und Akteure

des International Colonial Institute in die Vereinten Nationen übergegangen sind. Kolonialismus ist also nicht nur eine bewusst übersehene Vergangenheit von manchen modernen Institutionen. Kolonialismus ist vielmehr ein Gespenst, das alle unsere Institutionen, nicht nur in Europa, verfolgt.

AV: Wie drückt sich dieser Zusammenhang auf der praktisch-wissenschaftlichen Ebene in solchen Institutionen aus?

TM: Die Forschungsinteressen, welche an der Uni verfolgt wurden, waren von Anfang an kolonial geprägt. Auch die Geschichte der einzelnen Fächer sind Beweise für die allgegenwärtige Präsenz von Kolonialismus und dem damit zusammenhängenden Rassismus an der Universität.

Darüber hinaus könnten wir Akteure benennen, die unsere Orientierung auf dem Campus heute noch prägen, wie beispielsweise Edmund Siemers und Werner von Melle. Als Hamburgische Kaufleute und Seehandels-Juristen des 19. Jahrhunderts haben beide von kolonialen Ausbeutungsprozessen profitiert und die wissenschaftliche Praxis der neu gegründeten Universität geformt. Beide Figuren zeigen, inwiefern ökonomische Macht die epistemische Macht zu bestimmen versucht. Allerdings löst es in mir ein Unbehagen aus, wenn die Auseinandersetzung mit Kolonialgeschichte bedeutet, dass wir die Biographien von weißen, heterosexuellen Männern rekonstruieren. Vielmehr scheint mir eine kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Universität für ein Narrativ der Stadt notwendiger und auch fruchtbarer zu sein.

Inwiefern die Uni ein Narrativ der Stadt oder sogar Deutschlands in Gang gesetzt hat, lässt sich gut anhand der Institutions- und der Raumgeschichte rekonstruieren. Um nur ein Beispiel zu nennen: Ein Besuch am Eingangsbereich unseres Nachbarmuseums MARKK (Museum am Rothenbaum – Kulturen und Künste der Welt), welches bis vor kurzem den problematischen Namen »Museum für Völkerkunde« trug, zeigt die wirtschaftlichen Netzwerke und persönlichen Verflechtungen, die einerseits das Museum und andererseits die Gründung des Kolonialinstitutes ermöglicht und finanziert haben.

So formten Kolonialinteressen nicht nur Technologien der Ausbeutung in den deutschen Kolonien, wie beispielsweise die Minenindustrien und Plantagen. Diese waren gleichzeitig zentral für die Entstehung des Uni-Viertels in Hamburg. Die Rekonstruktion solcher Netzwerke bedeutet die Gewaltgeschichte des Kolonialismus sichtbar zu machen, um der Entmenslichung von nicht-weißen Menschen – auch heutzutage und in Anlehnung an Frantz Fanon, so *verdammte* aktuell – entgegenzuwirken.

AV: Was bedeutet das dann für die Studierenden der Universität?

TM: Studierende der Universität Hamburg dürften die Geschichte der Vorlesungen im Hauptgebäude und im Vorlesungssaal des Museums nicht weiterhin ignorieren: Schwarze Menschen, die aus den ehemaligen Kolonien »importiert« wurden, wurden in den Räumlichkeiten des Museums und des Hauptgebäudes als

Exemplare für weiße Studierende in den Seminaren u.a. für Sprachwissenschaften ausgestellt. Diese menschenverachtende Geschichte ist nicht nur Bestandteil des Kolonialinstituts, sondern ein Erbe, das unseren ganzen wissenschaftlichen Betrieb bis heute betrifft.

Neben der Universität profitierten auch Museen und andere moderne Institutionen in dieser Stadt, vom Kolonialismus. Wie Prof. Jürgen Zimmerer in seiner Vorlesung zur Geschichte der Uni aufgezeigt hat:⁶⁴ Dass das Projekt des Kolonialinstituts, Kolonialbeamte auszubilden, scheiterte, bedeutet keineswegs, dass die Verflechtungen zwischen Kolonialismus und Wissenschaft keine nachhaltige und produktive Wirkung hatten.

AV: Die Zusammenhänge zwischen Kolonialismus und Wissenschaft sind bis heute so präsent und werden gleichzeitig tabuisiert. 1969, also zum 50-jährigen Bestehen der Uni Hamburg hat der damalige AStA ein Buch publiziert mit dem Titel *Das permanente Kolonialinstitut*. Darin hat der Studierendenausschuss die Kontinuität der kolonialen Praxis an der Universität kritisiert. 2019, 50 Jahre nach der Veröffentlichung, feiert die Uni 100-jähriges Jubiläum. Wie aktuell ist die Kritik heute noch?

TM: Es müsste dieses Jahr eigentlich eine neue Ausgabe dieses Sammelwerkes geben, die erneut die Fragen von damals, in einer dekolonialen Sprache und Semantik, stellt. In diesem Buch, das leider nur im Lesesaal der Staatsbibliothek ohne Ausleihmöglichkeit vorhanden ist, wurden kritische Stimmen, die nicht unbedingt innerhalb der Institutionen willkommen sind, aufgenommen. Studierende haben ihre Kritik an die Universität und an das unkritische Jubiläum artikuliert. Diese oppositionelle Haltung von damals wundert mich nicht. Denn je mehr mensch sich mit der Geschichte des Kolonialismus und den postkolonialen Wirkungen auseinandersetzt, desto mehr stellt mensch fest, dass es Widerstand schon immer gab.

AV: Welche kolonialen Kontinuitäten würden Sie heute konkret benennen wollen?

TM: In meinen Seminaren und während meiner Sprechstunde erlebe ich öfter, dass nicht-weiße deutsche und nicht-deutsche Studierende sich über den anhaltenden Rassismus an der Universität zu Recht empören. Sie berichten, dass u.a. das N-Wort immer mal wieder in anderen Seminaren fällt, oder die unterschiedlichen afrikanischen Länder unter Afrika subsumiert werden. Besonders problematisch sind diese Situationen, wenn es keine deutliche pädagogische Korrektur seitens des Lehrpersonals gibt. Es ist sehr schwierig für kritische Studierende die unkritische Haltung gegenüber Kolonialgewalt an der Universität zu entwerfen. Auch aus diesem Grund brechen einige ihr Studium ab.

64 Die Vorlesung *Wissenschaft und Kolonialismus. Die Hamburger Universität vom Kolonialinstitut bis zum Sturz des Wissmann-Denkmal* (2019) aus der Vorlesungsreihe »100 Jahre Hamburger Universität« von Jürgen Zimmerer lässt sich abrufen unter <https://lecture2go.uni-hamburg.de/l2go/-/get/v/24572>.

Aber die Gewalt gegen Schwarze Menschen an der Universität und in unserer Gesellschaft äußert sich nicht nur in subtilen Formen des Rassismus – also durch die diskriminierende Verwendung von Sprache, Blicken und Vorurteilen. Die Gewalt findet auch vor unseren Augen auf der Straße, oder besser sogar, auf dem Gelände der Universität statt.

Ich spreche von einem aktuellen Verbrechen, welches unbedingt als kritischer Teil des sogenannten Jubiläums hätte aufgearbeitet werden müssen. Am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) wurde am 26. April 2019 William Tonou-Mbobda, ein Student, der kontinuierlich von Rassismuserfahrungen an der Universität und in der Stadt betroffen war, von privaten Sicherheitsleuten getötet.⁶⁵

Das UKE hat erst vor ein oder zwei Jahren bei einem internen Inventar menschliche Überreste von damals versklavten Menschen aus Namibia, Angehörigen der Herero und Nama, gefunden. Die Delegation Namibias, die zu der Zeit vor Ort hier in Hamburg war,⁶⁶ wollte diese Beweise nicht ohne weiteres mitnehmen. Sie vermuteten zu Recht, dass die Geschichte und das Verbrechen sonst zu schnell in Vergessenheit gerieten, sowohl auf Seiten des UKE als auch in der deutschen Bevölkerung.

Wir haben also in derselben Uni-Institution zwei gegensätzliche Ereignisse zu markieren: Auf der einen Seite das »Aufräumen« des Kolonialkellers und auf der anderen Seite die Tötung eines Schwarzen Menschen, der in Kamerun – übrigens eine ehemalige deutsche Kolonie – geboren wurde. Hier wird nicht nur symbolisch klar, inwiefern die Uni Teil einer postkolonialen Geschichte ist, die auf der einen Seite erzählt, die Uni habe nichts mehr mit dem Kolonialinstitut zu tun und sie jedoch gleichzeitig zum aktuellen Schauplatz rassistisch motivierter Gewalt macht.

AV: Ist eine Transformation der Uni Hamburg zu einer dekolonialen Institution möglich, wenn sie aus dem deutschen Kolonialismus entstanden ist? Und wie kann sich ein bewusster Postkolonialismus auf der praktischen Ebene äußern?

TM: Das ist eine schwierige Frage, aber ich glaube es ist immer wichtig, dass wir zwar nicht utopieren, weil das schnell totalitär wirkt, aber zumindest nach Alternativen suchen. Und das bedeutet auch, die Institutionen neu zu denken. Ich bin der Meinung, dass bereits eine kritische historische Auseinandersetzung mit diesen Verflechtungen einen Schritt in Richtung Dekolonialisierung beitragen

65 Stellungnahme der Black Community Hamburg, verfügbar unter [https://blackcommunityhamburg.blackblogs.org/aktuelles/\(20. Juli 2020\)](https://blackcommunityhamburg.blackblogs.org/aktuelles/(20. Juli 2020)).

66 Anlass hierfür war der zweite transnationale *Herero & Nama Kongress: Koloniales Vergessen: Quo Vadis Hamburg?*, der im April 2018 an der Universität Hamburg stattfand. Der Kongress erinnerte an den Völkermord im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika und forderte eine offizielle Entschädigung seitens der Bundesregierung.

könnte. So könnten Studierende, die hier das Studium aufnehmen, erstmal eine Einführung erhalten, in der klar wird, dass diese Universität aufgrund ihrer Geschichte eine besondere Aufgabe hat, sich kritisch mit Kolonialismus und mit der deutschen Kolonialgeschichte auseinanderzusetzen.

Gleichzeitig könnte mit dem affirmativen Jubiläum die notwendige Aufarbeitung des deutschen Kolonialismus einhergehen: Denn die 100 Jahre Uni sind auch 100 Jahre seit dem ersten Genozid des 20. Jahrhunderts, welcher von deutschen Soldaten an den Menschen im heutigen Namibia verübt wurde.⁶⁷ Erinnern muss nicht feiern bedeuten. Deutschland ist dafür weltweit bekannt. Die dekoloniale Aufgabe der Universität würde also darin bestehen, diese ganzen Verflechtungen dann sichtbar zu machen, obwohl sie unsichtbar sind, aber trotzdem unser Dasein prägen. Ich bin der Meinung, dass eine solche Anerkennung der Geschichte ein anderes Miteinander innerhalb der Universität ermöglichen würde, welches sich dann in einem anderen Miteinander in der Gesellschaft spiegeln könnte.

Alexa Vaagt studiert Politikwissenschaft am Fachbereich. Das Interview entstand im Rahmen des Seminars »Einführung in den Journalismus« bei Prof. Volker Lilienthal.

Fundstück: Der Pferdestall – das Gebäude der Politikwissenschaft an der Universität Hamburg

Die Politikwissenschaft an der Universität Hamburg ist heute am Allende-Platz 1 beheimatet – oder auch: »dem Pferdestall«. Im Fundstück zur Gebäudegeschichte werden die 1910er Jahre beleuchtet: Die Firma Schlüter & Söhne, der Bau des Gebäudes und schließlich, warum der Pferdestall denn nun Pferdestall heißt. Anschließend folgt die Geschichte des Umbaus, des Einzugs der Universität und damit dem Beginn der akademischen Nutzung des dann nurmehr zum Mythos gewordenen »Pferdestalls«. Außerdem beleuchten wir die Nutzung des Gebäudes zwischen 1933 und 1945, seine Verortung im jüdischen Grindelviertel sowie die Transformationen nach 1945.

Das Hamburger Familienunternehmen J.A. Schlüter & Söhne wurde im frühen 19. Jahrhundert gegründet und war – ansässig in der Nähe der Sankt-Petri-Kirche an der Mönckebergstraße – einer der größten Hersteller und Vertreiber von Fuhrwerken der Stadt.

67 In dieser Geschichte spielt Hamburg eine besondere Rolle. Einerseits wurden aus diesem Hafen die Truppen zur Vernichtung der Widerstandskämpferinnen gegen die deutsche Kolonialbesatzung in Namibia entsandt. Andererseits wird der Befehlshaber am Gelände der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg Jenfeld immer noch gewürdigt.

Der Pferdestall von Schlüter & Söhne (1910er Jahre)



UHH/Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte

Aufgrund des kontinuierlich wachsenden Geschäftsvolumens beschloss die Firmenleitung zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen Geschäftsneubau. Und ein geeigneter Ort war schnell gefunden: 1908 wurde der neue Pferdestall der Firma Schlüter & Söhne im Bezirk Rotherbaum eröffnet. Die *Hamburger Nachrichten* berichteten am 17. April in ihrer *Zweiten Morgen-Ausgabe*, neben einem Report über den Urlaub der Kaiserfamilie auf Korfu und einem Kommentar zur schwelenden Dänenfrage in Schleswig-Holstein, über den Neubau am damaligen Bornplatz:

Die bekannte Firma J.A. Schlüter Söhne, die seit 101 Jahren an der Petri-Kirche das altrenomierte Luxusfuhrwesen betrieben hat, verlegt mit dem heutigen Tage ihre Zentrale nach ihrem imposanten Neubau Bornplatz 2, die mit allem Komfort und Einrichtungen der Neuzeit ausgestattet ist. [...] Die geschmackvolle Fassade – im Barockstil gehalten – besteht aus Kalksandstein und lederfarbenen Verblendsteinen und ruht auf einem Sockel von schlesischem Granit. [...] Nach hinten, durch einen Torweg getrennt, gelangen wir links in die modern eingerichtete Schmiede mit Pferdebeschlaghof [...]. Im Mittelgebäude führen links und rechts zwei breite Rampen zum Aufgang der Pferde für die Stallungen im 1. Stock. Dort sind in zwei großen Ställen links und rechts je 110 Pferde untergebracht.

In den folgenden Jahren wuchs das Unternehmen kontinuierlich. Zu Beginn der 1920er Jahre expandierte Schlüter & Söhne noch einmal und baute neben dem Pferdestall eine Werkstatt für Automobile – das heutige Abaton-Kino am Allende-Platz 3.

Gleichzeitig boomte auch die akademische Arbeit in der 1919 gegründeten Hamburgischen Universität. Die Studierendenzahlen stiegen in nur wenigen Jahren von 1729 Immatrikulierten im ersten Semester 1919 auf nahezu dreitausend Studierende zu Beginn der 1930er Jahre, die Zahl der Lehrenden verdoppelte sich in nur wenigen Jahren auf 300 Personen und in nahezu jedem Semester wurde ein neues Studienfach in das auch von der breiten Stadtbevölkerung beachtete Curriculum aufgenommen.⁶⁸

Die fachliche wie soziostrukturelle Expansion der Universität stellte die Hochschulbehörde allerdings auch vor handfeste Probleme – wo sollte man so schnell Vorlesungssäle, Raum für Bibliotheken sowie Büros für Professorinnen, Mitarbeitende und Verwaltungspersonal herbekommen? Vor allem die Verortung der bisherigen Universitätsstätten mitten im Hamburger Stadtteil Rotherbaum stellte für Behörde und Universitätsleitung eine Herausforderung dar.

Zur gleichen Zeit stand auch Schlüter & Söhne vor den Herausforderungen der Transformation der 1920er Jahre – genauer: den technischen Entwicklungen der Zeit. Hatte man mit dem Bau des neuen firmeneigenen Pferdestalls am Bornplatz noch voll auf die Kutsche als Fortbewegungsmittel gesetzt, bekam das Familienunternehmen nun zunehmend Konkurrenz durch die Motorisierung des Personenverkehrs. Die Konsequenz: Das Unternehmen musste seine Kutschensparte aufgeben,⁶⁹ der Pferdestall am Bornplatz, etwa siebenhundert Meter Luftlinie vom Hauptgebäude der Hamburgischen Universität entfernt, sollte nach nur zwanzig Jahren Nutzung verkauft werden ...

...und eine Käuferin war schnell gefunden: Im Juni 1928 beschloss die Hamburgische Bürgerschaft den Ankauf des Gebäudes und bewilligte mit der Bereitstellung von 500.000 Reichsmark den Umbau »zu Hochschulzwecken«. Zum Wintersemester 1929/30 konnte die Universität – mit etwas Verzögerung, da sich u.a. die neue

68 Universität Hamburg 1970. *Universität Hamburg 1919-1969. Festschrift zum 50. Gründungstag der Universität Hamburg*, 342f., 354, zitiert nach Rainer Nicolaysen 2010. *Wandlungsprozesse der Hamburger Universität im 20. Jahrhundert*, Kapitel 3: Zwischen Erfolg und Gefährdung: Die gesplante Universität in der Weimarer Republik, verfügbar unter <https://www.uni-hamburg.de/einrichtungen/weitere-einrichtungen/arbeitsstelle-fuer-universitaetsgeschichte/geschichte.html> (20. Juli 2020).

69 Heute sind Schlüter & Söhne Experten für Automobilersatzteilehandel, ansässig in Hamburg-Rotherburgsort.

Telefonanlage teurer als geplant erwies – die Räumlichkeiten beziehen und die Arbeit aufnehmen.⁷⁰

Lesesaal im neuen Universitätsgebäude am Bornplatz (1930)



UHH/Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte

Ende der 1920er bis Anfang der 1930er Jahre waren im Gebäude am Bornplatz 1-3 das Seminar für romanische Sprachen und Kultur, das Literaturwissenschaftliche und das Germanische Seminar sowie das Seminar für Erziehungswissenschaften untergebracht. Außerdem befanden sich im Gebäude das Seminar für Philosophie im ersten Stockwerk sowie das Psychologische Institut der Universität im zweiten Stock. Dies bedeutete auch, dass ab dem Wintersemester 1929/30 bedeutende liberale, jüdische Intellektuelle der Weimarer Zeit, wie Ernst Cassirer, Agathe Lasch und William Stern in diesem Gebäude forschten und lehrten. William Stern, Philosophie- und Psychologieprofessor, nutzte etwa die Werkstatt im Gebäude für seine psychologischen Studien.⁷¹

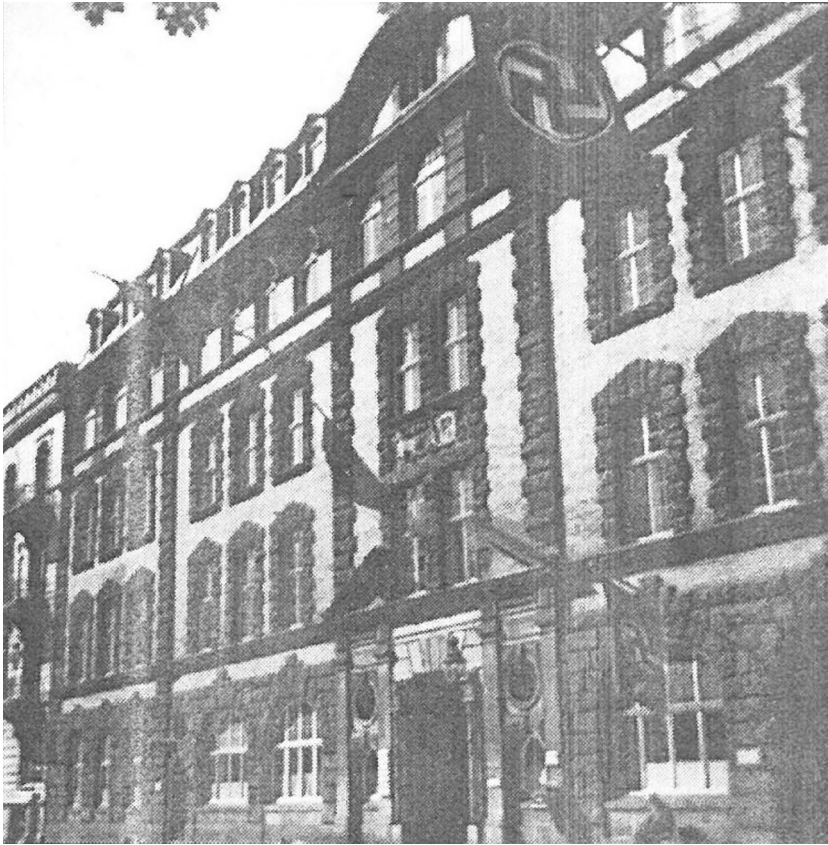
1933 wurden die genannten Wissenschaftlerinnen und viele weitere Mitarbeitende der Universität im Zuge des faschistisch-antisemitischen »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom akademischen Leben ausgeschlossen

70 Universität Hamburg 2019. *Allende-Platz 1 (Pferdestall)*, online verfügbar unter <https://ct.uhh.de/de/tour/pferdestall.html> (20. Juli 2020).

71 Rainer Nicolaysen 2010. *Wandlungsprozesse*, Kapitel 2: Der lange Weg zur Universitätsgründung.

und vertrieben. Somit war auch die erste Phase akademischer Arbeit im universitären Pferdestall beendet, Mitte der 1930er Jahre zog die ›Schutzpolizei‹ im Erdgeschoss ein. Die Institutsstruktur im Gebäude wurde radikal transformiert, die Institute für Philosophie und Psychologie sowie das Seminar für Erziehungswissenschaften, die ehemaligen Herzstücke des Gebäudes, wurden ideologisch entkernt oder gleich ganz fallen gelassen. Nicht mehr viel passierte im Gebäude am Bornplatz 1-3, erst zum Ende des Zweiten Weltkrieges ziehen noch einmal neue Institute aus zerstörten Universitätsgebäuden in das von Luftangriffen weitgehend unbeschadet gebliebene Gebäude.

Der Pferdestall im Nationalsozialismus (1930er Jahre)



UHH/Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte

Wie kein anderes Gebäude der Universität ist der Pferdestall in die Geschichte des Grindelviertels eingelassen. Das Grindelviertel im Stadtteil Rotherbaum war

das ehemalige Zentrum jüdischen Lebens in Hamburg und beherbergte u.a. die große Hauptsynagoge der orthodoxen jüdischen Gemeinde. Direkt am Bornplatz war sie, dem Universitätsgebäude gegenüberliegend, der Mittelpunkt des Viertels und wurde in der Reichspogromnacht am 9. November 1938 zerstört. Heute erinnern weitläufige Mosaiksteine auf dem an den Allende-Platz angebundenen Joseph-Carlebach-Platz an die Grundmauern und das Dachgewölbe der Synagoge.

Ebenfalls direkt an den Pferdestall angeschlossen war eine der vielen, die in Deutschland jedoch einzige nach der Pogromnacht wieder aufgebaute Hinterhofsynagoge, die »Neue Dammthor-Synagoge«. Hier kamen nach den intensivierten Deportationsanstrengungen der Nationalsozialisten die meisten jüdischen Menschen im Grindelviertel zusammen – bis sie schließlich selbst als Sammelstätte für Deportationen genutzt und im Krieg zerstört wurde.⁷² Hieran erinnert eine kleine Gedenktafel, die in den 1980er Jahren angebracht wurde, sowie die große östliche Seitenfassade des Gebäudes, die vor dem Hintergrund dieser Historie zu Recht unvollständig, beschnitten und nackt aussieht.

Nach der Befreiung im Jahr 1945 wuchs die wiedereröffnete Universität stetig – in ihren Mitgliederzahlen wie in ihrer räumlichen Ausdehnung. In den 1950er und 1960er Jahren wurden die Pläne für einen zusammenhängenden Universitätscampus, der die bislang im Stadtviertel Rotherbaum eher versprengten Universitätsgebäude verbindet, konkreter und schließlich auch weitgehend umgesetzt. Mit nur wenigen Jahren Abstand entstanden die noch heute markantesten Gebäude: der »WiWi-Bunker«, das Auditorium Maximum und der »Philosophenturm.« Benannt wurde der neue Campus nach Werner von Melle, einem der Hamburger Bürger, die sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts für die Gründung der Universität eingesetzt hatten. Der ehemalige Pferdestall markierte von nun an das Westende des neuen Hauptcampus und bekam die Adresse *Von-Melle-Park 15*. Nach 1945 hatte das Gebäude zuerst wieder die geistes- wie erziehungswissenschaftlichen Fächer und Institute beherbergt, 1968 zogen dann die Sozialwissenschaften – und damit auch die Politische Wissenschaft – in das Gebäude ein.

Dass es jemals ruhiger um das Gebäude und seine Bewohnerinnen werden würde, war aber wohl nie in Sicht. Zu Beginn der 1980er Jahre wurde das Gebäude im Zuge einer stadtweiten Kampagne und Kontroverse in Allende-Platz 1 umbenannt.⁷³ Und in regelmäßigen Abständen materialisierten sich hochschul- und wissenschaftspolitische Auseinandersetzungen in den Fluren des Pferdestalls. 1977 wurde das Gebäude für drei Tage verriegelt, die besetzenden und streikenden Studierenden forderten eine Erhöhung des BAföG-Satzes sowie das politische Mandat für den AStA. 1988, im bis heute größten Streik der Universitätsgeschichte, ging

72 Eckart Krause 1994. Mitten im Grindel, *Uni-Kalender* 1994.

73 Vgl. den Beitrag zur Platz-Umbenennung in diesem Band, S. 327.

es dann um Sparmaßnahmen des Senats, angekündigte Eingriffe in die studentische Selbstverwaltung und mangelhafte Frauenförderung. Auch im Zuge dieses Streiks war der Pferdestall besetzt, nun sogar für mehrere Wochen und die regulären Lehrveranstaltungen fielen in der Regel zugunsten von alternativen, studentischen Seminaren aus. Die bis heute nachhaltigste Auswirkung des Streiks ist die Gründung der »T-Stube«, der Umbau eines alten Hörsaals im ersten Stock zum bis heute bestehenden selbstverwalteten Freiraum (Text: David Weiß).

Liberales Bollwerk.

Stefan Oeter über Albrecht Mendelssohn Bartholdy und das Institut für Auswärtige Politik⁷⁴

Albrecht Mendelssohn Bartholdy (1874-1936) wurde 1920 auf einen Lehrstuhl für Auslandsrecht und Internationales Privatrecht berufen. Im Jahr 1923 gründete er das Institut für Auswärtige Politik, das unter dem Namen Institut für internationale Angelegenheiten noch heute in der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg existiert. 1933 wurde Mendelssohn Bartholdy sein Lehrstuhl, 1934 die Leitung des Instituts entzogen. Er starb 1936 im Oxforder Exil. Heute trägt die rechtswissenschaftliche Graduiertenschule seinen Namen.

Bereits im Vorfeld der Universitätsgründung 1919 waren aus der Hamburger Kaufmannschaft Bedürfnisse nach spezifischer Expertise im Auslandsrecht artikuliert worden, und es waren konkrete Planungen zur Gründung eines Instituts für Auslandsrecht entwickelt worden, die aber aufgrund des Kriegsendes nicht mehr zum Abschluss kamen.⁷⁵ An diese Planungen knüpfte man unmittelbar bei Gründung der Universität im Mai 1919 an und richtete als eine der Keimzellen der neuen juristischen Fakultät einen Lehrstuhl für Internationales Privatrecht und Auslandsrecht ein, der im Sommer 1920 mit Albrecht Mendelssohn Bartholdy besetzt wurde, den man dafür aus Würzburg berief (und der im übrigen 1918 auch schon für die Leitung des geplanten Instituts für Auslandsrecht vorgesehen war).⁷⁶ Albrecht Mendelssohn Bartholdy, von der persönlichen Herkunft Badener, aber aus einer bekannten Familie des jüdischen Großbürgertums mit historischer Präsenz

74 Dieser Beitrag ist eine gekürzte Version von Stefan Oeter 2019. Internationales Recht in Hamburg. Vom Institut für Auswärtige Politik zum Institut für internationale Angelegenheiten, in Tilman Repgen et al. (Hg.). *100 Jahre Rechtswissenschaft an der Universität Hamburg*, Tübingen, 555-576.

75 Vgl. Gisela Gantzel-Kress 1983. Das Institut für Auswärtige Politik 1923-1933. Das erste politikwissenschaftliche Institut in Deutschland und das dritte auf der Welt zur Erforschung internationaler Beziehungen und Friedensbedingungen: Interessen, Hoffnungen, Realitäten, Illusionen, in Klaus Jürgen Gantzel (Hg.). *Kolonialrechtswissenschaft, Kriegsursachenforschung, Internationale Angelegenheiten*, Baden-Baden, 21-88, 25-32.

76 Ebd., 32.

in Hamburg, war eigentlich Zivilrechtler, genauer: Zivilprozessualist.⁷⁷ Schon früh aber hatte er sich einen Ruf als profunder Kenner des ausländischen Rechts, insbesondere anglo-amerikanischer Prägung, erworben. Die frühe Berufung dieses dezidiert an internationalrechtlichen Fragen interessierten Wissenschaftlers zeigt symbolträchtig die Orientierung der neuen Fakultät, in Anknüpfung an die spezifischen Auslandsinteressen der Hamburger Kaufmannschaft. Der Neuberufene war zudem – für die Juristenschaft der ausgehenden Monarchie eher ungewöhnlich – bekennender Republikaner mit liberaler Orientierung.⁷⁸ Wirkmächtig für die institutionelle Strukturbildung des internationalen Rechts wurde Mendelssohn Bartholdy zunächst dadurch, dass ihm 1923 die Gründung eines eigenständigen, außerhalb der Universität stehenden Instituts für Auswärtige Politik gelang, dem er dann zehn Jahre (bis September 1933) vorstand.⁷⁹ In der schon früh, mit der Gründung des Instituts für Auswärtige Politik 1923, angelegten Verbindung von internationalem Recht und sozial- bzw. politikwissenschaftlicher Analyse der internationalen Politik weist Hamburg eine sehr lange Tradition der interdisziplinären Forschung zu Fragen der internationalen Beziehungen auf, einschließlich ihrer rechtlichen Aspekte, die in der jüngeren Vergangenheit wiederbelebt wurde. Seit den 1990er Jahren kommt es zu einem intensiveren Dialog zwischen Völkerrechtlerinnen und Vertreterinnen der Internationalen Beziehungen, insbesondere im Bereich der Global Governance und des Global Constitutionalism. Dies hängt nicht zuletzt mit methodischen und epistemischen Akzentverschiebungen zusammen. Juristinnen interessieren sich auf einmal für den disziplinär geschulten, methodisch reflektierten Blick auf die Wirklichkeit internationaler Beziehungen; umgekehrt haben Politikwissenschaftlerinnen der neueren Generation ein dezidiertes Interesse an normativen Fragen entwickelt. Die Kenntnis der Traditionslinien im Zusammenspiel von Völkerrecht und internationaler Politik hilft insoweit nicht nur, die Gewordenheit des Bestehenden zu verstehen, sondern enthält geradezu einen Auftrag, die bahnbrechenden Impulse der Gründerinnengeneration, die vor

-
- 77 Vgl. zur Biographie von Albrecht Mendelssohn Bartholdy die Skizzen von Rainer Nicolaysen 2012. Albrecht Mendelssohn Bartholdy (1874-1936), in ders. (Hg.). *100 Jahre Hauptgebäude der Universität Hamburg: Reden zur Festveranstaltung am 13. Mai 2011*, Hamburg, 65-72; Alfred Vagts 1979. Albrecht Mendelssohn Bartholdy: ein Lebensbild, in Cécile Lowenthal-Hensel (Hg.). *Mendelssohn-Studien: Beiträge zur neueren deutschen Kulturgeschichte*, Bd. 3, Hannover, 201-225; Fritz Morstein Marx 1969. Albrecht Mendelssohn Bartholdy, in Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Hamburg (Hg.). *Lebensbilder hamburgischer Rechtslehrer*, Hamburg, 53-59.
- 78 Vgl. dazu nur Gisela Gantzel-Kress. *Das Institut für Auswärtige Politik*, 34-37; Rainer Biskup 2010. *Staatsrechtslehrer zwischen Republik und Diktatur: Rudolf Laun (1882-1975)*, Hamburg, 53-55.
- 79 Vgl. Gisela Gantzel-Kress. *Das Institut für Auswärtige Politik*, 43-65.

hundert Jahren die Universität Hamburg geprägt haben, wieder aufzunehmen und mit Leben zu erfüllen.

Dass gerade Albrecht Mendelssohn Bartholdy so wirkmächtig für die Institutionalisierung des internationalen Rechts in Hamburg werden würde, konnte man bei seiner Berufung 1919 noch nicht ahnen. In den Jahren in Würzburg hatte er sich einen Namen als Zivilprozessrechtler und profunder Kenner des Auslandsrechts erworben – und als solcher wurde er auch an die neue Hamburgische Universität berufen. Die Wende hin zum Völkerrecht und zur internationalen Politik zeichnete sich zu diesem Zeitpunkt allerdings schon in ersten Ansätzen ab. Dies hing in erster Linie mit den Zeitumständen zusammen. Als kosmopolitischer Liberaler hatte Albrecht Mendelssohn Bartholdy immer scharf Stellung bezogen gegen die maximalistischen Kriegsziele der deutschnationalen Eliten des späten Kaiserreichs; seit 1917 gehörte er dem Heidelberger Kreis um Max Weber und Prinz Max von Baden an.⁸⁰ Für die neue republikanische Reichsleitung lag es 1919 nahe, Vertreter dieses Kreises in die deutsche Delegation für Versailles zu berufen. Zusammen mit Hans Delbrück, Max Weber, und Max Graf Montgelas formulierte er das deutsche Memorandum vom 27. Mai 1919, in dem die alleinige deutsche Schuld am Ausbruch des Krieges zurückgewiesen wurde.⁸¹ Die Erfahrungen der Versailler Verhandlungen waren mehr als ernüchternd,⁸² aber schon im Kontext der Friedensverhandlungen reifte in Kreisen der deutschen Delegation der Plan, zum besseren Verständnis der Gesetzmäßigkeiten der internationalen Politik ein spezifisches Forschungsinstitut für auswärtige Politik zu gründen.⁸³ Doch die Ressourcen dafür waren nicht einfach zu finden. Zunächst mussten Albrecht Mendelssohn Bartholdy, der im Sommer 1920 tatsächlich nach Hamburg gewechselt war, und Max Warburg, sein engster Verbündeter in diesen Fragen, sich mit der Gründung einer Forschungsstelle für die Kriegsursachen begnügen.⁸⁴ Erst die Bleibeverhandlungen anlässlich eines Rufes nach Berlin erzeugten das Momentum für die Gründung des Instituts für Auswärtige Politik, die Ende 1922 von der Hochschulbehörde bewilligt wurde.⁸⁵

80 Vgl. ebd., 38, sowie Hermann Weber 1986. *Rechtswissenschaft im Dienst der NS-Propaganda: Das Hamburger Institut für Auswärtige Politik und die deutsche Völkerrechtsdoktrin in den Jahren 1933 bis 1945*, in Klaus Jürgen Gantzel (Hg.). *Wissenschaftliche Verantwortung und politische Macht*, Berlin & Hamburg, 185–423, 194.

81 Gisela Gantzel-Kress. *Das Institut für Auswärtige Politik*, 39; vgl. auch aus historischer Perspektive zur Kriegsschulddebatte Berndt-Jürgen Wendt 1986. *Über den geschichtswissenschaftlichen Umgang mit der Kriegsschuldfrage*, in Klaus Jürgen Gantzel. *Wissenschaftliche Verantwortung und politische Macht*, 1–63.

82 Vgl. zu den Schwierigkeiten der Versailler Verhandlungen jüngst Michael S. Neiberg 2017. *The Treaty of Versailles: A Concise History*, New York, 35–68; ferner Manfred F. Boemeke (Hg.) 1998. *The Treaty of Versailles: A Reassessment after 75 Years*, New York, insbes. 37–68.

83 Gisela Gantzel-Kress. *Das Institut für Auswärtige Politik*, 39.

84 Vgl. ebd., 41f.

85 Ebd., 43.

Mit Beschluss der Hamburgischen Bürgerschaft vom 31. Januar 1923 wurde das Institut förmlich errichtet. Im Gründungsbeschluss wurden ihm drei Aufgaben zugewiesen – die wissenschaftliche Erforschung »der diplomatischen Methoden der jüngsten Geschichte«, die Beobachtung der internationalen Politik, insbesondere der »Außenpolitik der großen Völker«, sowie die Verbreitung dieser Kenntnisse im Dienste der Förderung einer »dem Frieden dienenden Außenpolitik der Zukunft«. ⁸⁶ Erste Arbeitsfelder waren, in Fortführung der Arbeit der vorausgehenden Forschungsstelle, die Sammlung des Materials zur Geschichte der Versailler Friedensverträge und die Herausgabe der deutschen Dokumente zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges – in durchaus revisionistischer Absicht, denn die These alleiniger deutscher Kriegsschuld sollte demontiert werden. Selbst ein kosmopolitischer Liberaler wie Mendelssohn Bartholdy fühlte sich durch das geschichtspolitische Diktat der Siegermächte beleidigt. Errichtet wurde das Institut als eigenständige Forschungseinrichtung der Freien und Hansestadt Hamburg, jenseits der Universität, mit einer recht großzügigen Grundfinanzierung aus dem Haushalt der Stadt, über die zunächst fünf, schließlich ab 1926 acht wissenschaftliche Mitarbeiterinnen bezahlt werden konnten. ⁸⁷ Der Aufbau der umfangreichen Bibliothek erfolgte weitgehend durch private Spenden aus Wirtschaftskreisen. Über das Kuratorium war das Institut eng mit der außenpolitischen Elite des Reiches vernetzt, über eine »Gesellschaft der Freunde und Förderer des Instituts für Auswärtige Politik« mit der Wirtschaft, der Hamburger Politik und der Ministerialbürokratie. ⁸⁸ 1929 in eine Stiftung umgewandelt, hatte das Institut sich fest etabliert als Hort außenpolitischer Forschung, mit einer ausgedehnten Fachbibliothek (einschließlich Zeitungsausschnitts-Archiv), mit einem Stab anerkannter Expertinnen, einem Programm weithin beachteter Kurse und Vorträge sowie einem Netzwerk mit verwandten Instituten im Ausland (insbesondere Großbritannien und den USA). ⁸⁹ Ein in den Jahren 1931 und 1932 unternommener Versuch von Mendelssohn Bartholdy, das Institut durch Heranführung an die Universität und Verschmelzung mit dem Seminar für Auslandsrecht und internationales Privat- und Prozessrecht gegen die herausziehenden politischen Stürme zu wappnen, scheiterte allerdings am Einspruch der Finanzbehörde. ⁹⁰

Das Institut war für damalige Verhältnisse recht groß, mit (ab 1927) gut zehn Mitarbeiterinnen, die zum Großteil aus dem Budget der Freien und Hansestadt fi-

86 Vgl. zum Gründungsbeschluss ebd., 43f. sowie Hermann Weber. *Rechtswissenschaft im Dienst der NS-Propaganda*, 196f.

87 Vgl. zur Finanzierung und Personalentwicklung des Instituts Gisela Gantzel-Kress. *Das Institut für Auswärtige Politik*, 57–65.

88 Ebd., 53–55.

89 Ebd., 55 sowie Hermann Weber. *Rechtswissenschaft im Dienst der NS-Propaganda*, 196f.

90 Vgl. Gisela Gantzel-Kress. *Das Institut für Auswärtige Politik*, 56–57, sowie Hermann Weber. *Rechtswissenschaft im Dienst der NS-Propaganda*, 213–216.

nanziert wurden; hinzu kamen noch zeitwillig von dritter Seite bezahlte Kräfte für besondere Projekte.⁹¹ Unter den wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen finden sich eine Reihe später recht bekannt gewordener Persönlichkeiten. Leuchstern (neben Albrecht Mendelssohn Bartholdy) war der Historiker und Sozialwissenschaftler Alfred Vagts, der (verheiratet mit der Tochter des bekannten US-Historikers Charles Beard) 1932 endgültig in die USA emigrierte. Aus den Assistentinnen der ersten Jahre erwähnenswert sind Theodor Haubach und Hans von Dohnanyi, beide als Mitglieder des Widerstands noch 1945 hingerichtet. Unter den Assistentinnen der späteren Jahre ragen heraus der Politikwissenschaftler Siegfried Landshut, seit 1951 der erste Ordinarius der Politikwissenschaft in Hamburg, sowie der Verwaltungswissenschaftler Fritz Morstein Marx.⁹² Dem recht großen Personalbestand entsprach ein recht umfangreiches Bündel an Aufgaben. Das Institut baute recht schnell, weitgehend finanziert aus privaten Spenden, eine umfangreiche Spezialbibliothek zu Fragen der internationalen Politik auf. Daneben wurde als aktuelles Arbeitsinstrument ein Zeitungsausschnitt-Archiv geführt. Erhebliche Arbeitskraft wurde durch die (zum Teil im Auftrag des Auswärtigen Amtes erarbeiteten) Dokumentationen und Editionen zur Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs und zur Geschichte des Versailler Vertrages gebunden, aber auch durch eine Reihe von Handbuchprojekten im Bereich der entstehenden Wissenschaft der Politik.⁹³ Das Institut veröffentlichte eine eigene Zeitschrift, die »Europäischen Gespräche«, und organisierte regelmäßig Vortragsveranstaltungen. Zudem entfaltete Albrecht Mendelssohn Bartholdy eine rege Vortragstätigkeit im Ausland, die ihn nicht nur in fast alle Hauptstädte Europas, sondern mehrfach auch in die USA führte – dort erhielt er Ehrendoktorwürden der Harvard University ebenso wie der University of Chicago.⁹⁴

Besondere Erwähnung verdient Magdalene Schoch, die Mendelssohn Bartholdy 1920 als junge Assistentin aus Würzburg mitgebracht hatte.⁹⁵ Magdalene Schoch arbeitete nicht nur engagiert im Institut für Auswärtige Politik mit, sondern war zugleich als Lehrstuhlssassistentin am Seminar für Auslandsrecht, Internationales Privat- und Prozessrecht tätig, wo sie den Binnenbetrieb des Seminars organisierte und ab den späten zwanziger Jahren auch eigenständig Vorlesungen im Aus-

91 Vgl. Gisela Gantzel-Kress. *Das Institut für Auswärtige Politik*, 64, sowie Hermann Weber. *Rechtswissenschaft im Dienst der NS-Propaganda*, 198-201.

92 Vgl. Gisela Gantzel-Kress. *Das Institut für Auswärtige Politik*, 62-64, sowie Hermann Weber. *Rechtswissenschaft im Dienst der NS-Propaganda*, 203-211.

93 Vgl. Gisela Gantzel-Kress. *Das Institut für Auswärtige Politik*, 66-74.

94 Ebda., 73, sowie Hermann Weber. *Rechtswissenschaft im Dienst der NS-Propaganda*, 212.

95 Vgl. zur Biographie von Magdalene Schoch vor allem Rainer Nicolaysen 2008. Über das couragierte Leben von Magdalene Schoch, in Eckart Krause & Rainer Nicolaysen (Hg.). *Zum Gedenken an Magdalene Schoch (1897-1987)*, Hamburg, 43-62; vgl. ferner Hermann Weber, *Rechtswissenschaft im Dienst der NS-Propaganda*, 212f.

landsrecht und im Internationalen Privatrecht übernahm. Noch Anfang 1933 wurde sie unter Betreuung von Albrecht Mendelssohn Bartholdy mit einer Arbeit über »Prozessanspruch und Beweis im Licht des internationalen Rechts« habilitiert und wurde die erste juristische Privatdozentin in Deutschland.⁹⁶ Trotz aller Anfechtungen hielt sie ihrem Lehrer die Treue, auch nach dessen Entfernung aus dem Dienst Ende 1933. Für einige Jahre hielt sie den Betrieb des Seminars für Auslandsrecht und Internationales Privat- und Prozessrecht aufrecht; doch nach zunehmender Frustration über die Haltung der Kollegen emigrierte sie 1937 in die USA.⁹⁷

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Institut für Auswärtige Politik sich innerhalb weniger Jahre als anerkanntes Zentrum interdisziplinärer Forschung zu Fragen der internationalen Politik etabliert hatte. Unter seinen Mitarbeiterinnen waren Juristinnen, Historikerinnen, Ökonominen, Philosophinnen und Philologinnen (heute würde man sagen: Spezialistinnen der *Area Studies*). Getragen von einem liberalen, kosmopolitischen Geist, offen für die Welt und eng vernetzt mit vergleichbaren Institutionen im Ausland, atmete das Institut den Geist der friedensorientierten, auf Verständigung bedachten Außenpolitik der Weimarer Republik, unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Kritik am Versailler »Diktatfrieden«. Es fungierte als zentrales wissenschaftliches Forum für Debatten über Fragen internationaler Politik, unter Einschluss der Ideen eines Völkerrechts neuen Typs, im Sinne einer Vergemeinschaftung der Staaten in einem Gefüge übergreifender »Internationaler Organisation«; zugleich war es auch wissenschaftliches Aushängeschild einer modernen deutschen Außenpolitik, in bewusster Einbettung in das neue Institutionensystem der Völkerbundsordnung.

Albrecht Mendelssohn Bartholdy wurde 1933 von den Nationalsozialisten seines Lehrstuhls enthoben. Er trat dann auch am 8. März 1934 als Leiter des Instituts für Auswärtige Politik zurück und folgte einer Einladung, als Fellow an das Balliol College nach Oxford zu gehen.⁹⁸ Nur zwei Jahre später, am 26. November 1936, starb er in Oxford.

Mit der Demission von Albrecht Mendelssohn Bartholdy als Institutsleiter im März 1934 und einige Monate später auch von Ernst Delaquis als stellvertretendem Institutsleiter hatte sich die zunächst im Außenpolitischen Amt der NSDAP erwogene Auflösung des Instituts für Auswärtige Politik erledigt. Das Institut galt den neuen Herren als Brutstätte republikanischer Gesinnung, als

96 Vgl. zu ihrem wissenschaftlichen Oeuvre und insbes. zum Stellenwert ihrer Habilitationsschrift Stefan Oeter 2008. Magdalene Schoch und die Hamburger Universität – eine (ungewöhnliche) Wissenschaftskarriere der 1920er und 1930er Jahre, in Eckart Krause & Rainer Nicolaysen. *Zum Gedenken an Magdalene Schoch*, Hamburg, 23–42, insbes. 31–34.

97 Vgl. Rainer Nicolaysen. *Über das couragierte Leben von Magdalene Schoch*, 52–56.

98 Vgl. Gisela Gantzel-Kress. *Das Institut für Auswärtige Politik*, 65.

Albrecht Mendelssohn Bartholdy und Magdalene Schoch (ca. 1930)



UHH/Arbeitsstelle für Universitätsgeschichte

Hort einer »westlichen, pazifistischen, kosmopolitischen Propaganda«.⁹⁹ Zum

⁹⁹ So im Juli 1933 der neue Hochschulreferent Adolf Rein in einem Brief an Staatssekretär Ahrens; vgl. Hermann Weber. *Rechtswissenschaft im Dienst der NS-Propaganda*, 246.

kommissarischen Leiter bestellt wurde der neue, dezidiert nationalsozialistische Rektor der Universität Adolf Rein.¹⁰⁰ Ein Umzug nach Berlin und die Angliederung an das (neue) Deutsche Institut für Außenpolitische Forschung unter Leitung des nationalsozialistischen Juristen Friedrich Berber fand 1937 statt. Nach Kriegsende gelang es, Bibliothek und Archiv des Instituts wieder nach Hamburg zu holen.

Stefan Oeter ist seit 1999 Professor für Öffentliches Recht, Europarecht und Völkerrecht an der Universität Hamburg. Er gehört zu den profiliertesten Völkerrechtlern und Föderalismus-Experten der Gegenwart. Stefan Oeter ist Direktor des Instituts für internationale Angelegenheiten.

Erkenntnis und unausgesprochenes Wissen.

Harald Bluhm über Leo Strauss' Dissertation über Friedrich Heinrich Jacobi

Der Philosoph Leo Strauss hat bei Ernst Cassirer über die Erkenntnistheorie von Friedrich Heinrich Jacobi promoviert. Über Stationen in Berlin, Paris und Cambridge gelangte er an die New School for Social Research und die University of Chicago. Seine modernitätskritische Philosophie hat einen nachhaltigen Einfluss in der akademischen Politikwissenschaft und in der amerikanischen Außenpolitik gewonnen; in der politischen Ideengeschichte ist seine Unterscheidung zwischen offenen, »exoterischen« und versteckten, »esoterischen« Lehren bedeutender Philosophinnen weiterhin einflussreich. 1965 wurde ihm die Ehrendoktorwürde der Universität Hamburg verliehen.

Dem 1899 in Kirchhain geborenen jüdischen Philosophen Leo Strauss gelingt in den USA 1938 beginnend eine erstaunliche wissenschaftliche Laufbahn, und er setzt eine enorme Wirkungsgeschichte in Gang. Zeit seines Lebens hat er Klassiker der politischen Philosophie (Spinoza, Hobbes, Maimonides, Al-Farabi, Platon, Xenophon, Machiavelli, Rousseau u.a.m.) interpretiert und avanciert an der University of Chicago in den frühen 1950er Jahren selbst zu einer Art Klassiker (das besiegelt der 2009 erschienene *Cambridge Companion to Leo Strauss* endgültig). Strauss tat sich als Kritiker der behavioristischen Politikwissenschaft hervor. Sein dezidiert Rekurs auf die antike Philosophie und die radikale Kritik an Positivismus, Historismus und der damit einhergehende Konservatismus, waren konstitutiv für seine

100 Vgl. Hermann Weber, *Rechtswissenschaft im Dienst der NS-Propaganda*, 250-255, sowie Carl H. Paußmeyer 1983. Die Grundlagen nationalsozialistischer Völkerrechtstheorie als ideologischer Rahmen für die Geschichte des Instituts für Auswärtige Politik 1933-1945, in Klaus Jürgen Gantzel. *Kolonialrechtswissenschaft, Kriegsursachenforschung, Internationale Angelegenheiten*, 115-158, 144f.; vgl. auch zum hochschulpolitischen Programm und zur Rolle von Adolf Rein in der Gleichschaltung der Universität Hermann Weber. *Rechtswissenschaft im Dienst der NS-Propaganda*, 224-240.

akademische Schule, die sich mehrfach spaltete, aber sein Werk lebendig hielt. Das akademische Flaggschiff der Straussians ist die 1970 gegründete Zeitschrift *Interpretation. A Journal of Political Philosophy*. Viele seiner Schülerinnen wurden Professorinnen und nicht wenige zog es in die Politik, zuerst als Beraterinnen von Ronald Reagan, in einer weiteren Welle bei George W. Bush. Die spätestens seit Anfang der 1960er Jahre bekannten Straussians gelten als die einzige »Professoren-Bewegung« der USA, die es zu einer »standing public philosophy« gebracht hat.¹⁰¹ Die Werke von Strauss liegen zum Teil in den von Heinrich Meier sorgfältig edierten *Gesammelten Schriften*¹⁰² vor.

Am Beginn des akademischen Weges von Strauss steht seine Arbeit über Jacobi (1743-1819), einen oft unterschätzten aufklärungskritischen Aufklärer,¹⁰³ der auch »Rousseaus deutscher Adept« (Kurt Christ) genannt wird. Das Original von Strauss' Hamburger Promotionsschrift mit dem Titel *Das Erkenntnisproblem in der philosophischen Lehre von Fr. H. Jacobi* umfasst 71 Seiten. Es ist dokumentiert, dass Strauss vom 3. Mai 1921 bis 15. August in Hamburg eingeschrieben war; ob er sich dort länger aufgehalten hat oder »nur« zum Promovieren bei dem der Marburger Schule des Neukantianismus zugerechneten Ernst Cassirer eingeschrieben war, ist unklar. Bevor ich auf Inhaltliches zu sprechen komme, soll auf die Quellen eingegangen werden.¹⁰⁴

Strauss ist einer der ersten drei Promovenden an der Philosophischen Fakultät der Universität Hamburg. Von den anderen beiden liegen vollständige Promotionsakten vor, während sie bei Strauss unvollständig sind. Auch die Akten seiner Ehrenpromotion von 1965 sind unvollständig. In der Literatur heißt es öfter, er sei am 17. Dezember 1921 promoviert worden. Das ist jedoch unwahrscheinlich, weil das ein Samstag war und mithin Shabbat. Im Doktoralbum ist dieses Datum übrigens durchgestrichen und durch den 20. Februar 1922, einen Montag, ersetzt worden. Die in der Regel akkurate Berliner Staatsbibliothek verzeichnet Donnerstag, den 2. Februar als Datum. Allem Anschein nach erfolgte die Promotion (für die Schrift mit dem Prädikat »lobenswert« und insgesamt mit »gut«) also 1922 und nicht 1921.

101 William E. Connolly 2005. *Pluralism*, Durham, 38.

102 Leo Strauss 1996. *Die Religionskritik Spinozas und zugehörige Schriften. Gesammelte Schriften I*, herausgegeben von Heinrich Meier, Stuttgart & Weimar; Leo Strauss 1997. *Philosophie und Gesetz – Frühe Schriften. Gesammelte Schriften II*, herausgegeben von Heinrich Meier, Stuttgart & Weimar; Leo Strauss 2001. *Hobbes' politische Wissenschaft und zugehörige Schriften. Gesammelte Schriften III*, herausgegeben von Heinrich Meier & Wiebke Meier, Stuttgart & Weimar.

103 Walter Jaeschke 2004. Eine Vernunft, welche nicht die Vernunft ist. Jacobis Kritik der Aufklärung, in ders. & Birgit Sandkaulen-Bock (Hg.). *Friedrich Heinrich Jacobi. Ein Wendepunkt der geistigen Bildung der Zeit*, Hamburg, 199-216.

104 Ich danke dem Ideenhistoriker Thomas Meyer für viele Hinweise.

Seinerzeit war es durchaus üblich, dass es nur einen Dissertationsgutachter gab, im Falle von Strauss ist das Ernst Cassirer, dessen Gutachten als verschollen gilt. Das fehlende Schriftstück ist nicht unwichtig, hält Strauss doch später fest: Jacobi hat keine Erkenntnistheorie,¹⁰⁵ was eine Distanzierung von Cassirer und der eigenen Dissertation impliziert. 1970 bezeichnet er seine Schrift sogar als »disgraceful performance«.¹⁰⁶

Strauss folgte nach dem Ersten Weltkrieg Hermann Cohen und dessen starker Rückwendung zur Moral und zum Judentum, nicht aber Cassirers liberaler Kulturphilosophie. Er hält das »jüdische Problem« für einen liberalen Staat für unlösbar, weil das jüdische Gesetz (das die gesamte soziale und Lebensordnung regelt) und der liberale Staat, der die Privatsphäre zu achten habe, nicht vereinbar seien.¹⁰⁷ Im 1965er Vorwort zur Neuausgabe von Strauss' Spinoza-Buch heißt es, dass Cohen »alle anderen deutschen Philosophieprofessoren seiner Generation an geistiger Kraft bei weitem überragte«.¹⁰⁸ Auch das impliziert eine Distanzierung von Cassirer, der als der Cohen-Schüler schlechthin gilt.¹⁰⁹ Ebenso verschollen wie das Promotionsgutachten ist übrigens auch die »Schülerfestschrift«, die Ernst Cassirer zu dessen 60. Geburtstag in drei gebundenen Exemplaren überreicht wurde. Es gibt den Dankesbrief von Cassirer an alle beitragenden Autorinnen der Festschrift, der auch an Strauss geht,¹¹⁰ aber worüber Letzterer geschrieben hat, bleibt unbekannt. Somit kann die spannungsvolle Beziehung zwischen Strauss und seinem Doktorvater nicht näher geklärt werden. Klar ist, dass Strauss andere zeitgenössische Philosophinnen bewundert hat. Franz Rosenzweig und Martin Heidegger imponieren ihm als radikale existentielle Denker – nach der Davoser Disputation von Heidegger und Cassirer im Jahr 1929 urteilt er zurückblickend, dass Max Weber, den er vordem für die Krone der deutschen Wissenschaft gehalten habe, verglichen mit Heidegger ein »orphan child« sei.¹¹¹ Der junge Strauss setzt als Zionist und Verehrer von Nietzsche auf »große« gestaltende Politik und einen neuen inhaltlich moralischen Horizont von Politik, das heißt für Strauss, einen jüdischen Staat, für den Platon und die jüdischen Propheten die grundsätzlichen Perspektiven eröffnen (vgl. 299-356).¹¹²

105 Leo Strauss. *Gesammelte Schriften* II, 297; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

106 Leo Strauss & Jacob Klein 1970. *A Giving of Accounts*, *The College* 22(1).

107 Leo Strauss. *Gesammelte Schriften* I, 14.

108 Ebd., 28.

109 Vgl. Thomas Meyer 2006. *Kulturphilosophie in gefährlicher Zeit. Zum Werk Ernst Cassirers*, Hamburg, 26-38.

110 Ernst Cassirer 2004. *Aufsätze und kleine Schriften (1932-1935)*, *Cassirer Werke Band 18*, herausgegeben von Birgit Recki, Hamburg, Brief vom 29. Juli 1934.

111 Leo Strauss & Jacob Klein, *A Giving of Accounts*.

112 Vgl. auch Thomas Meyer & Michael Zank 2012. *More Early Writings by Leo Strauss from the »Jüdische Wochenzeitung für Cassel, Hessen und Waldeck« (1925-1928)*, *Interpretation* 39(11), 109-137.

Strauss stellt, ohne auf einzelne Schriften von Jacobi einzugehen, dessen Lehre entlang prinzipieller Probleme dar. Heute würde man sagen, er rekonstruiert Jacobis Theorie. Dabei geht er in drei Schritten vor, zuerst werden Haltungen und Methoden gegenübergestellt, dann wird die Erkenntnis-Lehre differenziert, daran schließen Überlegungen zur Seinslehre an. Der Hauptpunkt ist, dass Jacobi im Gegensatz zu »zersetzendem Relativismus« die Wahrheit sucht, das heißt, »nicht erschafft, sondern aufsucht, vorfindet und anerkennt«. Als tragende Einsicht Jacobis gilt: »Die rationalisierende Tendenz aller System-Philosophie ist gezwungen, die natürliche Gewissheit und das in ihr Gegebene zu zerstören« (244, 249). Strauss stellt die Erkenntnisvermögen (Verstand, Vernunft, Logik des Herzens), die Jacobi kennt, gekonnt dar. Die Seinslehre wird in Abschnitten zu Erkenntnis und Leben sowie zu Substanz, Zeit und Kausalität gut konturiert; allerdings bleibt Strauss in diesen Teilen oft konventionell. Aber ein kraftvoll-polemischer Ton, der Redlichkeit und Realismus beansprucht, trägt die Darstellung – so heißt es: »Die Philosophie der Vernunft bleibt bei den bewußtseins-immanenten Beziehungen stehen.« und »Jacobi verfißt [...] die Möglichkeit unmittelbaren Gotterfahrens« (296f.). Wichtig ist der Rahmen, der erst im Schlussstück zur Philosophie der Religion hervortritt. Denn dort wird der Bogen zum Anfang geschlagen, indem von *philosophia perennis*, der Erörterung ewiger Grundprobleme, die Rede war, die nun mit deutlich platonisierender Tendenz wieder aufgenommen wird (244, 289f.). Die Gottesfrage, die die rationalistische Aufklärung überwunden haben wollte, steht für Strauss ebenso wie die Politik als ungeklärtes Problem auf der Tagesordnung. Mit viel gutem Willen kann man darin schon den späteren Strauss erahnen, der in *Naturrecht und Geschichte* formuliert: »Keine Alternative ist grundlegender als diese: menschliche Führung oder göttliche Führung. Die erste Möglichkeit ist für die Philosophie oder Wissenschaft in ihrem ursprünglichen Sinne charakteristisch, die zweite wird in der Bibel dargestellt. [...] Philosophie ist die Frage nach den ›Prinzipien‹ aller Dinge, und das heißt in erster Linie nach den ›Anfängen aller Dinge‹ oder nach den ›ersten Dingen‹.«¹¹³

Notiert werden muss, dass die Darlegungen seines Doktorvaters Cassirer zu Jacobi in dessen *Das Erkenntnisproblem in der Philosophie und Wissenschaft der Neueren Zeit* Bd. 3¹¹⁴ von Strauss bloß gestreift werden. Als bemerkenswert erscheint mir, dass Jacobi in seiner Schrift, mit der er den Spinoza-Streit 1785 in Gang setzt, ausdrücklich die »Lehre« Spinozas dargestellt hat. Er klopft in der berühmten Schrift dessen Theorie auf deren inneren Motive ab. Womöglich ist die von Jacobi gern genutzte dialogische Form für Strauss reizvoll gewesen, immerhin widmet er dieser Form in seinen späteren Interpretationen zu Sokrates/Platon hinsichtlich in-

113 Leo Strauss 1989. *Naturrecht und Geschichte*, Frankfurt a.M., 77, 84.

114 Ernst Cassirer 2000 (1920). *Das Erkenntnisproblem in der Philosophie und Wissenschaft der neueren Zeit*, Cassirer Werke Band 4, herausgegeben von Birgit Recki, Hamburg, 16-32.

direkter Aussagen viel Augenmerk. Wichtig ist dies, weil der Begriff der Lehre bei Strauss über das jüdische Denken und Franz Rosenzweig (*Die Bauleute*: »die Lehre selbst ist nicht wißbar«, 1924) eine besondere Karriere erfährt. Lehre bedeutet nicht nur Theorie, sondern (wie auch bei Heidegger) ein unausgesprochenes Wissen, das von der zu rekonstruierenden Autorin nicht expliziert bzw. bewusst zurückgehalten wurde. Hier mag ein Zugang zur späteren Unterscheidung von exoterischen und esoterischen Textschichten liegen, die Strauss in *Persecution and the Art of Writing* (Aufsatz 1941, Buch gleichen Titels 1952) ausgearbeitet hat.

Auch wenn Strauss nicht gerne auf seine Dissertation zurückkam, bleibt sie sein Eintrittsbillet in den Wissenschaftsbetrieb. Er publizierte 1930 mit *Die Religionskritik Spinozas als Grundlage seiner Bibelwissenschaft* (1930) eine intrikate immanente Interpretation, die noch heute beachtet wird. Dort kann man nur eine, allerdings markige Referenz auf Jacobi finden: »Auch wenn alle Begründungen Spinozas zwingend wären, so wäre damit gar nichts weiter bewiesen; so wäre damit nur bewiesen, daß man auf dem Boden der ungläubigen Wissenschaft zu den Ergebnissen Spinozas kommen muss; wäre damit aber dieser Boden selbst gerechtfertigt? So hat Friedrich Heinrich Jacobi gefragt und damit die Spinoza-Interpretation oder, was dasselbe ist, die Spinoza-Kritik auf die ihr angemessene Ebene gebracht«. ¹¹⁵ Strauss verschob seine Position in Texten, die er als Mitarbeiter der Berliner Akademie für die Wissenschaft des Judentums (1925-1932) zur Mendelssohn-Ausgabe beisteuert, noch weiter. Darin wirft er Jacobi Antijudaismus vor und spricht von dessen Falschheit und Unaufrichtigkeit (531f.). Wie Klaus Hammermacher ¹¹⁶ zeigt, ist der Vorwurf wenig überzeugend, zudem mit einem neu aufgefundenen Brief belegt wird, dass auch Mendelssohn taktisch vorgeht. Später gibt es im Werk von Strauss noch weitere Bezüge auf Jacobi (im Aufsatz *Exoteric Teaching* 1939, das nicht realisierte 1946er Buchprojekt zum deutschen Spinozismus-Streit sah ein Kapitel zu Jacobi vor).

Die Strauss-Interpretinnen sind sich nicht einig, wie wichtig die Dissertation für sein Werk ist: Einige erkennen in der Dissertation noch nichts vom späteren Strauss. So wird für den prominenten Straussianer Allan Bloom Strauss erst in Chicago (ab 1948) zum Meister mit eigener Philosophie. Andere Autorinnen hingegen wie William Altman diagnostizieren einen »enduring influence of Jacobi«. ¹¹⁷ Letztere heben entweder die Form (Dialog und Konzentration auf eine »innere«

115 Leo Strauss. *Gesammelte Schriften I*, 260.

116 Klaus Hammermacher 2003. Jacobi und das Judentum, in Hartmut Traub. *Fichte und seine Zeit*, Leiden, 201-205.

117 William Altman 2007. Exotericism after Lessing: The Enduring Influence of FH Jacobi on Leo Strauss, *The Journal of Jewish Thought and Philosophy* 15(1), 59-83.

Lehre) hervor oder die Wiederaufnahme der Gottesfrage und das Beiseiteschieben des neukantianischen Methodologismus.¹¹⁸

Ist die 1922er Dissertation für das Strauss'sche Oeuvre je nach Lesart mehr oder weniger bedeutend, so erscheint sie für die Jacobi-Forschung als überholt. Aber für Strauss war sie wichtig und ebnet seinen Weg zu Platon. Erst nach weiteren Umorientierungen (um 1930, um 1938 und erneut 1948) entstehen Horizonte einer Politischen Philosophie, die um die Frage nach der besten Ordnung und die Bewahrung von Philosophie als Lebens- und Denkform stets nur weniger »großer« Denker kreist. Das intransigente Fragen wird als alternativ zu den Antworten der Religion begriffen, wobei diese antiszientifische Philosophie den einstigen politischen Anspruch des Nietzscheaners und Zionisten ins akademische Feld zurücknimmt und zugleich ein modernekritisch-elitäres Programm fortsetzt.

Harald Bluhm ist Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und Herausgeber der *Schriften zur Europäischen Ideengeschichte*. 2016 war er Fellow am Maimonides Centre for Advanced Studies der Universität Hamburg. Im Jahr 2000 ist er an der Humboldt-Universität mit der Schrift *Die Ordnung der Ordnung. Das politische Philosophieren von Leo Strauss* habilitiert worden.

Verteidigung der Republik.

Birgit Recki über Ernst Cassirers politische Reden

Ernst Cassirer (1874-1945) war von 1919 bis 1933 Professor für Philosophie an der Hamburgischen Universität. In dieser Zeit entstand sein Hauptwerk, die *Philosophie der symbolischen Formen* (1923-1929). In einer bedeutenden Rede vor dem Hamburger Senat im August 1928 hat Cassirer zugleich Grundzüge seiner politischen Philosophie entwickelt und zur Verteidigung der umkämpften Weimarer Republik aufgerufen. 1929 wurde Cassirer zum Rektor der Universität gewählt, 1933 entschloss er sich ohne langes Zögern zur Emigration.

Gleich nach ihrer offiziellen Gründung im Mai wird Ernst Cassirer 1919 an die Hamburgische Universität berufen. Gut einen Monat später ernennt ihn am 18. Juni 1919 der Senat der Stadt zum ordentlichen Professor.¹¹⁹ Die Familie Cassirer, das waren Ernst und Toni Cassirer, die einander 1902 geheiratet und drei Kinder haben,

118 David Janssens 2003. The Problem of the Enlightenment: Strauss, Jacobi, and the Pantheism Controversy, *The Review of Metaphysics* 56(3), 605-631; Susan Shell 1994. Taking Evil Seriously: Schmitt's Concept of the Political and Strauss's ›True Politics‹, in Kenneth L. Deutsch & Walter Nicgorski (Hg.). *Leo Strauss, Political Philosopher and Jewish Thinker*, Lanham, 175-194.

119 StA HH Hochschulwesen. Dozenten-und Personalakten I.146 Bd. 1.

bezieht das Haus in der Blumenstraße 26. Cassirer leitet das Seminar für Philosophie zunächst in der Domstraße 8/9, bevor es als Philosophisches Seminar 1928 in das Gebäude am Bornplatz 1/3, den heutigen »Pferdestall« am Allende-Platz 1, umziehen sollte.

Nach dreizehn produktiven Jahren als Privatdozent in Berlin, nach gelehrten Studien zur Erkenntnistheorie, zur Wissenschaftstheorie und zur philosophischen Ideengeschichte, ist mit dem Wechsel nach Hamburg der Aufbruch in sein selbstständiges Philosophieren markiert, das ganz im Zeichen der Frage nach der Kultur steht – nach der Kultur als Bestimmung des Menschen: In dem langen Jahrzehnt von 1919 bis 1933 entwickelt Cassirer seine *Philosophie der symbolischen Formen*, eine bedeutungstheoretisch ausgelegte Lehre von der Gestaltung der Wirklichkeit durch den Menschen.

Im Sommersemester 1928 erhält Cassirer einen Ruf an die Universität Frankfurt und kommt angesichts eines sehr attraktiven Angebotes ernsthaft ins Überlegen. Da fühlt sich Aby Warburg genötigt, öffentlich einzugreifen und schreibt am 23. Juni 1928 den legendären Artikel im *Hamburger Fremdenblatt* »Warum Hamburg den Philosophen Cassirer nicht verlieren darf« – eine nachdrückliche Anerkennung seines Werkes und eine bewegende Würdigung der Einheit von Person und Werk.¹²⁰ Und Cassirer bleibt in Hamburg. Noch in die Zeit seiner sehr erfolgreichen Bleibeverhandlungen fällt die Einladung des Senators Paul de Chapeaurouge, die Rede bei der Verfassungsfeier 1928 zu halten, verbunden mit dem Ausdruck der aufrichtigen Hoffnung, der so geehrte Adressat möge seine »großen anerkannten Gaben unserer jungen Universität als einer ihrer führenden Gelehrten weiter erhalten.«¹²¹

»Ich schwöre Treue der Reichsverfassung«, hatte der neuberufene Professor Cassirer am 17. Oktober 1919 vor dem Präses der Oberschulbehörde bekräftigt. Die Rede vor dem Hamburger Senat *Die Idee der republikanischen Verfassung* vom 11. August 1928 lässt erkennen, dass dies keine leere Formel war. Sie ist ausdrücklich gegen die völkischen und antidemokratischen Bewegungen jener Zeit gerichtet, die in der Demokratie eine westliche Verirrung sehen wollen, welche dem deutschen Nationalcharakter wesensfremd wäre. Cassirers Rede zur Verfassungsfeier ist ein Dokument des klassischen politischen Liberalismus. Cassirer zeigt hier durch die ideengeschichtliche Genealogie des modernen Verfassungsgedankens und der damit verbundenen Idee vom unveräußerlichen Naturrecht des Individuums, dass es deutsche Philosophinnen waren – allen voran Leibniz und Wolff, die mit der

120 Ein Exemplar des von Warburg selbst veranstalteten Sonderabdrucks aus dem Hamburger Fremdenblatt Nr. 173 findet sich in StA HH Hochschulwesen. Dozenten- und Personalakten IV 146.

121 StA HH Hochschulwesen Dozenten- und Personalakten I.146 Bd. 1 (Schriftstück 42).

Idee der Freiheit und der gleichen Rechte in maßgeblicher Weise die Befreiungsbewegungen des 18. Jahrhunderts in Amerika und in Frankreich beeinflusst haben, mit denen sich der kritische Kant im Zuge der Entfaltung seiner bis in die Gegenwart maßgebenden politischen Theorie wiederum auseinandersetzte. Auf diese Weise sucht Cassirer mitten in der Krise der Weimarer Republik den Nachweis vom Ursprung des modernen Verfassungsgedankens in der deutschen idealistischen Philosophie zu führen, und er beschließt seine Ausführungen mit dem Befund, »dass die Idee der republikanischen Verfassung als solche im Ganzen der deutschen Geistesgeschichte keineswegs ein Fremdling, geschweige ein äußerer Eindringling ist, dass sie vielmehr auf deren eigenem Boden erwachsen und durch ihre ureigensten Kräfte, durch die Kräfte der idealistischen Philosophie, genährt worden ist«. ¹²² Die als grundlegende Werbung für den Verfassungsgedanken mit dem Argument ihrer Naturwüchsigkeit im deutschen Denken angesetzte Verteidigung mündet aber in eine subtile Überbietungspointe: Ein wesentliches Merkmal des deutschen Denkens, das auf diese Weise in Kontinuität mit dem der anderen europäischen Nationen gerückt wird, wäre demnach gerade der allen Nationalismus übersteigende universalistische Impetus der hier entwickelten Ideen. Erkennbar sucht Cassirer damit den politischen Gegner zwingend in die Pflicht der Demokratie zu nehmen, vor allem aber gibt er sich damit selbst als Verfechter der allgemeinen Menschenrechte zu erkennen: Und auf diese Weise artikuliert er sich in einer Zeit, in der der Verfassungsgedanke und mit ihm der Parlamentarismus in der Krise steckten, nachdrücklich als ein vom europäischen Gedanken durchdrungener Verfassungsdemokrat.

Es gehört zu den Höhepunkten in der Geschichte der Hamburger Universität, dass sie den Redner, der sich in düsteren Zeiten so exponiert hatte, ein Jahr später zu ihrem Rektor machte. Das Protokoll der Vollversammlung zur Wahl des Rektors für das Amtsjahr 1929/30 am Sonnabend, den 6. Juli 1929 hält ein Wahlergebnis fest, das die gelegentlich anzutreffende Behauptung, die Wahl Cassirers zum Rektor sei »umstritten« gewesen, augenscheinlich nicht belegt; doch muss man mit Blick auf die solide Mehrheit der abgegebenen Stimmen berücksichtigen, dass etwa die Hälfte der wahlberechtigten Professoren der Wahl ferngeblieben waren. ¹²³ Bei dem üblichen Festakt zur Amtsübergabe in der Musikhalle am 7. November 1929 hielt der neue Rektor einen Vortrag über *Formen und Formwandlungen des philosophischen Wahrheitsbegriffs*.

Umstritten war dann die Verfassungsfeier der Universität, für die Cassirer als Rektor im Sommer 1930 sorgte – die erste und einzige, die es an der Hamburgi-

122 Ernst Cassirer 2004 (1928). Die Idee der republikanischen Verfassung. Rede zur Verfassungsfeier am 11. August 1928, in Birgit Recki (Hg.). *Ernst Cassirer: Gesammelte Werke. Hamburger Ausgabe*, Bd. 17, Hamburg, 291–307, 307.

123 Ich danke Rainer Nicolaysen für den Hinweis auf diesen letzteren Umstand.

schen Universität überhaupt gegeben hat. Möglich war sie als Kompromiss, indem man sie verband mit der Feier zur Befreiung des Rheinlandes, und es hat um die Verbindung und Gewichtung der beiden Anlässe ein heftiges Ringen im Akademischen Senat und insbesondere mit der Studierendenschaft gegeben.¹²⁴ Die Feier fand schließlich am 22. Juli 1930 statt, und Cassirer hielt selbst die Rede über *Wandlungen der Staatsgesinnung und der Staatstheorie in der deutschen Geschichte*.¹²⁵ Im Anschluss an eine konzise historische Darstellung der Staatstheorien von Grotius und Leibniz über Fichte, Herder, die Romantik und Hegel appelliert er wie schon in seiner Verfassungsrede von 1928 auch hier wieder an die Einsicht in die Notwendigkeit einer einigenden Gesetzgebung und lobt die Weimarer Verfassung als ein »Werk der Not«, durch das bei allen Mängeln im einzelnen »das deutsche Volk in den Zeiten des furchtbarsten Druckes und der höchsten Gefahr seine innere Fassung bewahrt habe«. Dem Plädoyer für die *Freiheit im Staat*, das er ausführlich in der Rede des Vorjahres begründet hatte, stellt er hier komplementär die Ermahnung zur *Freiheit der Wissenschaft* an die Seite – eine Ermahnung insofern, als er – sicher in Anspielung auf die um die Verfassungsfeier geführte ideologische Auseinandersetzung – an die Bedingung erinnert, auf der diese Freiheit beruht: Die Universitäten dürfen keine Stätten des politischen Kampfes werden. Der Beitrag der Universität zum gesellschaftlichen Leben liegt allein in der Erkenntnis und im Verstehen.

Wo der Philosoph Ernst Cassirer sich als *politischer* Philosoph und Zeitgenosse äußerte, da geschah dies stets in der Absicht, einen Beitrag zur Sicherung der Freiheit der Einzelnen in einer freiheitlichen Verfassung des Ganzen zu leisten.¹²⁶ Doch obwohl er in der Rede zur universitären Verfassungsfeier 1930 Konsequenz in der Freiheit der Wissenschaft einfordert, wird auch deutlich, dass diese Gedanken für ihn keine bloße Theorie sind. Es gibt, um es mit einem von Goethe übernommenen Lieblingsausdruck Cassirers zu sagen, einen »prägnanten Punkt« in der Biographie dieses Denkers, an dem sich zweifelsfrei erweist, dass diese Position der politischen Philosophie getragen ist von einem vitalen und jederzeit *praktischen* Sinn für die politischen Verhältnisse, von einer wachsamsten Urteilskraft, an der wir den Philosophen als selbstbewussten Bürger erkennen. Ich meine damit die geistesgegenwärtige Einsicht, mit der Cassirer Abschied nahm von seiner Universität und der Stadt Hamburg. Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler im Januar 1933 gab es für Ernst und Toni Cassirer, die den Antisemitismus im universitären

124 Siehe die Auszüge aus den Protokollen des Universitätssensats, die Briefe der studentischen Gruppen und die Pressekommentare in StA HH Universität I A 170.8.2.

125 Erstmals gedruckt in Angela Bottin 1991. *Enge Zeit. Spuren Vertriebener und Verfolgter der Hamburger Universität*, unter Mitarbeit von Rainer Nicolaysen, Hamburg, 161-169.

126 Siehe auch Barbara Vogel 1997. Philosoph und liberaler Demokrat. Ernst Cassirer und die Hamburger Universität von 1919 bis 1933, in Dorothea Frede & Reinold Schmücker (Hg.). *Ernst Cassirers Werk und Wirkung. Kultur und Philosophie*, Darmstadt, 185-214.

und im städtischen Alltag der 20er Jahre erfahren hatten, kein Zögern in der Frage, was zu tun war. Sie verließen Hamburg am 12. März 1933 und waren so schon etwa einen Monat außer Landes, als am 7. April das Reichsgesetz zur »Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« in Kraft trat.¹²⁷ Bereits am 5. April ersuchte Cassirer den Rektor um die Aufhebung aller Verpflichtungen bis zu einer allgemeinen Regelung.¹²⁸ In einem Brief an den Dekan der Fakultät Walther Kuchler heißt es dazu am 27. April 1933: »Ich denke von der Bedeutung und Würde des akademischen Lehramtes zu hoch, als daß ich dieses Amt ausüben könnte zu einer Zeit, in der mir als Juden, die Mitarbeit an der deutschen Kulturarbeit bestritten oder in der sie mir, durch gesetzliche Maßnahmen, in irgend einer Hinsicht geschmälert oder verkürzt wird. Die Arbeit, die ich bisher in der Fakultät leisten durfte, beruhte darauf daß ich als gleichberechtigtes Mitglied anerkannt war: sie empfieng lediglich durch diese Voraussetzung ihren Sinn und ihren Inhalt. Mit dem Wegfall dieser Voraussetzung entfällt für mich jede Möglichkeit, in sachlich fruchtbarer Weise an den Arbeiten der Fakultät mitzuwirken«.¹²⁹

Bereits am 27. Juli 1933 wurde Cassirer mit Wirkung zum 1. November in den Ruhestand versetzt. Seine Kollegen an der Universität haben ihn ohne Aufbegehren und Protest einfach ziehen lassen. Die Stationen seiner Emigration führten ihn über die Schweiz und England nach Schweden, wo ihm in Göteborg eine Professur angeboten wurde. 1939 wurde ihm die schwedische Staatsbürgerschaft verliehen; auf die deutsche verzichtete er. Nach seiner Emeritierung dort nahm er Gastprofessuren in den USA wahr – zuletzt in New York, wo er 1945 mit 71 Jahren seinem Herzleiden erlag.

Birgit Recki ist seit 1997 Professorin für Philosophie an der Universität Hamburg. Sie ist Herausgeberin der Gesammelten Werke Ernst Cassirers in der Hamburger Ausgabe. Ihr Beitrag präsentiert einen Auszug aus ihrem Vortrag *Das lange Jahrzehnt der Philosophie. Ernst Cassirer in Hamburg* vom 8. Januar 2019.

127 Siehe Toni Cassirer 2003. *Mein Leben mit Ernst Cassirer*, Hamburg, 196. – Im Mai sollten Ernst und Toni Cassirer noch einmal für einen kurzen Besuch nach Hamburg kommen, um mit ehemaligen Mitarbeiterinnen und den Mitarbeiterinnen der Kulturwissenschaftlichen Bibliothek Warburg die Probleme zu besprechen, die sich aus Cassirers Abschied aus Hamburg für diese ergeben hatten.

128 Ebd., 199.

129 Ernst Cassirer 2009. Briefe, in John Michael Krois (Hg.). *Ernst Cassirer. Nachgelassene Manuskript und Texte*, Hamburg, 128.

Begründer der Spieltheorie.

Matthew Braham über John von Neumann in Hamburg

John von Neumann (1903-1957) war im Sommersemester 1929 als Dozent an der Universität Hamburg tätig. Noch im selben Jahr nahm er eine Einladung nach Princeton an, wo er gemeinsam mit Oskar Morgenstern das Buch *The Theory of Games and Economic Behavior* (1944) verfasste. Das Werk des Mathematikers hat in der Wirtschafts- und Politikwissenschaft tiefe Spuren hinterlassen.

John von Neumann was born in Budapest on 28 December 1903 as the eldest of three sons in a well-off Jewish family. He became a naturalized US citizen in 1937. His brilliance stood out at a young age, and his life was characterized by a legend of a very colourful personality. Story has it that at the age of eight he was familiar with calculus and knew Ancient Greek. Later he was notorious for his occasional binge drinking and reckless driving – a piece of road in Princeton was nicknamed »von Neumann Corner« for all the incidents that he had there while at the wheel. The source of the accidents was not, however, drinking, but singing which led to a wayward way of navigating corners – or so they say. John von Neumann's life was cut short on 8 February 1957 by bone cancer, which was probably a result of his exposure to radiation at the Bikini Atoll nuclear tests which he took part in.

During his lifetime, von Neumann published over 150 papers in pure and applied mathematics, mathematical and theoretical physics, logic, theoretical computer science, and computer design, and economics. In 1943, von Neumann joined the Manhattan Project that developed US nuclear bombs that were dropped on Japan in 1945. His role was crucial: he did the calculations for the implosion device of the atomic bombs, allowing for a more efficient and destructive explosion.

John von Neumann's stint at the Universität Hamburg came 1929. It was a step between his *Privatdozentur* in Berlin and his permanent move to Princeton in 1930. He arrived in Princeton first on a visiting lectureship and then became a founding faculty member of what became a world famous School of Mathematics at the Institute of Advanced Studies when it opened its doors on October 2, 1933 – and where he spent the rest of his career. During his short Hamburg period he worked on set theory, quantum physics, and operator theory.

It is outright impossible to write a pocket-sized review of von Neumann's intellectual contributions and significance. Among them is his undisputable relevance for political science and political theory. John von Neumann is considered the father of game theory. His *Economic Behavior and the Theory of Games*, a 600-page tome written together with Oskar Morgenstern and published in 1944 by Princeton University Press opened up a whole new methodological world for the study of political phenomena. It must be noted that he proved what can be considered as the cornerstone of his theory of strategic behaviour in an article he published the year

before he came to Hamburg, although it was not a line of research he pursued here. That cornerstone is known as the »MiniMax Theorem«.¹³⁰ The MiniMax theorem says that for many two-person strategic interactions it is simply pointless to try to »play« the game in the sense of trying to strategically outwit others. If each player considers for each possible strategy available to them the maximum that they can expect to lose if they choose that strategy, and then decides to choose the strategy that minimizes the maximum loss, then each can be certain that they are minimizing their losses. If, and crucially, each player thinks this way, then each can make sure that what they get from an interaction is completely determined by the structure of that interaction itself (»the rules of the game«).

In *Games and Economic Behaviour*, von Neumann (together with his co-author) laid the foundations of modern utility theory and hence what we now call »Rational Choice Theory«. This is none other than an account of how instrumentally rational agents (agents pursuing their own goals, be it good, bad, or ugly) should or do choose. Whether or not game theory is a descriptive or normative account of behaviour really depends on the problem we are interested in. The descriptive account asks, how can we model the decisions of such agents? The normative account asks, what should such agents do? Both are exercises in practical rationality. In both cases the same set of phenomena is studied: selection of states of the world with respect to the preferences (call this »utility«) of a type of agent (an instrumentally rational one).

Game theory is simply the extension of this idea of rational choice from decisions about what to do when faced with non-purposive and non-intentional events – »nature« – to decisions involving purposive events – the decisions of other instrumentally rational actors. And this is where the importance for Political Science kicks in. Game theory is a natural way of analysing that aspect of politics that concerns conflicts of interest – something that politics is really all about (although not exclusively so). And it is often revealing, because it studies the selection of states of affairs that might not even be intended or desired by any of the agents involved.

Game theory has had a wide set of applications in political science: from explanations of the social contract and the emergence of states to international relations, arms races, political competition, coalition formation, voting, and theories of justice and fairness. It has even found its way into Marxist scholarship. The branch known as analytical Marxism employs game theory to understand class relations and exploitation as well as revolutionary strategies.

If there is one game that it is now impossible not to think about when reflecting on political phenomena it is the so-called Prisoner's Dilemma. This is a simple

130 John von Neumann 1928. Zur Theorie der Gesellschaftsspiele, *Mathematische Annalen* 100(1), 295–320.

model of the dilemmas of social interaction between two or more rational individuals pursuing their own interests (although it was not the product of von Neumann's imagination, nor even of his interest). The »game« is in the following story:

Two gangsters, Row and Col, have been arrested for a serious crime. The district attorney gives them one hour to either confess or deny the charges. The district attorney, who took a course in game theory at university, explains that if both prisoners confess, each will be sentenced to ten years in prison. However, if one confesses and the other denies the charges, then the prisoner who confesses will be rewarded and get away with serving just one year. The other prisoner will get twenty years. Finally, if both prisoners deny the charges, each will be sentenced to two years. The prisoners are kept in separate rooms and are not allowed to communicate with each other.¹³¹

As is well-known, rationality à la von Neumann and Morgenstern dictates that each will confess the charges even though it will make both worse off given that they both want to minimize their term in jail. Descriptively and normatively (not necessarily morally) this can be questioned as the »correct« solution. One may ask, what use is such a framework of analysis if it can be shown to be false or implausible because the underlying assumptions about the capacity for rational behaviour can be disputed?

The answer is actually quite straightforward and easy to overlook. It is the framework – the methodology – and its generality that are important. What von Neumann offered us with the development of game theory was to introduce a structured and simplified way to think about skill and chance and how they bring about worlds we live in. The starting point is the observation that our social world is a construction: made in part by individual agency. Game theory is a way of thinking about this construction to generate explanations and predictions of people's choices in strategic situations. And, that is what much of the business of politics is all about (certainly much of its bluff and bluster).

Whenever we read a game theoretic analysis – pure or applied – we should always keep in mind what the cultural and historical currents were that led to its emergence and development. John von Neumann belonged to a *Mitteleuropean* culture of mathematics and science that emerged in the early twentieth century and whose protagonists were enthralled by the idea of the unity of science. And that culture suffered through two great calamities. Game theory emerged in, and from, this milieu as one of the strands of thinking about how to understand what had happened. The belief was that a new mathematics of society might indeed provide practicable answers. As much as von Neumann was driven by his love of mathematics, he was also driven by practical concerns of the world around him. His

131 Martin Peterson 2015. *The Prisoner's Dilemma*, Cambridge, 1.

development of the theory of games was motivated by both his desire to understand the practical rationality of abstract theoretical problems of bluff and bluster, for example in poker games, as well as the problem of finding a way in which we could steer the future away from havoc that the bluff and bluster of politics can wreak on the world. The destruction of this culture is recorded in his letters and is a vivid reminder of the human catastrophe that von Neumann lived through.

Despite this historical and cultural context, John von Neumann was certainly no angel. His thinking, directly, and indirectly was highly influential in the RAND Corporation, a strategic think-tank set up in 1948 to provide advice to the US Armed Forces. As part of his involvement in developing US Cold War strategy von Neumann became a proponent of a pre-emptive nuclear strike against the Soviet Union to prevent an even worse nuclear war. He was, so to speak, a Cold Warrior and later the author of the strategy of »mutually assured destruction« (acronym: MAD). It is because of this that he has been engraved into popular culture. John von Neumann is apparently immortalized as Stanley Kubrick's *Dr Strangelove* (von Neumann spent the last couple of years of his life in a wheelchair).

Game theory has been an enormously productive project in the science of society. We find political scientists, economists, and philosophers all applying his framework – and no less so than here at the Universität Hamburg. On the 8th November 2019, the Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) approved a major interdepartmental (political science, economics, philosophy) application for a Research Training Group (Graduiertenkolleg) on Collective Decision-Making. One of the central methods? Game theory.¹³²

Matthew Braham ist seit 2017 Professor für praktische Philosophie an der Universität Hamburg. Seine Publikationen sind in *Erkenntnis*, *Mind* und dem *Journal of Philosophy* erschienen.

Eine Trennungsgeschichte?

Reinhard Mehring zu Carl Schmitt, Hamburg und der hanseatischen »Existenz«

Carl Schmitt (1888-1985) war ein bedeutender deutscher Staatsrechtler und einflussreicher Apologet und Unterstützer des Nationalsozialismus. Wenngleich die

132 This essay draws its biographical information on John von Neumann from the following sources: Giorgio Isreal & Millán Gasca 2009. *The World as a Mathematical Game: John von Neumann and Twentieth Century Science*, Basel; Robert Leonard 2010. *Neumann, Morgenstern and the Creation of Game Theory: From Chess to Social Science 1900-1960*, Cambridge; Norman Macrae 1992. *John von Neumann: The Scientific Genius Who Pioneered the Modern Computer, Game Theory, Nuclear Deterrence, and Much More*, New York; William Poundstone 1992. *Prisoner's Dilemma*, New York; I would like to thank Manfred J. Holler for his insightful comments.

meisten seiner Bücher im Berliner Duncker & Humblot-Verlag erschienen, platzierte Schmitt seine radikalsten nationalsozialistischen Veröffentlichungen in der Hanseatischen Verlagsanstalt Wandsbek. Auf Schmitts staats- und völkerrechtliche Werke und auf seine politiktheoretischen Arbeiten beziehen sich noch heute diverse Theorieschulen. Wenig bekannt sind die intensiven Beziehungen, die Schmitt nach Hamburg unterhielt.

Carl Schmitt war bis 1945 eigentlich ständig auf Achse. Für das Studium wechselte er von Plettenberg nach Berlin, München und Straßburg, kehrte 1910 ins Referendariat nach Düsseldorf zurück, trat 1915 dann in München in die Etappe des Kriegsdienstes ein, lehrte ab 1919 an der dortigen Handelshochschule und ging zum Wintersemester 1921/22 als Ordinarius und Professor für Staatsrecht an die Universität Greifswald. 1922 wechselte er an die Universität Bonn, 1928 an die Handelshochschule Berlin, zum Sommersemester 1933 nach Köln und dann zum Wintersemester 1933/34 mit besonderem »politischen« Auftrag als »Kronjurist« an die Universität Berlin. Seinen Lehrstuhl verlor er dort 1945 infolge seiner nationalsozialistischen Belastung. Einige Zeit wurde er interniert und kehrte dann im Sommer 1947 in seine Heimatstadt Plettenberg zurück. Fast vier Jahrzehnte lebte er dort noch zurückgezogen im Netzwerk informeller Kontakte des »Systems Plettenberg«, das er fortan knüpfte.

Schmitt lebte gerne gesellig und urban. Er äußerte sich zwar immer wieder auch negativ über die Berliner Großstadt und zog sich oft und gerne in seine westfälische Heimatlandschaft zurück, die er »Welt großartigster Spannung« nannte; sein akademisches Werk und Leben verbindet man aber vor allem mit Städten: mit Düsseldorf und München, Bonn, Köln und Berlin. Erst seit der Öffnung des Nachlasses und Edition zahlreicher biographischer Quellen, Briefe und Tagebücher, wissen wir heute, dass er bis 1933 auch engste private Kontakte nach Hamburg pflegte und Wochen und Monate seines Lebens dort verbrachte.

Sein engster Studienfreund Fritz Eisler (1887-1914) kam aus Hamburg. Bei Kriegsbeginn fiel er am 27. September in der Schlussoffensive der Schlacht an der Aisne. Mit Eisler zusammen hatte Schmitt seine pseudonyme satirische Schrift *Schattenrisse* publiziert, freundschaftliche Kontakte zum expressionistischen Dichter Theodor Däubler gepflegt und ein Buch über Däubler geplant. Die 1916 erschienene Studie über *Theodor Däublers »Nordlicht«* ist dem »Andenken an Fritz Eisler« gewidmet. Die Widmung des systematischen Hauptwerks *Verfassungslehre* lautet dann 1928: »Dem Andenken meines Freundes Dr. Fritz Eisler aus Hamburg gefallen am 27. September 1914«.

Aus den Tagebüchern der Kriegsjahre ist bekannt, dass Schmitt sich damals mit dem jüngeren Bruder Georg Eisler (1892-1983) anfreundete, der ihm bis 1933 der vertrauteste Freund, finanzielle Stütze und ständiger Retter wurde. Die Familie Eisler war ungarisch-jüdischer Herkunft. Der Vater Heinrich Eisler (1853-1924) war

1877 aus Budapest nach Hamburg gezogen und begründete mit Anzeigenblättern einen erfolgreichen Verlag. Die freundschaftliche Aufnahme und ständige Unterstützung durch diese Verlegerfamilie lässt sich kaum überschätzen. Jenseits der Widmungen an Fritz Eisler ist sie im Werk aber nicht sichtbar, erst aus den Tagebüchern wurde sie deutlicher. Die Schmitt-Forschung hat sich deshalb für diese tragende Freundschaft und das Familienschicksal lange nicht interessiert.

Die Familie war nicht konvertiert. Fritz und Georg Eisler hatten lange die österreich-ungarische Staatsbürgerschaft und wurden 1914 nur unter der Bedingung naturalisiert, sich freiwillig zum Kriegsdienst zu melden. Schmitt brach den Kontakt 1933, wie zu allen seinen jüdischen Bekannten und Freundinnen, um seiner nationalsozialistischen Karriere willen ab. Der Verlag wurde dann nach 1933 umgehend arisiert und die Familie emigrierte nach London und New York. Georg Eisler kehrte nach 1945 nach Hamburg zurück, zunächst um Eigentumsfragen zu klären. Seit den 1960er Jahren lebte er wieder ständig dort. Von 1933 bis 1983 gab es ein halbes Jahrhundert lang keinen Kontakt. Nachweislich kam es seit dem Frühjahr 1983 aber in Schmitts letzten wachen Lebensmonaten zu einigen Telefonaten. Annie Kraus, eine Cousine Eislers, die Schmitt seit Jugendtagen kannte und in den Tagebüchern oft erwähnt ist, schrieb dazu am 25. November 1983 einen versöhnlichen Brief. Diese Dokumente sind in einer Jahresgabe der Carl Schmitt-Gesellschaft publiziert.¹³³

Ein Sohn Georg Eislers, Colin Eisler, wurde 1931 zunächst nach »Carl« benannt. Er wurde ein bedeutender Kunsthistoriker, ab 1958 an der New York University lehrend. Sein Standardwerk *Meisterwerke in Berlin*, 1996 bei Dumont erschienen, enthält eine ergreifende Widmung:

Als Jude, der in jungen Jahren aus Deutschland fliehen musste, schreibe ich dieses Buch zu Ehren des wertvollsten Schatzes, den Berlin verloren hat: zu Ehren jener Menschen, die ihrem Gewissen folgten und der Schreckensherrschaft Widerstand leisteten. [...] Zwischen 1930 und 1991 [sic!] wurden zahllose Angehörige der moralischen Elite Berlins verraten, inhaftiert, ausgewiesen, ermordet oder auf andere Weise zum Schweigen gebracht. Sie fielen nicht nur den diversen Formen der Tyrannei zum Opfer, sondern auch dem Mitläufertum, der Gleichgültigkeit, der Feigheit, dem Opportunismus oder der Furcht ihrer Mitbürger.¹³⁴

Gewiss dachte Eisler hier auch an seinen einstigen Namenspatron. 2009 meldete ich mich für Recherchen per Mail. Er antwortete binnen weniger Sekunden, äußerte sich negativ über Schmitt und verweigerte leider weitere Auskünfte. Die Familie liegt auf dem jüdischen Friedhof Hamburg-Ohlsdorf begraben. Dieses Grab sollte

133 Reinhard Mehring 2009. *Die Hamburger Verlegerfamilie Eisler und Carl Schmitt. Plettenberger Miniaturen 2*, Plettenberg.

134 Colin Eisler 1996. *Meisterwerke in Berlin. Die Gemälde vom Mittelalter zur Moderne*, Köln, VIII.

zum Gedächtnisort für jeden angehenden Schmitt-Forscher werden. Jenseits scho-lastischer Rezeptionen ist nämlich keine Schmitt-Forschung sinnvoll möglich, die nicht die ungeheuren Brüche und Verwerfungen im Verhältnis zum Judentum und zu jüdischen Intellektuellen bedenkt.

Die engen Beziehungen zur Familie Eisler gehörten sicher zu den zentralen Erlebnissen und Prägungen Schmitts seit seiner Straßburger Studienzeit. Bei seinen ständigen Aufenthalten in Hamburg, oft im Haus der Familie Eisler, kam er auch mit anderen Etagen und Kreisen der Hamburger Gesellschaft in Berührung. So begegnete er dem einstigen Kommilitonen Eduard Rosenbaum (1887-1979) wieder, der seit 1919 Leiter der berühmten Hamburger Commerzienbibliothek war. Weitere Hamburger Bekanntschaften wären zu nennen: so die Kontakte zu Kurt Singer (1886-1992) und dem Juristen Alfred Bertram (1890-1937). Einige Monate pflegte Schmitt in der Liebesstafette und Passionsgeschichte seines Lebens ein intimes Verhältnis zu der Ärztin Carola Sauer (1895-1979), die gebürtige Hamburgerin war. Wiederholt hielt er in Hamburg Vorträge.

Schmitts Beziehungen zu jüdischen Intellektuellen waren von Anfang an ambivalent. Im November 1912 gab es bereits antisemitische Ausfälle gegen Rosenbaum, die ins Vokabular der Parasitologie griffen. Damals kam es zu einem vorübergehenden Bruch mit Rosenbaum. Für die Jahre bis 1933 ließe sich von einem ambivalenten Ringen zwischen philosemitischen und antisemitischen Affekten sprechen, das Schmitt mit einer psychodynamischen Spaltung zwischen »guten« und »schlechten« Juden löste. Die komplexe, auch ökonomisch interessierte Freundschaft mit Eisler hatte demnach die Abspaltung und Projektion negativer Affekte zur Voraussetzung. Schon Mitte der 1920er Jahre, etwa in der Beziehung zu Erich Kaufmann, ist dabei verstärkt ein Durchbruch zu einem dogmatischen Antisemitismus zu beobachten, der sich seit 1928 in Berlin massiv verschärfte. Diese nationalistische und antisemitische Radikalisierung lässt sich über Wilhelm Stapel (1888-1954) und den Stapel-Kreis auch mit Hamburg verbinden.

Schmitt pflegte vor und nach 1933 zwar kein enges persönliches Verhältnis zu Stapel; er publizierte auch nur wenig in dessen Zeitschrift *Deutsches Volkstum*, wurde aber von den Kreisen um Stapel als ein zentraler Autor des Projekts einer »konservativen Revolution« und Umgründung der Weimarer Republik zum »autoritären Staat« wahrgenommen. Schmitt galt als Vordenker eines dritten Weges zwischen liberaler Demokratie und nationalsozialistischer Diktatur. Über die feinen Trennlinien etwa zu Stapels »Theologie des Nationalismus«¹³⁵ ließe sich feinsinnig spekulieren. Aus dem *Volkstums*-Kreis stand Albrecht Erich Günther (1893-1942) Schmitt wohl persönlich und ideologisch näher.

Auf diese Zirkel geht auch Schmitts Wechsel zur *Hanseatischen Verlagsanstalt* zurück, in der seit 1933 seine prononciertesten nationalsozialistischen

135 Wilhelm Stapel 1932. *Der christliche Staatsmann. Eine Theologie des Nationalismus*, Hamburg.

Programmschriften erschienen. Seit der *Politischen Romantik* waren die meisten Schriften im altehrwürdigen 1848er-Verlag *Duncker & Humblot* erschienen. Seit Münchner Tagen war Schmitt hier mit dem Lektor und Verleger Ludwig Feuchtwanger (1885-1947)¹³⁶ bekannt und befreundet, einem jüngeren Bruder Lion Feuchtwangers, der unter dem Eindruck des Antisemitismus seit 1928 erneut als jüdischer Publizist hervortrat und, von Rosenzweig und Buber beeinflusst, postassimilatorische Positionen vertrat. Schmitt begründete seinen Wechsel zur »HVA« für die Schrift *Der Begriff des Politischen* Feuchtwanger gegenüber dezidiert politisch. Bei der HVA erschienen dann auch seine Programmschriften *Staat, Bewegung, Volk* (1933), *Über die drei Arten des rechtswissenschaftlichen Denkens* (1934), *Staatsgefüge und Zusammenbruch des zweiten Reiches* (1934), *Der Leviathan in der Staatslehre des Thomas Hobbes* (1938) und zuletzt noch die Aufsatzsammlung *Positionen und Begriffe im Kampf mit Weimar-Genf-Versailles* (1940). Auch die wirkungsvolle Schriftenreihe *Der deutsche Staat der Gegenwart* gab Schmitt in der HVA heraus. Nach 1945 sondierte er die Möglichkeiten, als Autor bei der HVA zu verbleiben. Das scheiterte aber schon am Tod des Verlegers Benno Ziegler (1894-1949). Immerhin fand Schmitt in Hamburg über den Reeder und Seerechtler Rolf Stödter (1909-1993) nach 1945 erneut einige Netzwerkerinnen und Unterstützerinnen.

Im gegenwärtigen Rahmen ist es nicht möglich, Schmitts Kontakte nach Hamburg historisch gründlich auszuleuchten. Es sollte aber deutlich geworden sein, dass der Umbruch und die Fallhöhe von Schmitts Leben und Werk sich schon im Verhältnis zu Hamburg und im Verrat seiner dortigen jüdischen Vertrauten an nationalistische und antisemitische Kreise deutlich zeigen. Hamburg lag im Knotenpunkt seiner ständigen Reisen. Neben Düsseldorf, München, Bonn und Berlin gehörte es zu den zentralen Stationen seines Lebens.

Schmitt hatte einigen Sinn für Mentalitätssoziologie, äußerte sich über das Lokalkolorit oder den »Geist« einer Stadt aber vergleichsweise wenig. Äußerungen über Berlin ließen sich zusammentragen. Den »Geist« Hamburgs hätte Schmitt vielleicht von seiner Unterscheidung von »Land und Meer« her bedacht. Er unterschied hier zwischen »terrancer« und »maritimer« Existenz, »Landtretern« und »Seeschäumern«. Wo wäre hier das hanseatische Flair und Leben zu verorten? In seinem intrikaten Büchlein *Land und Meer*, das die Kriegswende von 1942 als Übergang von der »völkerrechtlichen« zur »weltgeschichtlichen« Betrachtung markiert, knüpfte Schmitt an den Geographen Ernst Kapp und dessen von Hegel beeinflusster Darstellung einer »Stufenfolge der Reiche vom Wasser her« an. Schmitt schreibt

136 Dazu von Carl Schmitt & Ludwig Feuchtwanger 2007. *Briefwechsel 1918 bis 1933*, hg. von Rolf Rieß, Berlin; Ludwig Feuchtwanger 2011. *Auf der Suche nach dem Wesen des Judentums. Beiträge zur Grundlegung jüdischer Geschichte*, hg. von Reinhard Mehring & Rolf Rieß, Berlin; Ludwig Feuchtwanger 2014. *Der Gang der Juden durch die Weltgeschichte. Erstveröffentlichung eines Manuskriptes von 1938*, hg. Reinhard Mehring & Rolf Rieß, Berlin.

1942, im Gewand einer Märchenerzählung für die Tochter, hier einiges über das Verhältnis Venedigs zum Mittelmeer und die andere Stimmung und Mentalität der späteren Eroberung des Atlantik. Anders als die Venetianer dachten die transatlantischen Pioniere der globalen Entdeckungen nicht an eine rituelle »Verlobung oder Vermählung mit dem Meere«:

Sie fühlten sich mit dem Element der See identisch. Jene symbolischen Verlobungen und Vermählungen dagegen setzen voraus, dass der Opfernde und die Gottheit, die er opfert, unterschiedliche, ja sogar gegensätzliche Wesenheiten sind. Durch solche Opfer soll ein fremdes Element begünstigt werden. Im Falle Venedigs lässt die Zeremonie deutlich erkennen, dass der symbolische Akt seinen Sinn nicht aus einer elementaren Meeresexistenz erhält; hier hat vielmehr eine hochentwickelte Küsten- und Lagunenkultur sich ihren besonderen Stil festlicher Symbole geschaffen.¹³⁷

Wo wäre hier Hamburg zu finden? Sollte man dafür erneut auf den Vermittlungdenker Hegel zurückgehen, von dem Schmitt ebenso wie Kapp stark beeinflusst war? Hegel sprach in seinen *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte* eingehend von den »Elementen des griechischen Geistes«: »Das Land besteht aus einem Erdreich, das auf vielfache Weise im Meere zerstreut ist, aus einer Menge von Inseln und einem festen Lande, welches selbst inselartig ist.« Den griechischen »Urzustand« fand Hegel mit Thukydides zwar auf dem Land. Er ergänzte aber:

Das andere Element, auf welchem das Volk der Hellenen lebte, war das Meer. Die Natur ihres Landes brachte sie zu dieser Amphibienexistenz und ließ sie frei auf den Wellen schweben, wie sie sich frei auf dem Lande ausbreiteten, weder gleich den nomadischen Völkern umherschweifend noch wie die Völker der Flussgebiete verdumpfend. Die Seeräubereien, nicht der Handel, machten den Hauptinhalt der Schifffahrt aus, und wie wir aus Homer sehen, galten diese noch gar nicht für eine Schande.¹³⁸

Hätte Schmitt hier nicht eine schöne Mitte jenseits seiner überspannten Dichotomien finden können, die die hanseatische Existenz und Lebensform annähernd besser beschreibt? Ist Hegels moralische Differenzierung von Seeräuberei und Handel dabei heute in Zeiten der globalen Ströme und des digital beschleunigten Finanzkapitalismus nicht hinfällig? Hat Schmitt hier einen Zugang zu Hamburg verpasst? Er hat jedenfalls die hanseatische »Existenz« und Festkultur zwischen »terrainer« und »maritimer« Existenz nirgends näher verortet. 1942 hätte das seine reichlich spekulative und ausdrücklich »metaphysische« Polarisierung der

137 Carl Schmitt 1942. *Land und Meer. Eine weltgeschichtliche Betrachtung*, Leipzig.

138 Georg W. F. Hegel 1970. *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte*, Werkausgabe Bd. XII, Frankfurt a.M., 280.

Kriegsfronten auch durcheinander gebracht. Verbot ihm sein Nationalismus eine nähere Erörterung der europäischen Verflechtung der Hanse? Eine differenzierte Bürgertumsgeschichte, die hanseatische Urbanität etwa von süddeutschen Lebensformen unterschied, ist bei Schmitt auch nicht zu finden. Sein kurzes Greifswalder Intermezzo hinterließ kaum Spuren und Passionen.

Über die »maritime Existenz« der »Insel England« hat Schmitt einiges geschrieben. In *Land und Meer* heißt es 1942: »Disraeli war ein Abravanel [...] des 19. Jahrhunderts, ein Eingeweihter, ein Weiser von Zion.«¹³⁹ In den späteren Ausgaben ist der Verweis auf »Zion« getilgt. Schmitt fügte an: »Das Schiff konnte die Anker lichten und in einem anderen Erdteil vor Anker gehen. Der große Fisch, der Leviathan, konnte sich in Bewegung setzen und andere Ozeane aufsuchen.«¹⁴⁰ Schmitt schrieb dem »jüdischen Geist« 1942 leise eine besondere Rolle bei der Formierung der »maritimen Existenz« zu. 1949 rezensierte er das Buch *Maritime Weltpolitik* des Historikers Egmont Zechlin. Zechlin schreibt darin zwar viel über »Seehandel und Politik der Hanse«, Schmitt geht darauf aber nicht ein. Hamburg als Hafenstadt und Tor zum Atlantik kommt bei ihm kaum vor. Von Hafenrundfahrten oder gar Strandurlauben an der See ist kaum je die Rede. Seine Verlobungsreise führte ihn im Spätsommer 1925 nach »Illyrien« in die serbokroatische Heimat von Duschka Todorović. Da heißt es zwar einmal: »Wir badeten jeden Tag, meist nach dem Essen, wunderschön in der Adria.«¹⁴¹ Diese Verlobung mit dem Meer war aber vielleicht den Flitterwochen geschuldet. Ansonsten ist vom Meer als persönlichem Erlebnisraum bei Schmitt auffällig selten die Rede. Es kommt als prägende Atmosphäre in seinen diversen Tagebuchaufzeichnungen kaum zur Sprache. Konnte er gut schwimmen? Mied er das Meer? Zeigt sich schon im Verhältnis zu Hamburg ein Horror vor dem Leviathan?

Reinhard Mehring, Professor für Politikwissenschaft an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg, ist der wohl gründlichste Kenner von Schmitts Werk und Archiv. Seine Biographie *Carl Schmitt: Aufstieg und Fall* erschien 2009.

Eine politische Wissenschaft für den Nationalsozialismus. Lennart Riebe über Adolf Rein, *Die Idee der politischen Universität*

Die Idee der politischen Universität lautet der Titel einer Programmschrift, die der Historiker Adolf Rein (1885-1979) im Jahre 1932 verfasst hat und in der er seine Vision eines neuen, politischen Universitätstypus entwirft. Rein, von

139 Carl Schmitt. *Land und Meer*, 67.

140 Ebd.

141 Carl Schmitt 2018. *Tagebücher 1925 bis 1929*, hg. von Martin Tielke & Gerd Giesler, Berlin, 6 (Eintrag vom 26. August 1925).

1934 bis 1938 Rektor der Hamburgischen (später Hansischen) Universität, war maßgeblich für die Organisation und Durchführung der nationalsozialistischen Selbstgleichschaltung der Universität verantwortlich, im Zuge derer jüdische und oppositionelle Wissenschaftlerinnen vertrieben und aus dem universitären Leben ausgeschlossen wurden.

Reins Überlegungen zur politischen Universität nehmen ihren Ausgangspunkt in einer Typologie der historischen Universitätsformen. Jede geistesgeschichtliche Epoche in der deutschen Geschichte bringt ihm zufolge ihren eigenen Universitätstypus hervor: Im Zeitalter der Konzilsprobleme und Reformationen vom 14. bis 17. Jahrhundert dominierte die »theologische Universität«, deren geistige Begründung der christliche Glaube war und deren zentrale wissenschaftliche Problemstellung die fragwürdig gewordene Legitimität der Kirche bildete. Mit der Aufklärung entstand im 18. und 19. Jahrhundert dann der als »philosophisch-humanistische Universität« beschriebene Typus, welcher auf dem Prinzip individualistisch-universeller Vernunft basierte und dessen zentrale Aufgabe durch ein humanistisch-kosmopolitisches Bildungsideal bestimmt war. Die anschließende Entstehung und Durchsetzung des Positivismus sowie die damit verbundene Degradierung der Philosophie vom Ideal der absoluten Einheitswissenschaft zur bloßen Einzeldisziplin, ließ das aufklärerische Universitätsbild jedoch brüchig werden. Der universelle Anspruch der *universitas* zerfiel in ein Nebeneinander der Einzelwissenschaften ohne vereinigendes Prinzip. Stattdessen beförderten nach Rein der liberale Drang nach unbedingter disziplinärer Autonomie und eine leere Selbstreferenzialität der Wissenschaft einen »selbstgefälligen eiteln Ästhetizismus« und »Relativismus« ohne bedeutungsvoll-gründierten Inhalt. Rein konstatiert: »Die deutschen Hochschulen haben sich – wenn man es scharf ausdrücken will – gleichsam in Warenhäuser spezialisierter Wissenschaften verwandelt«.¹⁴²

Vor dem Hintergrund dieser Krisen- und Verfallsdiagnose der liberalen Moderne vermeint Rein jedoch eine neue geistesgeschichtliche Epoche und einen mit ihr korrespondierenden Universitätstypus auszumachen: Das Pathos des Kriegsbeginns 1914 verweist für ihn (mit der Weimarer Republik als provisorischem Zwischenspiel) auf eine neue, zukünftige Ära deutscher Politik und Machtentfaltung, die eine entsprechende Neuordnung der Universität als »politische Universität« fordert. Das Politische als ihr vorherrschendes geistiges Prinzip ist nicht (wie das Theologische und Philosophische) transzendental-jenseitig, sondern historisch-diesseitig begründet; ihre Kraftquelle bildet der Wille zur politischen Weltgestaltung. Die Wissenschaft der politischen Universität »wird

142 Adolf Rein 1933. *Die Idee der politischen Universität*, Hamburg, 20; Seitenangaben im Folgenden in Klammern.

auf die Wirklichkeit des Staates bezogen sein«, ihr Ziel ist somit »die Behauptung des Unbedingten in der deutschen Form, die deutsche Macht« (11).

Die Idee des Staates bildet also nach der Gottesidee der theologischen Universität und der Vernunftidee der humanistischen Universität das zeitgemäße, überwissenschaftliche Absolute. Für Rein bleibt wissenschaftliche Erkenntnis ohne den Bezug auf ein solches über- bzw. vorwissenschaftliches Absolutes nur partiell. Erst der Glaube der Religion, die Weisheit der Philosophie oder das Wollen der (staatlichen) Politik verleihen der wissenschaftlichen Erkenntnis einen tieferen Sinn und den entscheidenden Impuls: »Der Funke kommt nicht aus den Wissenschaften hervor, er springt in sie hinein« (20). Das Politische versteht Rein, in der Tradition deutscher Staatsphilosophie stehend, dabei nicht als Parteienpolitik, sondern grundlegender: als sittliches Ideal der National- und Volksgemeinschaft und dessen institutioneller Realisierung, dem Staat. Dies ist auch der Grund, warum Rein eine eigene Wissenschaft von der Politik als technisch-partikuläre Verkürzung des absoluten Prinzips des Politischen ablehnt: »Dabei wird vergessen, daß Politik im eigentlichen Sinn kein Fach ist, so wenig wie Weisheit oder Glaube Fächer sind, welche als solche auf Schulen oder Hochschulen der Weisheit oder der Religion gelehrt werden könnten« (16). Das Politische ist für ihn auf einer grundlegenden Ebene angesiedelt. So benötigt die Wissenschaft das Politische des Staates als sinngebende Begründung; umgekehrt benötigt der Staat die Wissenschaft, »welche dem Geist, der Idee, dem Gestaltungsprinzip, dem Schöpfungswillen des Staates Form gibt« (30). Die politische Fundierung der Wissenschaft bedeutet daher für Rein nicht die völlige Preisgabe wissenschaftlicher Freiheit. Er will die politische Universität explizit nicht als Parteischule oder bloße Legitimierungsinstitution der Regierung verstanden wissen, sondern stattdessen ein Ideal von Staatlichkeit als »Grundursache« der Wissenschaftsfreiheit setzen. Die Professoren der politischen Universität fungieren dementsprechend als »Priester« der Volksgemeinschaft, »welche als auf das Absolute gerichtet eine innere Freiheit besitzen, aber zugleich dem Staat völlig und ganz zugehören« (32). Die Grenze dieser politisch begründeten Wissenschaftsfreiheit verläuft dann entlang derjenigen Haltungen, »welche Existenz und Fortdauer des Staates selbst bedrohen« (25). Dass dies wohl kein hinreichend trennscharfes Beurteilungskriterium im konkreten Einzelfall darstellt, ist Rein bewusst. Er will es deshalb auch gerade nicht als normativen »Codex« verstanden wissen, sondern überträgt die Letztbegründung über legitime oder nicht legitime Forschung der (staatsmännischen) Entscheidung selbst.

Rein plädiert damit für die Entkopplung der Idee der Wissenschaftsfreiheit von einer liberal-bürgerlichen Ordnung. So sei Wissenschaft zwar dem Ideal der Wahrheit verpflichtet und dürfe keine Erkenntnisse mutwillig im Dienste einer politischen Macht verschweigen, denn das wäre Propaganda. Jede Wissenschaft müsse jedoch notwendigerweise aus einem historischen und politischen Standpunkt heraus sprechen und ein solcher Standpunkt könne »niemals positivistisch [...] aus

einer abstrakten ›ratio‹ gewonnen werden«. Stattdessen sei es Aufgabe der Wissenschaft, »den Standpunkt, von dem aus wir handeln, bewußt zu machen, d.i. als vernünftig zu erweisen«. Vernunftgeleitete Erkenntnis lasse sich dabei nicht ohne Willen und Glauben gewinnen, sodass über »den letzten Standpunkt [...] daher jeder Wissenschaftler sich entscheiden [muss], das heißt er muß von Politik und Religion her handeln und sich verhalten« (26).¹⁴³ Der Behauptung, echte und freie Wissenschaft sei nur im Rahmen einer liberal-bürgerlichen Toleranzordnung möglich, entgegnet Rein, dass auch der bürgerlichen Freiheitsvorstellung eine »politische Tendenz« innewohnt, welche auf die »Zerstörung alter politischer Gewalten« abzielt und dementsprechend selbst inhärenten intoleranten Exklusionslogiken folgt. Dem eigenen historisch-politischen Standpunkt könne man sich nicht entziehen, »[d]enn Wissenschaft dient immer«. Rein versucht so, eine Ausweitung der nationalsozialistischen Ideologie auf die Organisation der Universitäten erkenntnistheoretisch zu begründen und liefert für sein Projekt auch gleich einen konkreten Handlungsvorschlag: die Einrichtung einer Fachgemeinschaft aller »politisch relevanten« Fächer (wie u.a. öffentliches Recht, Geschichte, Germanistik, Volkswirtschaft und Pädagogik) unter dem Dach einer zu gründenden »politischen Fakultät«. Die tatsächliche Umsetzung dieser Idee, welche Rein ab 1933 in Form der »Politischen Fachgemeinschaft der Fakultäten« vorantrieb, scheiterte jedoch nach kurzer Zeit, vor allem aufgrund des mangelnden Engagements der Ordinarien.¹⁴⁴

Aus der vorangegangenen Darstellung wird nicht nur die historische und politische, sondern vor allem auch die theoretische Nähe Adolf Reins zu einem einflussreichen politischen Denker der Moderne und Apologeten des Nationalsozialismus deutlich: Carl Schmitt. Reins Konzeption einer »politischen Universität« liest sich in weiten Teilen wie die konsequente Übertragung Schmittscher Denkfiguren auf das Feld der Wissenschaft: Kritik eines bürgerlich-liberalen Relativismus und Positivismus, Aufdeckung der politischen Dimension eines vermeintlich neutralen Feldes anhand von Freund-Feind-Schemata,¹⁴⁵ dezisionistische Letztbegründung von Wissenschaft und ihren Grenzen. Rein versucht aufgrund seiner Kontingenzerfahrung der modernen Wissenschaft, die eben nicht mehr von einem absolut gedachten Normenfundament argumentieren kann, dieser durch die Verabsolutierung des explizit deutschen Staates neuen normativen Halt zu geben. Doch dadurch fällt er hinter seine eigene Diagnose der Moderne zurück, da sich unter modernen

143 Die Vorstellung des Primats eines vorwissenschaftlich-politischen Willens als Bedingung und Antrieb von wissenschaftlicher Erkenntnis radikalisiert Rein in seiner *Sylter Denkschrift* (1933) zum Begriff der »Willenschaft«; vgl. Arndt Goede 2008. *Adolf Rein und die ›Idee der politischen Universität‹*, Hamburg, 67.

144 Vgl. ebd., 100ff.

145 Das wird vor allem deutlich, wenn Rein mit offensichtlich antisemitischer Konnotation den Feind der »politischen Universität« als »de[n] völlig Entwurzelte[n], de[n] Heimatlose[n], de[n] ganz und gar Verantwortungslose[n]« charakterisiert; 11.

Bedingungen der Staat sowohl seiner Form als auch seinem Inhalt nach ebenfalls nur noch als etwas permanent Umkämpftes, nicht Abgeschlossenes, eben: als etwas Politisches verstehen lässt. Reins völkisches Sendungsbewusstsein, welches er durch vage geschichtsphilosophische Andeutungen vom Anbruch eines politischen Zeitalters als das »deutsche Schicksal schlechthin« (15) zu legitimieren versucht, erscheint vor diesem Problemhorizont theoretisch inkonsequent. Gleichzeitig ist es der erkenntnistheoretische Ausdruck des nationalsozialistischen Versuchs, die inhärente Widersprüchlichkeit der Moderne gewaltvoll aufzulösen.

Eine tiefergehende ideengeschichtliche Beschäftigung mit Reins Ideen könnte jedoch neben einer Ideologiekritik seines nationalsozialistisch-völkischen Wissenschaftsverständnisses auch Anlass zur grundsätzlichen Reflexion über das Verhältnis von Politik und (Sozial-)Wissenschaft in der Gegenwart geben. Denn Rein trifft mit der Schmittschen Problematik einen sensiblen Punkt: Die prinzipielle Politisierbarkeit jedes gesellschaftlichen Teilsystems in der modernen Gesellschaft stellt gerade die erkenntnistheoretische Sonderstellung der Wissenschaft vor besondere Herausforderungen – nicht nur in Zeiten totalitärer Herrschaft. So ließe sich etwa fragen, was genau eigentlich genau damit gemeint ist, wenn vor dem Hintergrund von Klimawandel und »postfaktischem Zeitalter« eine stärkere politische Verantwortung von der Wissenschaft gefordert wird. Wie werden Verpflichtungen zu nachhaltigen und demokratischen Werten in Lehre und Forschung theoretisch und normativ begründet und gegenüber anderen Werten abgegrenzt? Nach welchen Kriterien werden Entscheidungen zur Legitimität und Nicht-Legitimität von Wissenschaft getroffen? Letztlich bleibt jede Wissenschaft in ihrem spezifischen historischen Kontext und dessen jeweiligen Interessens-, Ideen- und Machtkonstellationen eingebettet, in denen Entscheidungen nicht nur nach der Maßgabe vernünftiger Deliberation, sondern aufgrund politischer Faktoren getroffen werden. Eine kritische Politikwissenschaft hat daher nicht nur die Aufgabe, potenzielle emanzipatorische Lösungsperspektiven für gesellschaftliche Probleme aufzuzeigen. Sie muss sich gleichzeitig der historischen Kontingenz, der notwendigen Umkämpftheit und der daraus resultierenden Instabilität jedweder normativer Verknüpfung von Politik und Wissenschaft bewusst sein, die unter den Bedingungen einer politischen Gesellschaft¹⁴⁶ stattfindet. Gleichzeitig kann Wissenschaft nicht zur unmittelbaren Fortsetzung von tagespolitischen Auseinandersetzungen verkommen, ohne ihre spezifische gesellschafts- und erkenntniskritische Distanzposition zu verlieren. Die gegenseitige Vermittlung von politischer Gesellschaft und wissenschaftlicher Reflexion, sowie der sich daraus ergebende Widerspruch gleichzeitiger gesellschaftlicher Bedingtheit und (partieller) Autonomie von Wissenschaft, darf daher nicht einseitig politisch-

146 Vgl. Michael Th. Greven 1999. *Die politische Gesellschaft*, Opladen. Vgl. den Beitrag von Andreas Busen in diesem Band, S. 196.

vereinnahmend oder positivistisch-leugnend aufgelöst werden, sondern muss ausgehalten und aufrechterhalten werden.

Lennart Riebe studiert im Master Politikwissenschaft am Fachbereich.

Politische Wissenschaft und Hochschulreform. Olaf Asbach über die Hamburger Universität in der Zeit des Nationalsozialismus¹⁴⁷

Mit seiner *Idee der politischen Universität* hatte Adolf Rein das Stichwort für die ideologische Umkrempelung der Hamburgischen Universität in eine nationalsozialistische Musterhochschule gegeben. In der *Politischen Fachgemeinschaft* und einem *Politischen Kolleg* wurden ab 1933 ideologisch gewichtige Wissenschaften, darunter die ›Königsdisziplin‹ Politische Wissenschaft, zusammengefasst und auf die zentralen Ziele des nationalsozialistischen Regimes abgestellt.

Auch ein dreiviertel Jahrhundert nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft ist es um das Wissen über die Rolle von Universitäten, wissenschaftlicher Forschung und Lehre im sogenannten ›Dritten Reich‹ eher schlecht bestellt. Zwar ist inzwischen Vieles aufgearbeitet – im gesellschaftlichen, hochschul- und wissenschaftspolitischen Diskurs wie im fachwissenschaftlichen Alltag ist davon jedoch nur wenig präsent. Das Problem dabei ist nicht allein das des Mangels an historischem Wissen oder politisch-moralischer Verantwortung. Vielmehr unterbleibt dann auch die Konfrontation mit jenen strukturellen Bedingungen, Praxen und Potenzialen, die es ermöglichen, dass Hochschulen und Wissenschaft in dieser Weise als Teil autoritärer und menschenverachtender politischer Systeme fungieren können.

Dies lässt sich in besonders eindringlicher Weise am Beispiel der Universität Hamburg zeigen. Auch hier wurden nach langem Beschweigen die Geschichte von Universität und Wissenschaften und ihre politisch-gesellschaftlichen Kontexte und Relevanz im ›Dritten Reich‹ stärker aufgearbeitet – doch auch hier kommt davon im hochschul- und wissenschaftspolitischen wie im fachwissenschaftlichen Alltag wenig an. Dabei zeigen diese Arbeiten einmal mehr, dass es ein »Mythos [ist], von der Universität als Hort ›wertfreier‹ Wissenschaft« zu sprechen, als einer Institution und Praxis, die selbst prinzipiell rational und wissenschaftsgetrieben funktion-

147 Dieser Beitrag ist ein überarbeiteter Auszug aus Olaf Asbach (in Vorb.). Politik, Wissenschaft und Politische Wissenschaft in Hamburg in der Zeit des Nationalsozialismus, in Rainer Nicolaysen, Eckart Krause & Gunnar B. Zimmermann (Hg.). *100 Jahre Universität Hamburg*, Göttingen. Dort ausführliche Nachweise, die hier auf ein Minimum reduziert sind.

nieren und durch »gefestigte Traditionen geschützt« werden.¹⁴⁸ Das Problem ist also weniger ein vermeintliches »Versagen der Universität im »Dritten Reich«¹⁴⁹ als der Umstand, dass sie in gewisser Weise gerade *nicht* versagt, sondern einen wesentlichen Beitrag zu seiner Durchsetzung und Stabilisierung geliefert hat.

Blickt man nämlich auf das grundsätzliche Verhältnis von Politik, Wissenschaft und Universität, und hier insbesondere auf die konkrete Organisation der Hamburger Universität und die Ausrichtung einzelwissenschaftlicher Forschung, zeigt sich schnell, dass auch nach der Machtübertragung an die Nationalsozialisten die Wissenschafts- und Hochschulpolitik und -organisation, wie sie schon seit der Wende zum 20. Jahrhundert betrieben wurde, unter neuen – jetzt völkisch-nationalsozialistischen – Vorzeichen fortgesetzt wurde. Dies verwundert nicht weiter, bedenkt man, dass die Nationalsozialisten in den ersten Jahren ihrer Herrschaft weder klare Konzeptionen noch die Machtmittel besaßen, die »Gleichschaltung« der Universitäten »von oben« zu erzwingen.¹⁵⁰ Die Neuausrichtung erfolgte sozusagen »von unten«, d.h. aus Universität, Wissenschaft und Gesellschaft selbst heraus, so dass hier der Boden bereitet sein musste.

Hierbei spielte die Politische Wissenschaft eine wichtige Rolle. Dies mag aus disziplingeschichtlicher Sicht überraschen. Gemeinhin gilt ihre Etablierung an deutschen Universitäten doch gerade als Versuch, nach dem Zweiten Weltkrieg Konsequenzen aus den Erfahrungen des Nationalsozialismus zu ziehen und »die studierende Jugend«, die künftige Trägerschicht in Gesellschaft und Politik, »gegen gefährliche Nachwirkungen des Totalitarismus zu immunisieren« und »einen Beitrag zur Stabilisierung der demokratischen Lebensform zu leisten«.¹⁵¹ Auch in Hamburg wurde so 1951 der erste Lehrstuhl für Politische Wissenschaft »als wichtiger Beitrag zur Demokratie-Erziehung« eingerichtet, auf den Siegfried Landshut berufen wurde.¹⁵² Doch schon in der Weimarer Republik gab es Versuche, angesichts der vielfältigen Krisen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

148 So Peter Fischer-Appelt im Vorwort zu Eckart Krause, Ludwig Huber & Holger Fischer (Hg.) 1991. *Hochschulalltag im »Dritten Reich«*. Die *Hamburger Universität 1933-1945*, 3 Bände, Berlin & Hamburg, Bd. I, IX.

149 Rainer Nicolaysen 2011. Wandlungsprozesse der Hamburger Universität im 20. Jahrhundert, in Myriam Richter & Mirko Nottscheid (Hg.). *100 Jahre Germanistik in Hamburg. Traditionen und Perspektiven*, Berlin & Hamburg, 22.

150 »Die Universitäten waren terra incognita für die NS-Führung des Staates, und sie wagte es nicht, hier zu viel zu experimentieren.«; Geoffrey J. Giles 1980. Die Idee der politischen Universität, in Manfred Heinemann (Hg.). *Erziehung und Schulung im Dritten Reich*, Teil 2, Stuttgart, 55.

151 Hans Maier 1962. Zur Lage der Politikwissenschaft in Deutschland, *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 10(3), 237.

152 Rainer Nicolaysen 1997. *Siegfried Landshut. Die Wiederentdeckung der Politik. Eine Biographie*, Frankfurt a.M., 360.

durch eine neue Gestalt Politischer Wissenschaft die Aufgaben von Hochschule und Wissenschaft neu zu bestimmen.

In Hamburg zählte hierzu der Historiker Adolf Rein, der in enger Zusammenarbeit mit Otto Westphal Ideen zu einer Reform der Ausrichtung und Organisation von Universität und Wissenschaft entwickelte, die er unmittelbar nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 in leitenden Positionen in der Universität wie auch in der zuständigen Behörde binnen kürzester Zeit weitgehend umsetzen konnte.¹⁵³ Im Zentrum stand dabei eine Politische Wissenschaft, die als eine Art »Königswissenschaft« einer restrukturierten Organisation von Universität und Wissenschaften fungieren sollte. In spezifischer Fortführung des klassischen Politikbegriffs übergreift dabei die Wissenschaft von der Politik, die als »Lebensgestaltung im Raum der sozialen Wirklichkeit« verstanden wird,¹⁵⁴ alle darauf bezogenen Einzelwissenschaften. Sie muss diese wie sich selbst deshalb als Teil der historisch-gesellschaftlichen Wirklichkeit begreifen und von dort aus die Aufgaben von Wissenschaft und Forschung samt ihrer institutionellen Ausgestaltung begründen. Während bei Rein in seiner Anfang 1933 abgeschlossenen Schrift die Berufung auf Volk, Vaterland und Geschichte noch ganz im Rahmen autoritär-nationalistischer Konzepte blieb und damit eine auch in Hamburgs Gesellschaft, Wirtschaft und Politik einschließlich der Professorenschaft verbreitete Kritik am »Weimarer System« und am Verlust von Deutschlands Stellung als Groß- und Kolonialmacht bediente, lud er sie nur wenige Wochen später mit »völkischen« und »rassischen« Inhalten auf und machte seine Ideen zu einer grundlegenden Universitätsreform so für verschiedene Auslegungen und Interessen anschlussfähig.

Von daher erklären sich die starken Kontinuitäten, die in der wissenschaftlichen Arbeit an der Hamburger Universität zu der Zeit vor 1933, aber auch der Zeit nach 1945 bestanden. Denn die Universität war seit den im 19. Jahrhundert einsetzenden Bemühungen um ihre Etablierung und dann im fortwährenden Kampf um ihre Existenzberechtigung durch eine enge Verbindung von Wissenschaft, Politik und Wirtschaft geprägt und gewillt, der »Zukunft unseres Volkes und unseres Staates«, dem »Wirtschaftsleben Hamburgs und darüber hinaus ganz Deutschlands« wie auch der Beförderung von »kulturellen, kolonisatorischen und wirtschaftlichen Fortschritte[n]« zu dienen.¹⁵⁵ Sie stellte – wie der Nationalsozialismus selbst – in

153 Vgl. den Beitrag von Lennart Riebe in diesem Band, S. 276; ausführlich Arndt Goede 2008. *Adolf Rein und die ›Idee der Politischen Universität‹*, München.

154 Adolf Rein 1933. *Die Idee der politischen Universität*, Hamburg, 15; ders. 1933. Politische Bildung, *Deutsche Akademische Rundschau* 3(6).

155 So der Gründungsrektor Karl Rathgen; *Hamburgische Reden, gehalten bei der Eröffnungsfeier am 10. Mai 1919*, Hamburg, 15; sowie Peter Mühlens 1925. Hamburg und die Tropenhygiene, ihre wissenschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung, in *Deutsche Auslandsarbeitsgemeinschaft Hamburg* (Hg.). *Hamburg in seiner wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung für Deutschland*, Hamburg, 114.

vielerlei Hinsicht eine Modernisierung und Rationalisierung institutioneller Strukturen und Prozesse dar, verbunden mit der konsenssichernden Einbettung in politisch-ideologische und kulturelle Traditionen und Normordnungen. Die zentralen Ziele nämlich waren, knapp zusammengefasst:

- wissenschaftliche Forschung und Lehre sollen im Zusammenhang mit den politisch-gesellschaftlichen Interessen und Zielsetzungen reflektiert und planvoll in den Rahmen einer universitären Gesamtstrategie eingefügt werden;
- einzelwissenschaftliche Arbeit geht innerhalb dieses Rahmens ihren alltäglichen Gang und erfährt je nach politischer und sozioökonomischer Interessenlage verstärkte Förderung oder wird ab- oder zurückgebaut;
- Aufgaben, Richtung und Ziel von Wissenschaft und Forschung werden strategisch definiert; sie unterliegen dabei außerwissenschaftlichen Verständnisweisen von Gesellschaft, Politik und Staat und in ihnen bestehenden Problemlagen und Zielsetzungen, die wissenschaftlich zu begründen und zu bearbeiten sind, um praktisch nutzbar zu sein;
- geistes-, sozial- und rechtswissenschaftliche Gebiete, Strömungen und Professionen, die dafür als ungeeignet bewertet werden, werden ausgeschlossen;
- Formen und Bedingungen von Lehre und Studium, das Verhältnis der Fächer und Statusgruppen zueinander und die Beziehungen zwischen Universität, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft werden zweckgemäß ausgestaltet. Die Politische Universität als spezifisch moderne und zeitgemäße Gestalt der Universität muss Rein zufolge genau diese Charakteristika aufweisen. Und in Hamburg sollte sie nun unter den konkreten Bedingungen »der deutschen Wirklichkeit als *nationalsozialistische Universität*« verwirklicht werden.¹⁵⁶ Im Zentrum stand eine neue »politische Fakultät oder Fachgemeinschaft«: Diese sollte »ein Organ der wissenschaftlichen Verbindung und Einheit innerhalb der Universität« bilden, »von dem aus die allgemeinen hochschulpolitischen und wissenschaftspolitischen Angelegenheiten der Universität in Bewegung zu bringen und in Bewegung zu halten sind«.¹⁵⁷

Schon im Sommer 1933 wurde diese »Politische Fachgemeinschaft der Fakultäten« gebildet, die »den Grund (...) zu einer neuen einheitlichen und umfassenden »politischen« Wissenschaft [legen sollte], die auf die deutsche Lebensgemeinschaft

156 Adolf Rein. *Idee*, 9; ausführlich zur Politischen Universität Barbara Vogel 1991. Anpassung und Widerstand. Das Verhältnis Hamburger Hochschullehrer zum Staat 1919 bis 1945, in Eckart Krause. *Hochschulalltag*, Bd. I, 52ff. und Arndt Goede. *Rein*, v.a. 100ff.

157 Adolf Rein. *Idee*, 37 und ders. 1934. *Die politische Universität. Rede gehalten bei der Feier des Rektorwechsels am 5.11.1934*, Hamburgische Universität, Hamburg, 33.

mit Willen und Bewußtsein eingeschworen ist«. ¹⁵⁸ Sie umfasste jene Fachgebiete, die »in besonderer Weise das politisch-weltanschauliche Element in sich tragen«, d.h. die geistes-, sozial-, wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Fächer, die »ihrem Gegenstande nach eine unmittelbare Beziehung zum Begriff des Politischen haben«. ¹⁵⁹ Ihre zentralen Aufgaben waren laut §20 des neuen Hochschulgesetzes: »1. für die politische Schulung der Studenten in Zusammenarbeit mit der Studentenschaft zu sorgen, 2. das wissenschaftliche Zusammenarbeiten der Fakultäten untereinander zu fördern, 3. die Pflege der Auslands-, insbesondere der Übersee- und Kolonialkunde«. Die in der Fachgemeinschaft vertretenen Fachgebiete sollten so die Forschung und Lehre der Universität und ihre Verbindung zur außeruniversitären Welt koordinieren und lenken und so »als eine Art von wissenschaftlichem Senat« fungieren. ¹⁶⁰ In hochschulpolitischer Hinsicht diente die Fachgemeinschaft, die wie die Fakultäten von einem Dekan geleitet wurde, ¹⁶¹ als Verbindungsglied zu Rektor und Universitätssenate, in dem sie wie diese Sitz und Stimme hatte. Ihre Aufgaben waren vor allem die Beratung in grundsätzlichen Fragen der Ausrichtung von Forschung und Lehre sowie die Mitwirkung »[b]ei allen Habilitationen und Berufungen in den einschlägigen Disziplinen«, ¹⁶² was eine verstärkte ideologische und strategische Ausrichtung von Wissenschaft und Universität ermöglichte.

Im Laufe des ersten Jahres wurden vier Abteilungen gebildet, durch die die zahlreichen Fächer der Universität und ihre Arbeiten zusätzlich koordiniert und Kooperationen angeregt werden sollten. Neben der ersten Abteilung »Politische Wissenschaft«, die die politisch-gesellschaftlich grundlegenden Fächer umfasste, entstanden die Abteilungen für »Politische Erziehung«, »Auslandskunde« und »Raumforschung«. ¹⁶³ Sowohl innerhalb der einzelnen Abteilungen wie in ihrem Zusammenwirken innerhalb der Fachgemeinschaft wurde größter Wert auf die Überwindung der Fächergrenzen gelegt, d.h. auf Interdisziplinarität in Forschung und Lehre. Ausdrückliches Ziel der Politischen Fachgemeinschaft war, so Westphal, »die Zunftwälle niederzulegen, die die Fakultäten und Disziplinen im Zeitalter des positivistischen Spezialistentums um sich gezogen hatten«, um den Aufgaben der Zeit, an deren Bewältigung Universität und Wissenschaften mitzuwirken hätten,

158 Adolf Rein 1935. *Die Universität Hamburg als politische Universität*, hg. vom Hamburgischen Staatsamt, Hamburg, 20.

159 Adolf Rein. *Universität Hamburg*, 21; Otto Westphal 1933. Das »Politische Colleg« der Hamburgischen Universität, in *Hamburger Universitätszeitung* XV, H. 5, 20.

160 Adolf Rein. *Idee*, 37.

161 Zum Dekan ernannte Rein am 23. Januar 1934 Otto Westphal.

162 Otto Westphal. *Das »Politische Colleg«*, 65.

163 Zur Vor- und Entstehungsgeschichte der »Abteilung für Raumforschung« vgl. Mechthild Rössler 1991. Die »Hochschularbeitsgemeinschaft für Raumforschung« an der Hamburger Universität 1934-1945, in Eckart Krause. *Hochschulalltag*, Bd. II, 1035-1048.

gerecht werden zu können.¹⁶⁴ Auf monatlichen ›Wissenschaftlichen Sitzungen‹ der Politischen Fachgemeinschaft wurden Forschungsthemen und Kooperationsmöglichkeiten diskutiert, und es wurde festgelegt, worauf die unmittelbar politisch relevanten, aber auch »die nur methodisch, nicht materiell politischen Wissenschaften« wie Mathematik und Naturwissenschaften »ihre abgepanzte strenge Wissenschaftlichkeit« zu richten habe:

Die wissenschaftlichen Sitzungen sollen zu neuen Fragestellungen führen dadurch, daß das einzelne Fach in unmittelbarer Auseinandersetzung mit der Betrachtungsweise der benachbarten Fächer gebracht wird; sie sollen neue Forschungsergebnisse mitteilen und jeweils die Gebiete aufsuchen, wo eine Begegnung der wissenschaftlichen Arbeit von verschiedenen Fächern her sich vollziehen kann.¹⁶⁵

Diese Prinzipien sollten an der reformierten Universität auch für Lehre und Studium leitend sein, die das zweite große Aufgabenfeld der Politischen Fachgemeinschaft bildeten. Mit der wissenschaftlichen Ausbildung sollten nicht nur Spezialistinnen auf unterschiedlichen Fachgebieten herangebildet werden, sondern Personen, die sich und ihre Arbeit im Zusammenhang mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen und Anforderungen verstehen und sie für diese fruchtbar machen konnten. In diesem Sinne ging es für Rein um die »Gestaltung einer nationalen Elite«, die in ihrer wissenschaftlichen Arbeit den Bezug auf den jetzt »völkisch« interpretierten historisch-gesellschaftlichen Zusammenhang erkennen und herstellen könne.¹⁶⁶ Dabei sollte sie sich jedoch ebenso wenig im Spezialistentum verlieren wie eine sozial abgehobene, von »akademische[m] Standeswesen« und »selbstzufriedene[r] Bürgerlichkeit« geprägte »Schicht der wortreichen Intelligenz« bilden.¹⁶⁷

Mit diesen Zielen organisierte die Politische Fachgemeinschaft ein Seminarprogramm, das politische Schulungskurse zu disziplinenübergreifenden Themen

164 Otto Westphal 1935. Die Politische Fachgemeinschaft der Fakultäten nach dem ersten Jahr ihres Bestehens, in *Hamburger Universitätszeitung* XVI, H. 5, 19. Januar, 151.

165 Otto Westphal 1933. Politische Wissenschaft, in *Hamburger Universitätszeitung* XV, H. 2, 24 und Adolf Rein. *Universität Hamburg*, 24. Hinsichtlich der ›interdisziplinären Kooperation‹ proklamierte Westphal es als Aufgabe der Fachgemeinschaft, »den Boden zu bereiten für die Zusammenarbeit des Kriminalisten, des Staatswissenschaftlers, des Volkswirts, des Anatomen, des Neurologen, des Rassenkundlers, des Prähistorikers, des Historikers, des Soziologen, des Germanisten, des Kunsthistorikers, des Wehrwissenschaftlers, des Zoologen, des Geographen, des Meteorologen: um nur einige Disziplinen herauszugreifen«; Otto Westphal. *Politische Fachgemeinschaft*, 151.

166 Da diese »Aristokratie aus völkischer Wurzel« heraus entspringe, setze dies schon bei der Zulassung der Studierenden »sorgfältige Berücksichtigung erbbiologischer Momente« voraus; so Rein in der *Sylter Denkschrift* von 1933; Arndt Goede. *Rein*, 66.

167 Adolf Rein. *Politische Universität*, 19.

und Problemen anbot – gleichsam ein nationalsozialistisches ›Studium Generale‹, bei dem die Teilnahme für Studierende zum verbindlichen Teil des Fachstudiums erklärt wurde.¹⁶⁸ Der interdisziplinäre Charakter dieser Seminare wurde durch neue Formate betont und praktisch umgesetzt. Dozentinnen aus unterschiedlichen Fächern boten sie gemeinsam an und leiteten sie mit Referaten und Ko-Referaten ein, die dann diskutiert wurden: »An jedem Kurs ist eine Gruppe von Dozenten beteiligt, ein jeder etwa mit ein bis zwei Abenden. Alle an einem Kurs mitwirkenden Dozenten wohnen jeden Abend ihres Kurses bei, um in der Aussprache den politischen Zusammenhang der verschiedenen Disziplinen zur Anschauung zu bringen und herauszuarbeiten.«¹⁶⁹ Diese Formen fächerübergreifender Lehre, der Kooperation von Dozentinnen und Studierenden wie auch der Verbindung von Fachwissenschaften, übergreifenden Themen und praktischen Fragen von Politik und Gesellschaft prägten in besonderem Maße die sogenannten ›Wissenschaftslager‹. Vom Wintersemester 1934/35 an wurden diese als mehrtägige Veranstaltungen durchgeführt, in denen Lehrende und Studierende ein Thema gemeinsam historisch-politisch aufarbeiteten.¹⁷⁰

Das im November 1933 gegründete Politische Kolleg ergänzte die Politische Fachgemeinschaft. Wie diese war sie eine Vertretung der ›politisch relevanten‹ Fächer, allerdings eine der nicht-professoralen Dozentinnen sowie der Studierenden. Es organisierte verschiedenste Aktivitäten zu umfassenden politisch-wissenschaftlichen Schulungen, etwa politische Vorlesungen, Kurse und Tischrunden, Fortbildungen in Rhetorik oder Lagergemeinschaften. Dadurch sollte »das wahre Verhältnis zwischen Dozenten und Studenten regeneriert« und versucht werden, »die Universität als Ganzes festzuhalten, alles Gegeneinanderarbeiten oder ohne-Fühlung-miteinanderarbeiten [sic!] zu beseitigen«, indem es die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Statusgruppen und Generationen institutionell sicherte.¹⁷¹

Um das Ziel einer Politischen Universität, die Fächer, Wissenschaftlerinnen und Studierende miteinander ins Gespräch zu bringen und auf das gemeinschaftliche Ziel ihrer praktisch-politischen Arbeit für Staat und Gesellschaft bzw. ›Volk‹ hin auszurichten, umsetzen zu können, regte Rein schon bei seinem Rektoratsantritt 1934 an, dass »die Universität auch räumlich zusammengeschlossen werden« müsse. Denn

168 Themen solcher Kurse reichten von den Grundlagen von Staat und Recht über ›Rassen- und Volkskunde‹ und Tropenhygiene bis zur Weltpolitik und deutschen Kunst.

169 Otto Westphal. *Das ›Politische Kolleg‹*, 66; Adolf Rein betonte den experimentellen Charakter dieser kooperativen Veranstaltungsformen, aus denen »die neuen Grundsätze für die Formen der Vorlesungen, der Kolloquien, der Übungen, Seminare, Praktika, Laboratorienarbeit, Arbeitsgemeinschaften und Lagergemeinschaften hervorgehen« sollten; Adolf Rein. *Politische Universität*, 34.

170 Vgl. Adolf Rein. *Universität Hamburg*, 23; Arndt Goede. *Rein*, 114ff.

171 Otto Westphal. *Das ›Politische Kolleg‹*, 67; Adolf Rein. *Universität Hamburg*, 26.

»solange Institute, Seminare, wissenschaftliche Anstalten, Vorlesungsräume, Studentenhäuser, Professorenwohnungen in dem Betrieb der großen Stadt zerstreut liegen«, könne sie nicht die Form der Gemeinschaftsbildung in Forschung und Lehre erreichen, die zur Erfüllung ihres politisch-gesellschaftlichen Auftrags erforderlich sei, nämlich »in das Volk, in die politische Landschaft hinein zu wirken und aus ihr Befruchtung und Aufgabenstellung zu empfangen«.¹⁷² In der Folge wurde die Verlegung der Universität aus der Innenstadt und ihre Zusammenlegung zu einer Campus-Universität diskutiert und ab 1937 im Rahmen des Plans, Hamburg zu einer »Führerstadt« auszubauen, konkret angestrebt.¹⁷³ Nur der Krieg verhinderte die Umsetzung dieses Vorhabens, die Hamburger Politische Universität als eine nationalsozialistische Campus-Universität zur Vernetzung von Fachdisziplinen und Universität, Stadt und Gesellschaft in Stein zu meißeln.

Aus heutiger Sicht muss irritieren, wie vertraut und aktuell die Pläne zur Reform von universitärer Forschung und Lehre und ihre problemlösungsorientierte, vernetzte, auf gesellschaftlichen Nutzen und Transfer gerichtete Ausrichtung klingen, die Rein und andere entwarfen und 1933 an der Hamburger Universität umzusetzen begannen. Sie stellen die Politik- und Sozialwissenschaften wie Wissenschaft und Hochschule generell vor die Frage, wie sie eigentlich ihre wissenschaftliche Arbeit und ihre gesellschaftliche Rolle und Funktion begründen und institutionell praktizieren. Sind es nicht mehr als die zufälligen historischen Umstände und die je als legitim geltenden Inhalte und Zielsetzungen, die darüber entscheiden, ob sie nun nationalsozialistischen, völkisch-rassistischen, imperialistischen Vorstellungen einer »guten« Gesellschafts- und Weltordnung dienen oder solchen der globalen Überwindung von Ausbeutung und Armut und der Verwirklichung menschenwürdiger Lebensverhältnisse?

Olaf Asbach ist seit 2009 Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Sein Schwerpunkt liegt auf der Geschichte und Theorie politischen Denkens.

Totaler Staat und Rechtsprechung.

Florian Meinel über Ernst Forsthoffs Gastspiel in Hamburg

Ernst Forsthoff (1902-1974), Autor von *Der totale Staat* (1933), wurde nach einer Empfehlung von Carl Schmitt als Nachfolger von Kurt Perels auf einen Lehrstuhl für öffentliches Recht der Hamburger Universität berufen. Er gehört zu den Juristinnen, die in der Nachkriegszeit bleibenden Einfluss auf die Politikwis-

172 Adolf Rein. *Politische Universität*, 35.

173 Vgl. Jürgen Lafrenz 1991. Die Universität in Hamburg als Problem der Stadtplanung 1919-1945, in Eckhart Krause. *Hochschulalltag*, Bd. I, v.a. 341ff.

senschaft ausübten, vor allem mit seiner Monographie von 1971, *Der Staat der Industriegesellschaft*.

Der Staatstheoretiker und Verwaltungsrechtler Ernst Forsthoff, dessen Name sich heute vor allem mit der Heidelberger Universität der Nachkriegszeit verbindet, lehrte 1935 ein einziges Semester an der in »Hansische Universität« umbenannten Hochschule. Ein kurzes Intermezzo während des nationalsozialistischen Revirements der Universität, aber kein unbedeutendes.

Forsthoff kam im April 1935 aus Frankfurt,¹⁷⁴ auch das eine junge bürgerlich-liberale Universität, die nach dem Willen der neuen Machthaber zu einer nationalsozialistischen Vorzeigeuniversität werden sollte, aber nicht wirklich wurde. In Hamburg war schon Ende 1933 der Lehrstuhl von Kurt Perels vakant geworden, der sich aus Verzweiflung über die gegen ihn gerichteten Diskriminierungen das Leben genommen hatte. Forsthoff war der Kandidat des nationalsozialistischen Rektors Adolf Rein und des Ministeriums,¹⁷⁵ die den Widerstand der Fakultät, die ganz andere Pläne hatte, zu brechen wussten. Forsthoffs akademischer Lehrer Carl Schmitt machte dabei seinen Einfluss geltend und hatte schon vor dem Tod Perels' mit Rein über die Wiederbesetzung des Lehrstuhls korrespondiert. So übernahm Forsthoff zum 1. April 1935 einen Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Juristischen Fakultät.

Bekannt war er damals vor allem als Verfasser einer kleinen, im Sommer 1933 erschienenen Broschüre *Der totale Staat*: eine nationalsozialistische Bekenntnisschrift mit einigen schwachen konservativen Rest-Vorbehalten gegen die Hitler-Diktatur. Den Begriff des totalen Staates hatte Carl Schmitt 1931¹⁷⁶ als Analogie zu Ernst Jüngers »totaler Mobilmachung« geprägt,¹⁷⁷ und in diesen Begriffen deutete Forsthoff die sich formierende NS-Herrschaft in ihrer frühen Phase. Es ist die Apologie eines faschistischen, durch Führertum und Gesinnung integrierten Arbeitsstaates, der sich ganz bewusst als Gegensatz zum liberalen Rechtsstaat versteht. Die Verfassungsfrage des bürgerlichen Rechtsstaates war für Forsthoff mit dem Nationalsozialismus »erledigt«, denn die Verfassung des Führerstaates stelle die Wissenschaft nicht mehr vor jene »Interpretationsprobleme, wie sie das Verfassungsgesetz von Weimar enthielt«. Alle an die Verfassungsordnung des Rechtsstaates gebundenen Institute und Begriffe des öffentlichen Rechts seien fortan nicht mehr »erörterungsbedürftig«.

174 Umfangreiche Nachweise finden sich bei Florian Meinel 2011. *Der Jurist in der industriellen Gesellschaft. Ernst Forsthoff und seine Zeit*, Berlin, Kapitel 2.

175 Arndt Goede 2008. *Adolf Rein und die ›Idee der politischen Universität‹*, Hamburg, 80f., 139; zu Forsthoffs Berufung nach Hamburg im einzelnen Hermann Weber 1984. »Es ist nichts bekannt, was Respekt abverlangt«, *uni hh* vom April, 6f.

176 Carl Schmitt 1931. *Der Hüter der Verfassung*, Berlin, 79.

177 Ernst Jünger 1930. Die totale Mobilmachung, in ders. *Krieg und Krieger*, Berlin, 9ff.

Vor allem in der Hervorhebung der Rolle von Verwaltung und Technik weist die Schrift aber über den totalen Staat auf Forsthoffs spätere Theorie des Verwaltungsstaates voraus. Ein »Volk des Radios, des Sports, des Wochenends, der Siedlungen, der Maschinenwerkstätten, der Autobahnen« sei »an besondere, wesentlich durch Technik und Maschine bestimmte Formen und Lebensbedürfnisse gebunden«. Es könne deswegen nicht allein durch Artgleichheit und Gesinnung, durch Bewegung und Führertum integriert werden, sondern bedarf daneben eines leistungsfähigen Verwaltungsapparats. Aus der Hamburger Zeit stammen zwei Aufsätze, in denen Forsthoff begann, die Konsequenzen dieser Einsicht für das Verwaltungsrecht zu ziehen, und in denen seine spätere Theorie der staatlichen »Daseinsvorsorge« Form annahm.¹⁷⁸

Als Theoretiker dieses jungkonservativen totalen Staates präsentierte sich Forsthoff im Wintersemester 1935/36 den Hamburger Studierenden. Neben einem öffentlich-rechtlichen Seminar las er vierstündig »Verfassung«, zweistündig die in »Volk und Staat« umgetaufte Vorlesung Allgemeine Staatslehre sowie eine dreistündige Vorlesung »Arbeiter«.

Es war wohl vor allem das geistige Umfeld und weniger die Universität, die Forsthoff in Hamburg interessierten, besonders der Kreis um die Hanseatische Verlagsanstalt und ihren Verleger Wilhelm Stapel. Zur »Hava« gehörte die damals führende Kulturzeitschrift des völkisch-jungkonservativen Spektrums, das *Deutsche Volkstum*, zu dem Forsthoff seit 1930 enge Beziehungen pflegte und in dem er 1935 einen wichtigen Text über »Richter und Rechtsprechung« veröffentlichte.¹⁷⁹ Darin skizzierte er eine Neubegründung der richterlichen Unabhängigkeit auch gegenüber dem »totalen« Staat aus dem Prozess richterlicher Hermeneutik heraus und formulierte damit das Programm, das er 1940 in *Recht und Sprache* weiterführte. Der Herausgeber des *Deutschen Volkstums*, Albrecht Erich Günther war sicher der wichtigste Gesprächspartner Forsthoffs während seiner Hamburger Zeit. Nach der schnellen und dezidierten Parteinahme des Hauses für den Nationalsozialismus wechselten Carl Schmitt, Ernst Rudolf Huber und viele andere zu diesem Verlag, der dadurch in einem solchen Maße den Hausverlag des historisch-politischen Nationalsozialismus darstellte, dass das »Denken über den ›totalen Staat‹ praktisch zu einer verlagsinternen Angelegenheit der Hava« wurde.¹⁸⁰ Über die Hanseatische Verlagsanstalt ergab sich in Hamburg auch der Kontakt zu dem erst 24-jährigen Wilhelm Grewe, der bald Forsthoffs Assistent werden

178 Ernst Forsthoff 1935. Das neue Gesicht der Verwaltung und die Verwaltungsrechtswissenschaft, *Deutsches Recht* 5, 333ff.; Ernst Forsthoff 1935. Von den Aufgaben der Verwaltungsrechtswissenschaft, *Deutsches Recht* 5, 398ff.

179 Ernst Forsthoff 1935. Richter und Rechtsprechung, *Deutsches Volkstum* Januar-Heft, 20ff.

180 So Siegfried Lokatis 1992. *Hanseatische Verlagsanstalt*, Frankfurt a.M., 35.

sollte, nach dem Krieg im Auswärtigen Amt die Hallstein-Doktrin formulierte und es zum deutschen Botschafter in Washington brachte.

Forsthoffs schneller Fortgang aus Hamburg war darum nicht freiwillig. Bei einem Vortrag über »Richter und Gesetz« vor dem Hamburger Rechtswahrerbund im September 1935 hatte er den Gauführer und Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts, Curt Rothenberger, in einem Streit über die Frage der Rechtsverbindlichkeit des NSDAP-Parteiprogramms mit ironisch-hintersinnigen Bemerkungen gegen sich aufgebracht. Ernst-Wolfgang Böckenförde hat diese Begebenheit später wie folgt wiedergegeben: »Forsthoff nahm hier zu der in Parteikreisen verbreiteten, auch vom Gauleiter wohl selbst vertretenen These Stellung, das Parteiprogramm müsse im NS-Staat Gesetzesrang erhalten. Er fragte, was dies denn letztlich bedeuten würde. Es würde bedeuten, so seine These, dass über die Interpretation des Parteiprogramms in letzter Instanz das Reichsgericht zu entscheiden hätte. Dies sei aber mit den Prinzipien des nationalsozialistischen Staates unvereinbar, nur der Führer könne verbindlich über die Interpretation des Parteiprogramms entscheiden«.¹⁸¹ Rothenberger erzwang daraufhin Forsthoffs Versetzung nach Königsberg. Dort, im eher abseitigen Ostpreußen, begann er die Texte zu schreiben, die seine heutige Bedeutung ausmachen und mit denen er sich von der Theorie des totalen Staates losmachte, vor allem seine wichtigste Schrift über *Die Verwaltung als Leistungsträger*.

Florian Meinel hat den Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Rechtsphilosophie an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg inne. Er ist der Autor von *Der Jurist in der industriellen Gesellschaft. Ernst Forsthoff und seine Zeit*. Zuletzt erschien *Vertrauensfrage. Zur heutigen Krise des Parlamentarismus*. Meinel lebt mit seiner Familie in Hamburg.

181 Ernst-Wolfgang Böckenförde 2008. Zum Briefwechsel zwischen Ernst Forsthoff und Carl Schmitt, *Archiv des öffentlichen Rechts* 133, 265.

